UNMUTS-VERSCHULDUNG

EIN KOMPENDIUM ÖSTERREICHISCHER UNSCHULDSVERMUTUNGEN

planetVERLAG

UNMUTSVERSCHULDUNG

Ein Kompendium österreichischer Unschuldsvermutungen

Herausgeber: Grüne Bildungswerkstatt
planetVERLAG

INHALT

6 **Vorwort**
8 ***Viel zu tun für uns*** *Gabriela Moser*
10 **Direkter Draht** Der Fall Blaulichtfunk
12 **Neues Spiel, neues Glück** Der Fall Novomatic
14 ***So, wie sie es gewohnt sind*** *Peter Pilz*
16 **Firesale am Wörthersee** Der Fall Hypo Alpe Adria
18 **Black is beautiful** Die Akte Strasser 1
20 **Der Rüstungsprinz aus der Provinz** Mensdorff-Pouilly
22 **Luftnummer mit Körberlgeld** Die Eurofighter-Beschaffung
24 **Quid pro Quo** Die Eurofighter-Gegengeschäfte
26 **Die Probefahrt war toll** Mehrzweckfahrzeugbeschaffung
28 ***Wir nutzen unsere Netzwerke*** *H. Katzmair spricht mit A. Novy*
30 **Karussell der Provisionen** Der Fall Justiztower
32 **Der schwarze Ikarus** Die Akte Grasser
34 **Familienalbum** Die Homepage-Affäre
36 **Die Welt ist nicht genug** Der Fall Buwog
38 **Supernackt im Bahnhofsviertel** Der Fall Terminal Tower
40 **Der Strippenzieher** Die Akte Hochegger
42 **Money makes the world go round** Die Akte Telekom
44 **3... 2... 1... Meins!** Der Fall ÖBB Railjet
46 **Wo war die Leistung?** Der Fall Nordbergstraße
48 **Denn sie wissen nicht, was sie tun** Der Fall Brehmstraße
50 **Goldfisch im richtigen Biotop** Die Akte Meischberger
52 **Die Stunde des Maulwurfs** Der Fall Dorotheum

54 **Schnäppchenjagd in der Stahlstadt** Der Fall Minerva
56 **Verlorene Bodenhaftung** Der Fall Skylink
58 **Damenstrümpfe und Lederhosen** Der OeBS-Skandal
60 ***Mani pulite und die Folgen*** *Georg Maißer*
62 ***Korruptionsbekämpfung in Hongkong*** *Anja-Désirée Senz*
64 **Kleine Summen eingeschweißt** Die Haider-Connection
66 **Minister im Privatjet** Der Mobtel-Deal
68 **Part of the Game** Die Scheuch-Affäre
70 **Google Dich reich** Die Agentur »Orange«
72 **Be connected** Die Agentur »Connect«
74 **Blaues Wunder am Forschungszentrum** Seibersdorf
76 **Cash for Laws** Die Akte Strasser 2
78 **Der Fluch der Karibik** Der Fall Bawag
80 **Geschichten vom Onkel Hans** Die Faymann Inserate
82 **Schienengebundener Geldverkehr** Der Fall MAV Cargo
84 **Ziemlich beste Freunde** Der Prater-Vorplatz
86 **Blaulicht im Rotlicht** Die Akte Wiener Polizei
88 **Dabei sein ist alles** Astrid Rössler
90 **Tanz durch die Institutionen** Die Akte Switak
92 **Kunstvolle Beziehungen** Drei Fälle aus der Kunst
94 **Brothers in Arms** Der Fall Noricum
96 **Der Mann mit dem Koffer** Die Akte Rabelbauer
98 **Schifferl versenken** Der Fall Lucona
100 **Krankes Haus** Der AKH Skandal

VORWORT

Wer kann sich bei der Unmenge an öffentlich gewordenen Fällen noch erinnern, in welchem Zusammenhang die Frage »Wo woa mei Leistung?« wirklich gestellt wurde? Und was war für wen ganz selbstverständlich »part of the game«? Wie war das mit Lucona und Noricum, mit Tetron, Telekom, Mobtel, mit Hypo, Buwog, Bawag, Bewog?

Mit diesem Büchlein stellt die Grüne Bildungswerkstatt ein Navigationsinstrument im Dschungel von anrüchigen Geldtransfers und Korruption zur Verfügung und liefert einen Zwischenstand zu laufenden Verfahren. Natürlich ist nicht jeder Vorwurf automatisch gerechtfertigt und die Unschuldsvermutung gehört zu den wichtigsten Rechtsprinzipien. Das Wort hat in Österreich aber mittlerweile eine Bedeutungsverschiebung erfahren und ist zur Unmutsverschuldung mutiert. Da werden Millionen über Stiftungen gewaschen, in Koffern über Staatsgrenzen geschoben, von Schwiegermüttern zu MitarbeiterInnen. Überhöhte Maklerprovisionen werden aus öffentlichen Geldern gezahlt, Posten an ParteifreundInnen vergeben und Gesetze vom Spielcasino diktiert.

Manche Zeitgenossen sind noch schlimmer als jene Heuschreckenschwärme, die Unternehmen abfressen und kaputtgehen lassen. Schlimmer, weil ihnen anvertraut wurde, was sie in Wahrheit verachten: das gemeinsame Gut. Sie verwalten es nach bestem Wissen, aber ohne Gewissen – zum eigenen Vorteil, und wenn die Öffentlichkeit endlich merkt, was abgeht, passiert gleich noch etwas: Sie verliert das Vertrauen in Verwaltung und Politik.

Dass es trotz der Masse an Dokumenten, Videos, falschen Zeugenaussagen, Geldüberweisungen und abgehörten Telefongesprächen bisher nicht möglich war, mehr als eine Handvoll der supersauberen Freunde zu verurteilen, schafft Unmut und deutet darauf hin, dass etwas faul ist im Staat. Manche Leis-

tungsträger suchen vergeblich nach jenen Gutachten, die sie für teures, öffentliches Geld in Auftrag gegeben haben, andere leiden unter selektivem Gedächtnisverlust.

Die Mühlen der Justiz mahlen sehr langsam. Aufgrund fehlender Ressourcen und unzureichender Gesetze dauern die Verfahren Jahre und bei so vielen Fällen kann dann auch schon einmal ein entscheidender Akt »übersehen« werden. Das macht vielleicht plausibel, warum vertrauliche Akten immer wieder an Politik und Medien weitergegeben werden. Die Rolle der wenigen, aufdeckenden JournalistInnen, die sich die Mühe machen, umfangreiche Recherchen durchzuführen, kann in diesem Zusammenhang nicht hoch genug bewertet werden. Sie machen Druck auf die Politik, die für Ressourcen und Gesetze verantwortlich ist.

Und ein wenig scheint sich die Lage ja tatsächlich zu verbessern. Für Enthusiasmus freilich gibt es wenig Anlass. Wenn jetzt Gesetze zur Transparenz der Parteienfinanzierung beschlossen wurden, ist das eine wichtige Maßnahme. Aber es geht nicht allein um Parteipolitik. Weiterhin sitzen gierige Manager, Lobbyisten und Aufsichtsräte im trojanischen Pferd, während Regierungsmitglieder erklären, dass gegen kriminelle Energie keine Kontrolle hilft.

Andere Länder haben längst bewiesen, dass eine effektive Korruptionsbekämpfung möglich ist und Politik nicht notwendigerweise ein schmutziges Geschäft. Es gibt keinen Grund, warum Österreich weniger strenge Gesetze als etwa Deutschland haben sollte, oder weniger KorruptionsstaatsanwältInnen als die Schweiz.

Es liegt an uns allen, auf Verbesserungen zu bestehen.

Wolfgang Zinggl (Kultursprecher der Grünen)
Georg Maißer (Redaktion)

Gabriela Moser

VIEL ZU TUN FÜR UNS

Gabriela Moser kam über den erfolgreichen Einsatz gegen industrielle Luftverschmutzung in Linz zur Grün-Politik und ist seit 1997 Abgeordnete im Nationalrat. Als Sprecherin für Bauten, Tourismus und Verkehr/Infrastruktur ist sie immer wieder auch mit Korruption, Misswirtschaft und Skandalen konfrontiert, die sie aufdeckt und penibel dokumentiert.

Als Vorsitzende des Korruptions-Untersuchungsausschusses hat sie in der Öffentlichkeit viel Anerkennung für Sachlichkeit und souveräne Führung erhalten.

Korruption schadet auf mehreren Ebenen massiv: wirtschaftlich, gesellschaftlich und demokratiepolitisch. Zu den Multi-Millionen-Schäden kommt ein allgemeiner Regel-, um nicht zu sagen Sittenverfall durch leistungsfeindliches, permanentes In-die-eigene-Tasche-Wirtschaften und dessen fragwürdige »Vorbildwirkung«. All dies mündet schließlich in einen zutiefst demokratie-feindlichen, grundsätzlichen Vertrauensverlust in »die Politik«, ohne weitere Differenzierung. Und damit schließt sich der Kreis: Je weniger Gewicht für demokratisch legitimierte Politik, desto eher gehen wie geschmiert einseitige Wirtschaftsinteressen durch, die Reiche reicher und Arme ärmer machen und all das auf dem Rücken von Umwelt und Klima.

Dass Österreich sich derzeit in einem kaum überschaubaren Sumpf befindet, liegt zu einem großen Teil an den Machenschaften der Schwarzblauorangen Glücksritter, die ganz bewusst und getreu ihrem Leitsatz »mehr Privat, weniger Staat« öffentliches Geld in die eigenen Taschen umgelenkt und damit die SteuerzahlerInnen schlicht bestohlen haben.

Doch darf das Problem der Korruption nicht auf herausragende Persönlichkeiten wie Grasser, Strasser und Mensdorff-Pouilly reduziert werden. Korruption tritt dort auf, wo Rahmenbedingungen und Verantwortliche sie zulassen. Fachpolitisch sind mir die Muster auch in »Bodennähe« bekannt: Anträge des Sohnes an die Genehmigungsbehörde werden vom dort tätigen Vater zuvorkommend erledigt – für beamtete wie politisch Vorgesetzte kein Problem. GutachterInnen, die als »Doppelagenten« einmal für die AntragstellerInnen arbeiten und dann für Genehmigungsbehörden »neutral« über Anträge ihres Haupt-Brötchengebers befinden sollen – keine Unvereinbarkeit weit und breit, wenn man den politisch Verantwortlichen glaubt. ManagerInnen aus dem staatsnahen Bereich, die diesen verlassen, weil sie Spott und Hohn ernten, wenn sie nicht wie die anderen an den eigenen Vorteil und die eigene Tasche zuerst denken. Aufsichtsratsvorsitzende, die in protokollierten Sitzungen freimütig darüber plaudern, wie man an Aufträge kommt und was man LobbyistInnen nicht zu fragen braucht ...

Viel zu tun für uns Grüne als Oppositions- und Aufdeckpartei mit sauberen Händen – aber weder als Partei noch als erfolgreiche Aufdeckerin kann man über diese Abgründe und die resultierende Politikverdrossenheit froh werden.

Ein grundlegender Bruch mit dieser Unkultur ist nötig, auf allen Ebenen. Solange ÖVP wie auch SPÖ aber bei jeder Reform hauptsächlich daran denken, wie sie selbst weiter von Schlupflöchern profitieren können, kommt nicht genug Glaubwürdigkeit für Korruptionsbekämpfung mit Wirkung über den Einzelfall hinaus auf die Waagschale.

Umso mehr ist das nun beschlossene Transparenzgesetz ein sehr wichtiger erster Schritt. Österreich braucht aber mehr davon: Mehr Kontrollrechte für Parlament und Rechnungshof, Aufsichtsräte mit Kontroll-Biss, wirklich gläserne Abgeordneten-Einkünfte, Sauberkeit in der Medienfinanzierung und den Untersuchungsausschuss als parlamentarisches Minderheitenrecht.

All das haben wir Grüne im Parlament beantragt. Es darf und es wird jetzt nicht bei halbherzigen Einmalaktionen bleiben.

FALL

DIREKTER DRAHT

INVOLVIERTE PERSONEN

ALFONS MENSDORFF-POUILLY, Schlossbesitzer, Lobbyist und einfacher Bauer
ERNST STRASSER, ÖVP Innenminister von 2000 bis 2004, bis 2011 EU Parlamentarier und Lobbyist
HARALD HIMMER, ÖVP Bundesrat und Generaldirektor der Alcatel-Lucent

SCHADEN

Zumindest 29,9 Mio. Euro Abschlagszahlung an mastertalk

Unter der Ägide des damaligen Ministers Ernst Strasser vergab das österreichische Innenministerium im Juni 2004 den Auftrag für die Neuinstallierung des österreichischen Blaulichtfunknetzes an Tetron, ein Konsortium aus Alcatel und Motorola, mit der Telekom Austria als Subunternehmer.

Im Juni 2003 hatte Strasser überraschend dem damals mit dem Aufbau des Polizeifunksystems betrauten Konsortium mastertalk, das aus Siemens, Raiffeisen, Verbund und Wiener Stadtwerken bestand, den Auftrag entzogen, was Abschlagszahlungen von 29,9 Mio. Euro zur Folge hatte. Dieses Geld wurde, wie die Grünen 2012 im Zuge des Untersuchungsausschusses aufdeckten, aus den Flüchtlings- und Zivildienstbudgets des Innenministeriums bezahlt.

Die Gründe für den kostspieligen Wechsel von mastertalk zu Tetron sind unklar, aber ein alter Bekannter hat jedenfalls davon profitiert: Alfons Mensdorff-Pouilly. Der Auftrag, doch Mensdorff-Pouillys Firma zu beauftragen, kam direkt von Alcatel-Boss und ÖVP-Bundesrat Harald Himmer. Im Herbst 2011 begann die US-Börsenaufsicht SEC in Sachen Bestechung gegen Motorola und Mensdorff-Pouilly zu ermitteln. Über die Jahre soll Motorola an Valurex, einer Firma, die von den Ermittlern

Mensdorff zugerechnet wird, rund 2,2 Mio. Euro überwiesen haben, damit dieser bei politischen Entscheidungsträgern gute Stimmung für Motorola machen würde.

PROVISION FÜR »FEHLENDEN ERFOLG«

Das Blaulichtfunksystem ist jedenfalls auch Jahre nach der Vergabe noch immer nicht flächendeckend installiert. Die Salzburger Landeshauptfrau Gabi Burgstaller hat es im September 2011 für ihr Bundsland auf Eis gelegt. Ähnlich der Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler, der dies für seinen Bereich bis 2014 verfügt hat. Die Telekom Austria stieg nach dem Zuschlag für Tetron zwar aus dem Projekt aus, blieb Mensdorff-Pouilly aber weiterhin durch finanzielle Zuwendungen verbunden. So sollen für das Projekt »Alpha« für eine fünfmonatige Tätigkeit mindestens 1,1 Mio. Euro auf das Konto der Beratungsgesellschaft MPA von Mensdorff-Pouilly geflossen sein. Beim Projekt Alpha ging es angeblich um den Erwerb der slowenischen Telekom-Anbieters Smart Com durch die Infotech-Holding, eine Beteiligung der österreichischen Telekom. Zusätzlich zum Arbeitshonorar überwies die Telekom an Mensdorff-Pouilly trotz »fehlenden Erfolgs«, wie es im Telekom-Revisionsbericht heißt, ein Erfolgshonorar in der Höhe von €300.000. Und zwar nachdem sich die Telekom aus der Infotech-Holding zurückgezogen hatte.

Im Juni 2012 beschäftigte sich der Korruptions-Untersuchungsausschuss mit dem Thema. Für alle Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung.

NEUES SPIEL, NEUES GLÜCK

ANHÄNGIG

INVOLVIERTE PERSONEN

KARL-HEINZ GRASSER, Finanzminister von Februar 2000 bis Jänner 2007
WALTER MEISCHBERGER, Lobbyist, FPÖ-Nationalratsabgeordneter bis 1999
PETER HOCHEGGER, Lobbyisten, Unternehmer
JOHANN F. GRAF, Gründer und Mehrheitseigentümer der Novomatic Group

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Verbotene Geschenkannahme

Der niederösterreichische Glücksspielkonzern Novomatic AG setzt bei der Verwirklichung seiner Geschäftsinteressen seit Jahren auf exzellente Kontakte in Politik und Exekutive. Illustre Parteigrößen unterschiedlicher Couleurs – wie etwa Johannes Hahn, Karl Schlögl und Alfred Gusenbauer – waren schon Vorstandsmitglieder oder Berater. Mit politischem Support und agilen Lobbyisten gelang es, das österreichische Glücksspiel-Monopol zu brechen.

Auch im Jahr 2006 vertraute der international agierende Spielhallenbetreiber auf seine Polit-Kontakte. Gemeinsam mit der Telekom als Geschäftspartner wollte die Novomatic den Online-Glücksspielmarkt entern. Zuvor aber musste ein Weg gefunden werden, das österreichische Casino- und Lotterien-Monopol aufzuheben.

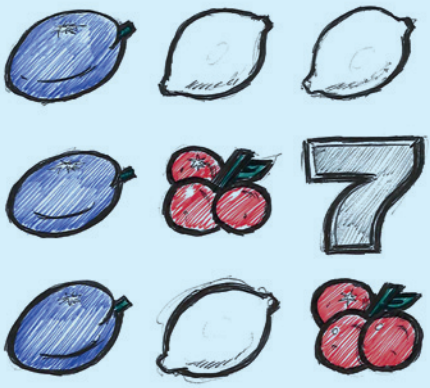
Die beiden Konzerne intervenierten bei der ÖVP-BZÖ-Regierung für eine Gesetzesnovelle zur Abschaffung der Monopolstellung von Casinos Austria. Weder die Opposition noch die Monopolinhaber wurden rechtzeitig über das geplante Gesetz informiert. Umso intensiver widmete man sich der Meinungsbildung bei den Regierungsparteien. So erhielt Walter Meischberger zwischen

2005 und 2007 für seine Tätigkeit als Lobbyist mindestens 450.000 Euro aus der Novomatic-Konzernkasse. Pikant ist, dass Meischbergers Honorar teilweise über »Valora-Solutions« abgerechnet wurde. An dieser Firma war neben Meischberger und Peter Hochegger 2007 auch Karl-Heinz Grasser beteiligt. Jedenfalls stieß der Wunsch nach Liberalisierung des Glücksspielmarktes beim Finanzminister KHG auf offene Ohren. In einer nächtlichen Nationalratssitzung versuchte man, die geplante Gesetzesnovelle durchzuboxen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen möglicher Geschenkannahme durch Grasser. Der Coup platzte jedoch in letzter Minute, denn auch Casinos Austria-Chef Leo Wallner ließ seine politischen Kontakte spielen.

MEHR GELD IM POT

Nur wenige Jahre später konnte Novomatic den gewünschten Erfolg dann doch noch verbuchen: 2008 gab der Europäische Gerichtshof (EuGH) einer Klage gegen das österreichische Glücksspielmonopol statt. Die Glücksspiel-Gesetzesnovelle, die in der Folge im Juni 2010 mit den Stimmen aller Parteien (mit Ausnahme der Grünen) im Nationalrat beschlossen wurde, war auffällig klar auf die Interessen der Novomatic zugeschnitten. Neben der Öffnung des Marktes sieht eine der umstrittensten Passagen des Gesetzes vor, dass SpielerInnen statt bisher 50 Cent pro Automatenspiel nun 10 Euro setzen dürfen. Dies bedeutet, dass sich die Verluste pro Spiel massiv erhöhen können. Im Kampf gegen die Glücksspiel-Sucht sowie deren soziale und finanzielle Folgen für die Betroffenen, ist das Gesetz jedenfalls ein herber Rückschlag.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.



Peter Pilz

SO, WIE SIE ES GEWOHNT SIND...

Wie kein anderer steht Peter Pilz seit mehr als dreißig Jahren für das Aufdecken von Missständen. 1986 zog Pilz das erste Mal in den Nationalrat ein und machte sich bei den Untersuchungsausschüssen zu den Affären Lucona und Noricum einen Namen. Seither hat er unzählige Skandale aufgedeckt und mit medialen Inszenierungen Druck auf Regierungen gemacht. Beim Korruptionsuntersuchungsausschuss 2012 ist Pilz ein Garant für hartnäckige Befragung.

Amon, Beyrer, Gartlehner, Gaugg, Gorbach, Grasser, Grillitsch, Eccher, Hakl, Hochegger, Meischberger, Mensdorff-Pouilly, Michaelis, Platter, Reichhold, Rumpold, Strasser, Sundt, Switak, Westenthaler, Wittauer – das sind die Namen und die Gesichter, die beim ersten Ausleuchten der Sümpfe »Telekom« und »BUWOG« sichtbar geworden sind. Faymann, Ostermayer und Haider kommen gemeinsam mit vielen anderen bei den nächsten Beweisthemen dazu.

Von Amon bis Wittauer stehen die Genannten für all das, was jetzt endlich parlamentarisch untersucht wird. Sie alle können wertvolle Auskünfte über die organisierte Korruption geben. Wer sie aber alle in einen Topf wirft, begeht einen schweren Fehler. Auch bei der Korruption kommt es auf die Unterschiede an.

Wie kaum ein andere vertritt Werner Amon das alte System. Er hat recht: »Druckkostenbeiträge«, »Marketingzuschüsse« und »Sponsoring« hat es »schon immer« gegeben. Wie Proporz und Sozialpartnerschaft gehören sie bis heute zum politischen Alltag. Unternehmen, die vom Staat abhängig waren, hingen damit wiederum von den Staatsparteien ab. Die Folge war ein politisches Mautsystem, in dem alle Geber, Nehmer und Mitwisser waren. Werner Amon versteht jetzt nicht, warum er

der erste sein soll, bei dem das nicht mehr toleriert wird. Wie er denken viele, gerade in seiner Partei. Bettina Rausch hat als Bundesrätin und JVP-Funktionärin in standard.at ein entwaffnend ehrliches Interview gegeben:

Rausch: Ich bin weiterhin dafür, dass Unternehmen eine Partei finanzieren dürfen. Weil sonst Demokratie, wie wir sie jetzt leben mit unserem Parteiensystem, nicht funktioniert. Wie soll ich meine Mitarbeiter zahlen? Mit der staatlichen Parteienförderung geht sich das hinten und vorne nicht aus.

derStandard.at: Eine der höchsten Parteienförderungen der Welt reicht dafür nicht aus?

Rausch: So, wie wir es gewohnt sind, nicht.

Karl-Heinz Grasser kann über Rausch und Amon nur lachen. In seiner modernen Form des Nehmens geht es nicht mehr um das finanzielle Überleben von Altparteien. Grassers System ist die Friends Economy. Grasser, Meischberger, Plech, Strasser und Gorbach haben die alte Parteienwirtschaft durch modernes Wirtschaften ersetzt. Der Mensch und nicht mehr die Partei steht im Mittelpunkt, und das Ziel ist die eigene Tasche. Der Nehmer als Unternehmer – das ist der alten Amon-Welt noch heute fremd.

Die zweite Modernisierung verdankt Österreich Werner Faymann. Der Kanzler dachte schon als Wiener Wohnbaustadtrat weder an die eigene Tasche, noch an die eigene Partei. Faymann suchte nach der Lösung für sein persönliches Problem: Wie kann ich die öffentliche Meinung für mich einnehmen, wenn ich selbst keine Meinung habe? Faymann hat die Lösung am Meinungsmarkt gefunden: Wenn ich die öffentliche Meinung nicht prägen kann, muss ich die veröffentlichte Meinung kaufen. Unter Jörg Haider zeigten FPÖ und BZÖ dem roten Stadtrat, dass sie auch das besser als die SPÖ können.

Wolfgang Schüssel und Jörg Haider waren die Pioniere, die aus den drei Elementen ein System gebaut haben. Dann zeigten ÖVP, FPÖ und BZÖ, was sie können, wenn man sie lässt. Und das untersuchen wir jetzt.

FALL

FIRESALE AM WÖRTHERSEE

ANHÄNGIG

INVOLVIERTE PERSONEN

JÖRG HAIDER, Kärntner Landeshauptmann 1999 – 2008
JOSEF MARTINZ, 2004 bis 2012 Obmann der ÖVP-Kärnten
DIETER BIRNBACHER, Klagenfurter Steuerberater
TILO BERLIN, Vorstandsvorsitzender der Hypo Group Alpe Adria von 2007 bis 2009

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Untreue, Bestechung ausländischer Amtsträger, Geldwäsche, Bilanzfälschung

Im August 2006 unterhielt sich der deutsche Investor Tilo Berlin mit seinem langjährigen Geschäftsfreund Werner Schmidt, Chef der Bayrischen Landesbank (BayernLB), über eine mögliche Übernahme der Kärntner Landesbank Hypo Alpe-Adria. Offiziell suchte die Hypo nicht nach Käufern, weshalb bei der BayernLB die Durchführbarkeit des Kaufprojektes unter dem Codenamen »Projekt Sissi« geprüft wurde.

Die ersten Analysen der BayernLB 2006 ergaben, dass es sich bei der Hypo um eine »ausgequetschte Zitrone« handelte. Dennoch lief der Prozess weiter und im Februar 2007 stieß auch Kärntens damaliger Landeshauptmann Jörg Haider zu den internen Gesprächen.

Zur offiziellen Übernahme der Hypo durch die BayernLB kam es schließlich im Mai 2007. Der Kärntner Landtag erfuhr davon aus den Medien und wurde beim Verkauf umgangen. Tilo Berlin gelang ein einträglicher Coup: Er erwarb vor dem Verkauf der Hypo-Anteile an die BayernLB mit einer Investorengruppe in mehreren Tranchen 2006/2007 die Sperrminorität an der Bank und konnte sie dann um (womöglich zu) viel Geld an die BayernLB weiterverkaufen. Aber auch Jörg Haider wollte mitnaschen und stellte eine Bedingung: Für eine Unterstützung des Kärnt-

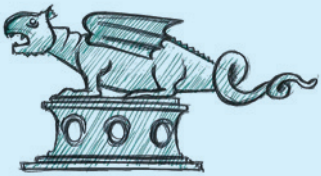
ner Fußballs mit 2,5 Millionen Euro würde auch die Kärntner Landesholding ihre Hypo-Anteile, die für eine bayrische Mehrheit an der Hypo notwendig waren, veräußern. Die Bayern ließen sich auf das womöglich illegale Angebot ein und zahlten, über eine Tochterbank, um den Geldfluss zu verschleiern, die geforderte »Sportförderung«. Haider gab das Geld mit vollen Händen, aber glücklos aus. Der riesige Stadion-Neubau erwies sich, ebenso wie der mittlerweile in Konkurs gegangene SK Austria Kärnten, als Fass ohne Boden.

Aber auch der Haider-Freund Dieter Birnbacher, der private Steuerberater des Haider-Koalitionspartners und ÖVP-Obmannes Josef Martinz war, profitierte vom Hypo-Verkauf und erhielt für eine achtseitige »Expertise« rund um den Deal, selbst nach einem 50%igen »Patriotenrabatt«, immerhin noch 6 Mio. Euro. Ein deutscher Sachverständiger bewertet Birnbachers Leistung mit lediglich 200.000 Euro.

Der Tatbestand der Untreue ist Gegenstand eines laufenden Gerichtsverfahrens, im Zuge dessen sowohl Martinz als auch Birnbacher bereits zugeben mussten, dass das Birnbacher-Honorar weit überhöht und das Geld zur verdeckten Parteienfinanzierung bestimmt war. Das bayrisch-kärntnerische Glück währt nur kurz. Rasch muss die BayernLB erkennen, dass sie sich in ein sinkendes Schiff zu völlig überhöhtem Preis eingekauft hat. Nach einigen vergeblichen Finanzspritzen wird die Hypo schließlich im Dezember 2009 notverstaatlicht, das Land Kärnten entging damit nur knapp der Pleite. Neben den Insider-Geschäften beim Verkauf an die BayernLB ermittelt die Staatsanwaltschaft in der Causa auch wegen Geldwäsche, Bilanzfälschung und Verdacht auf Untreue.

Das exzessive und ungesunde Wachstum der Hypo war nur durch Landeshaftungen bis zu 25 Mrd. Euro möglich. Der Untersuchungsausschuss des Kärntner Landtags unter der Vorsitzführung des Grün-Abgeordneten Rolf Holub veröffentlichte dazu im Feber 2012 seinen 700-seitigen Endbericht.

Für alle genannten Personen gilt die Unschuldsvermutung.



FALL

BLACK IS BEAUTIFUL

INVOLVIERTE PERSONEN

ERNST STRASSER, ÖVP Innenminister von 2000 bis 2004
CHRISTIAN WALZI, Staatsanwalt

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Amtsmissbrauch

Als Innenminister kümmerte Ernst Strasser sich um das Wohl der Bevölkerung. Besonders leicht fiel ihm das, wenn die Betroffenen auch noch das richtige Parteibuch hatten. Seine E-Mails zeugen von Einflussnahme und Vetternwirtschaft. Strafrechtlich belangt wurde er bis heute nicht.

Mit Ernst Strasser als Innenminister brach 2001 unter der schwarzblauen Koalition eine Zeit des massiven Postenschachers an. Zuerst sollten die roten Beamten durch schwarze ersetzt werden. Die Einflussnahme des Ministeriums reichte hier von einfachen Polizeiposten am Land bis zu Top-Positionen. Die parteipolitisch motivierten Wünsche des niederösterreichischen Landeshauptmanns Erwin Pröll und seines Klubobmanns Klaus Schneeberger wurden ebenso berücksichtigt, wie jene von Maria Fekter und Ex-Nationalratspräsident Andreas Khol, von Michael Spindelegger und Werner Fasslabend.

AUFSCHLUSSREICHE E-MAIL-PROTOKOLLE

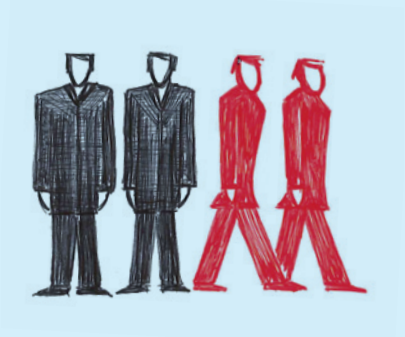
2004 trat Strasser überraschend zurück und widmete sich einer Karriere in der Privatwirtschaft. Sein politisches Wirken ist allerdings durch umfangreiche E-Mail-Korrespondenzen als Minister genau dokumentiert. 2008 veröffentlichte Peter Pilz diese Protokolle, um zu beweisen, dass parteipolitische Interessen bei der Besetzung von Posten maßgeblich waren. Als zum Beispiel 2001 ein neuer stellvertretender Polizeidirektor für Wiener Neustadt gesucht wurde und zwischen zwei Bewerbern entschieden werden musste, kam es zu Interventionen für den

ÖVP-nahen Kandidaten. Er wurde in den E-Mails als »uns nahestehend« bezeichnet. Auch bei der Neubesetzung des Schulleiters der Gendarmerieschule in Traiskirchen intervenierte man im Innenministerium für einen ÖVP-Kandidaten. Falter-Aufdecker Florian Klenk erstattete Anzeige bei der Staatsanwaltschaft und der Anti-Korruptionsbehörde BIA. Danach erkundigte er sich mehrmals über den Stand der Ermittlungen. Ein Beamter winkte ab: »Ja, wenn wir da hineinstechen würden!«

STAATSANWALTSCHAFT »ÜBERSIEHT« ANZEIGE

Strafrechtliche Konsequenzen für Strasser gab es keine. Die Anzeige und der Ordner mit den Mails landeten auf dem Schreibtisch von Staatsanwalt Christian Walzi. Dieser zog es vor, das BIA, gegründet und früher geleitet von Ernst Strasser, mit Ermittlungen gegen Peter Pilz zu beschäftigen, um herauszufinden, ob dieser einen Datenträger mit Strassers E-Mails habe. Walzis gesamte Aufmerksamkeit galt offenbar den Ermittlungen gegen die Aufdecker, denn vor dem Untersuchungsausschuss gab er an, die Anzeige gegen Strasser schlicht und einfach »übersehen« zu haben. Praktischerweise so lange, bis alle Vorwürfe verjährt waren.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.



FALL

DER RÜSTUNGSPRINZ AUS DER PROVINZ

ANHÄNGIG

INVOLVIERTE PERSONEN

ALFONS MENSDORFF-POUILLY, Schlossbesitzer, Lobbyist und einfacher Bauer

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Bestechung, Geldwäsche, Fälschung eines Beweismittels, falsche Zeugenaussage

Alfons Mensdorff-Pouilly ist Bauer und gleichzeitig bestens vernetzter österreichischer Geschäftsmann und Waffenhändler. In den vergangenen zwei Jahrzehnten war er in zahlreiche Skandale verwickelt, die vor allem fragwürdige Waffengeschäfte betrafen. Trotzdem entging er immer wieder einer Verurteilung.

Auch an Schlossherren geht die Krise nicht spurlos vorüber. Wer auf Schloss Dalnaglar, in Nachbarschaft der englischen Royals, mit eigenem Koch und mehr als acht Personen urlaubt, kann sich seit 2012 über stark reduzierte Preise freuen. Das Schloss gehört Alfons Mensdorff-Pouilly. Er lädt dort gerne zur Jagd oder lässt Unternehmen laden, genauso wie auf sein burgenländisches Schloss Luising. Zwischen 2002 und 2008 vergnügten sich in beiden Residenzen illustre Gesellschaften. Von Telekom-Managern über Banker bis zu Ministern und ihren Sekretären. Das Jagdvergnügen kostete hunderte Fasane das Leben und die Telekom 2007 und 2008 mindestens 140.000 €.

430.000 EURO FÜR EINEN FEHLENDEN KAMM

Es gibt Erbaulicheres als britische Gefängnisse. Alfons Mensdorff-Pouilly allerdings wurde für die Unbill eines fehlenden Kammes während seiner siebentägigen Untersuchungshaft Anfang 2010 in London mit 61.000 € pro Tag fürstlich entlohnt. Die britische Antikorruptionsbehörde SFO hatte ihre Vorwürfe, Bestechungsverdacht bei militärischer Beschaffung, gegen ihn wieder zurückgezogen. Doch das Verfahren erhielt ein Begräb-

nis dritter Klasse. Nach einer Vereinbarung zwischen SFO, US-Justiz und dem Rüstungskonzern BAE Systems zahlte BAE Systems 400 Millionen Dollar, um diverse Korruptionsvorwürfe aus der Welt zu schaffen. Dafür wurden Verfahren gegen Personen, die wie Mensdorff-Pouilly der Bestechung beschuldigt worden waren, eingestellt.

LUFTGESCHÄFTE UND SCHMIERIGE DEALS

Auch im Zusammenhang mit Kauf und Leasing schwedischer Saab-Gripen-Jäger durch Tschechien und Ungarn sollen Schmiergelder geflossen sein. Mensdorff-Pouilly war zu diesem Zeitpunkt Lobbyist für Saab-Gripen. Und bei ihm sichergestellte Unterlagen nach der österreichischen Abfangjäger-Beschaffung sprechen von der »aggressiven Zahlung von Erfolgsprämien an wichtige Entscheidungsträger«. Die Staatsanwaltschaft Wien hat im Juni 2012 Anklage wegen Geldwäsche, Fälschung eines Beweismittels und falscher Zeugenaussage erhoben. Auch sonst ist Mensdorff-Pouilly ein umtriebiger Lobbyist. Zwischen 2006 und 2007 kassierte er 120.000 €, um Siemens den Zuschlag für ein Mautsystem in Ungarn zu verschaffen. Das Projekt wurde 2009 von Ungarn ausgesetzt.

Als die OMV im Rahmen der Privatisierung der Petrom in den Jahren 2004 und 2005 einen relevanten Anteil des rumänischen Ölkonzerns kaufen wollte, waren ihr Mensdorff-Pouillys Dienste gut 1,5 Millionen Euro wert.

Bereits nach einer Bestechungsaffäre im Jahr 1994, bei der es um die Beschaffung von Hubschraubern ging, entging Mensdorff-Pouilly nur knapp einer Verurteilung: Der ÖVP Abgeordnete Hermann Kraft wurde wegen Anstiftung verurteilt, Mensdorff ging jedoch frei, weil man zu einer Anstiftung nicht anstiften kann.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

FALL

ANHÄNGIG

LUFTNUMMER MIT KÖRBERLGELD

INVOLVIERTE PERSONEN

WOLFGANG SCHÜSSEL, ÖVP Bundeskanzler von Februar 2000 bis Jänner 2007
KARL-HEINZ GRASSER, Finanzminister von Februar 2000 bis Jänner 2007
ERIKA & GERNOT RUMPOLD, Inhaber der FPÖ-Werbeagentur 100% Communications
ERHARD STEININGER, Rüstungslobbyist

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Bestechung, Betrug, falsche Zeugenaussage

Die schwarzblaue Regierung unter Kanzler Schüssel beschließt am 2. Juli 2002, dem österreichischen Bundesheer Abfangjäger des Typs Typhoon der EADS-Tochter Eurofighter Jagdflugzeuge GmbH zu spendieren – das weitaus teuerste Modell, das zur Auswahl stand. In diesem Zusammenhang sollen Millionen-Schmiergelder geflossen sein.

Lange Zeit gewann die Öffentlichkeit den Eindruck, dass für das Bundesheer schwedische Gripen-Kampfflugzeuge beschafft werden sollten. Nach einem Vergabeverfahren voller Ungereimtheiten entschied sich das Verteidigungsministerium jedoch für den Eurofighter. Das Gemeinschaftsprodukt europäischer Rüstungskonzerne war das bei weitem teuerste Modell, das zur Auswahl stand; außerdem existierten zu diesem Zeitpunkt davon erst Prototypen. Zuvor hatte der Rüstungsriese EADS viel Geld in Meinungsbildung und Werbemaßnahmen investiert. Allein an die PR-Agentur »100% Communications« von Gernot und Erika Rumpold wurden von EADS laut eigenen Angaben insgesamt mindestens 6,6 Millionen Euro überwiesen. Deren Leistungen waren u.a. die Organisation einer Pressekonferenz in der Sky Bar um 96.000 Euro oder das Arrangieren eines »Vorsprechens bei

Ministern« um 140.000 Euro. Eine Sicherheitskonferenz mit Kamingesprächen schlug mit 340.000 Euro zu Buche. Brisant dabei: Die Rumpolds standen der Regierungspartei FPÖ nahe, die den Verteidigungsminister und den Finanzminister stellte. Gernot Rumpold war Intimus von FPÖ-Chef Jörg Haider, bis 1996 Bundesgeschäftsführer der FPÖ und ab dann mit seiner Agentur »Media Connection Austria« (MCA) der Mann, der alle Werbekampagnen der FPÖ organisierte. Die überhöhten Rechnungen von »100% Communications« an EADS sind der Staatsanwaltschaft ebenso bekannt, wie jene der MCA an »100% Communications«, die dieser wiederum erlaubten, auf Forderungen in Höhe von 764.539 Euro gegenüber der FPÖ zu verzichten. Trotzdem wurden die Ermittlungen eingestellt und keine Anklage erhoben. Das Verfahren steht nun allerdings nach neuen Informationen von Peter Pilz vor der Wiederaufnahme.

VORHANG ZU UND VIELE FRAGEN OFFEN

Aber es gibt noch weitere Merkwürdigkeiten im Zusammenhang mit der Eurofighter-Beschaffung. So überwies EADS-Lobbyist Erhard Steininger 87.600 Euro an die Steuerberaterin Anna Maria Frühstück-Wolf. Die Dame ist Ehefrau von Abfangjäger-Generalmajor Erich Wolf. Wolf wurde in der Folge vom Bundesheer vorübergehend suspendiert.

2007 setzte der Nationalrat einen Eurofighter-Untersuchungsausschuss ein. Dieser vernahm 108 Zeuginnen und Zeugen und fertigte rund 6.000 Seiten Protokolle an. Auf einen gemeinsamen Abschlussbericht konnten sich die fünf Parlamentsparteien nicht einigen. Viele Fragen bleiben somit ungeklärt.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

FALL

QUID PRO QUO

INVOLVIERTE PERSONEN

GIANFRANCO LANDE, Gründer der Firma Vector Aerospace, Briefkastenfirmenspezialist
WALTER SCHÖN, ehem. Mitbesitzer der Euro Business Development GmbH
ALFRED PLATTNER, ehem. Mitbesitzer der Euro Business Development GmbH
KLAUS-DIETER BERGNER, ehem. Geschäftsführer der Euro Business Development GmbH
ERHARD STEININGER, EADS-Lobbyist

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Bestechung, Betrug, falsche Zeugenaussage

Unter dem Stichwort »Gegengeschäft« gelingt es der schwarzblauen Regierung, die Skepsis gegenüber dem teuren Eurofighter-Kauf zumindest teilweise zu senken. Dabei sind Gegengeschäfte auf Grund ihrer Intransparenz und des Korruptionsrisikos zumeist verboten. Es gibt sie praktisch nur mehr bei Rüstungsbeschaffungen.

Ein wesentliches Argument, das von den Befürwortern der Eurofighter-Anschaffung immer vorgebracht wurde, war das Volumen von damit verbundenen Gegengeschäften. Sie sollten der Öffentlichkeit suggerieren, dass sich die Kampfflugzeuge quasi selbst finanzierten. Abgesehen davon, dass nicht klar bestimmt werden kann, welche Geschäfte ohnehin getätigt worden wären und welche nur aufgrund der Eurofighter-Anschaffung erfolgten, besteht der Verdacht, dass in diesem Zusammenhang Schmiergelder geflossen sind. Eine spezielle Rolle bei den Gegengeschäften spielte die Euro Business Development GmbH (EBD). Diese Firma und die Vector Aerospace (London) waren entscheidende Player beim Kauf von Eurofightern vom Luftfahrt- und Rüstungskonzern EADS.

Die EBD hatte das Mandat für die Abwicklung der Eurofighter-Gegengeschäfte in Österreich in der Höhe von vier Milliarden Euro. Wie Peter Pilz aufdeckte, geht aus einem Notariatsakt hervor, dass die EBD im Besitz von Alfred Plattner, dem Geschäftspartner von EADS-Lobbyist Erhard Steininger, und dem Waffenhändler Walter Schön ist.

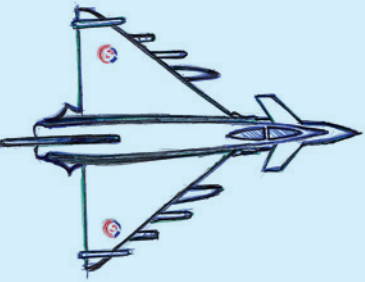
DUBIOSE TRANSAKTIONEN

2011 ergaben sich durch die Festnahme von Gianfranco Lande, den Gründer der Firma Vector Aerospace, in Italien neue Hinweise auf dubiose Transaktionen im Zusammenhang mit dem österreichischen Eurofighter-Kauf. Die Staatsanwaltschaft ermittelte nun unter anderem gegen Plattner und Schön wegen des Verdachts der Beamtenbestechung, des Steuerbetrugs und falscher Zeugenaussagen. Die Vector Aerospace soll eine Briefkastenfirma sein, die im Auftrag von EADS für den Verkauf der Eurofighter gegründet wurde und über die 84 Millionen bewegt wurden, die keinen konkreten Geschäften zuzurechnen sind.

Aufgrund dieser neuen Informationslage kam es zu fünf Hausdurchsuchungen in Wien. Die Kleine Zeitung schreibt: »Belegt ist bisher, dass diese Vector Aerospace an eine Firma des der Bestechung verdächtigen Waffenhändlers Schön 14,5 Millionen bezahlt hat. Zumindest weitere 120.000 Euro sind an die European Business Development (EBD) geflossen, die in Österreich gegenüber dem Wirtschaftsministerium für die Abwicklung der Gegengeschäfte beim Eurofighter-Deal zuständig war.«

In Italien wurde Gianfranco Lande Ende Mai 2012 zu 4 1/2 Jahren Gefängnis wegen Anlagebetrugs verurteilt. Das Ende der Eurofighter-Affäre in Österreich ist noch offen.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.



DIE PROBEFAHRT WAR TOLL

INVOLVIERTE PERSONEN

NORBERT DARABOS, SPÖ Verteidigungsminister seit 2007

Im Jänner 2009 gibt das Verteidigungsministerium unter Norbert Darabos (SPÖ) bekannt, dass in den nächsten Jahren 150 Mehrzweckfahrzeuge (MZF) im Wert von 104 Millionen von der italienischen Firma IVECO für das Bundesheer gekauft werden sollen. Die teuren Fahrzeuge entpuppen sich schließlich als nur bedingt einsatzfähig, es besteht der Verdacht, dass bei der Beschaffung Korruption im Spiel war.

Im März des Jahres 2010 veranstaltete der grüne Abgeordnete Peter Pilz eine Pressekonferenz mit dem Titel »Der Fall MZF: Manipulierte Ausschreibung – manipulierte Beschaffung«. Pilz vermutete ein abgekartetes Spiel, bei dem der Gewinner von Anfang an festgestanden sei. Die vom Bundesheer geforderten technischen Leistungsbeschreibungen waren laut Pilz so abgefasst, dass drei von vier zur Anbotslegung eingeladenen Firmen von vornherein ausschieden. Pilz forderte eine parlamentarische und gerichtliche Klärung. Darüber hinaus sollten für den Einkauf zuständige Beamte in Zukunft ihre Vermögenszuwächse deklarieren müssen. Das Verteidigungsministerium wies die Anschuldigungen zurück.

DER UNSICHTBARE DRITTE

Trotz Dementi des Verteidigungsministeriums fällt auf, dass ein IVECO MZF mit 693.333 Euro wesentlich teurer war als vergleichbare Modelle anderer Firmen. Ein BAE RG-32 oder der ENOK sollten beispielsweise ungefähr 300.000 Euro pro Stück kosten. Warum also die Entscheidung für die teuerste Variante?

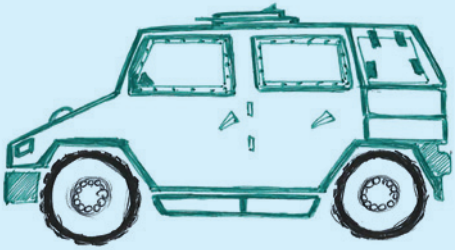
Eine mögliche Antwort darauf bietet die Provision für den eingesetzten Rüstungslobbyisten. In Österreich kassieren die Vermittler von Rüstungsgeschäften, häufig »Lobbyisten« mit Parteinähe, beträchtliche Provisionen. Ein derartiges Vorgehen ist in den USA verboten und es nährt den Verdacht der verbotenen Parteienfinanzierung. Unangenehmer Nebeneffekt für die SteuerzahlerInnen ist der falsche Anreiz für die Beteiligten. Denn je kostenintensiver das Geschäft, umso höher ist die Provision.

UNTAUGLICH

Mit den Worten »Die Probefahrt war toll« beschrieb Norbert Darabos seine erste persönliche Spritztour mit dem IVECO MZF. Seine Freude war jedoch nur von kurzer Dauer. Nicht nur, dass der Rechnungshof im Januar 2011 mangelhafte Verfahrensabläufe bei der Beschaffung kritisierte. Darüber hinaus existierte auch kein Schutz des gesamten Fahrzeugs gegen Beschuss, obwohl dies explizit in der Ausschreibung gefordert worden war. Mehrere Monate später wurde bekannt, dass das Bundesheer die ersten beiden gelieferten Modelle an den Hersteller IVECO retournierte. Bei der Erprobung im Gelände erfüllten die Fahrzeuge nicht die an sie gestellten Qualitätsansprüche. Der Fahrzeugunterbau erwies sich als zu schwach.

Die Aufklärungsvariante des MFZ funktionierte ebenfalls nicht wie geplant. Den Zuschlag bei der Bewaffnung erhielt wie beim Eurofighter ein System, das erst als Prototyp vorhanden war.

Es gilt die Unschuldsvermutung.



Harald Katzmair im Gespräch mit Andreas Novy

WIR NUTZEN UNSERE NETZWERKE

Harald Katzmair ist Sozialwissenschaftler und Gründer von FAS.research.

Andreas Novy ist Obmann der Grünen Bildungswerkstatt und Professor an der WU Wien

Andreas Novy über ein Gespräch mit dem Harald Katzmair, in dem beide der Frage nachgehen, was Netzwerkforschung zum Verständnis von Korruption beiträgt

An wen kann ich mich wenden? Egal ob das Auto kaputt ist, ein Handwerker benötigt wird oder eine Ärztin aufgesucht werden soll: Wenn wir Hilfe benötigen, fragen wir zuerst in unserem Freundes- oder Bekanntenkreis, wissend, dass jeder neue Kontakt mit Risiko verbunden ist. Ab wann ist solch ein Verhalten problematisch, nicht legitim oder gar illegal? Wann wandelt sich ein Freundeskreis oder ein geschäftliches Netzwerk, in dem die Kompetenzen des jeweils anderen geschätzt werden, in eine illegale Seilschaft?

Für Harald Katzmair ist nicht nur Geld, sondern auch der Zugang zu einflussreichen Netzwerke in unserer Gesellschaft sehr ungleich verteilt. Die Elite weiß sich geschickt vom Rest abzuschirmen: mit den exklusiven Eheschließungen Adeliger oder bei den Besetzungen von Aufsichtsratsposten, die wenigen, oftmals geschäftlich miteinander kooperierenden Herren vorbehalten bleiben.

Gemeinsam sind allen korrupten Formen von Seilschaften und Freunderlwirtschaft Strategien der Monopolbildung und der Exklusion. Wir mauscheln uns was aus, die Anderen bleiben draußen – und zahlen die Rechnung. Dabei sind die Übergänge fließend: Einer kompetenten Geschäftspartnerin immer

wieder Aufträge zu erteilen, weil man sich auf gute Ausführung verlassen kann, spart Kosten und Nerven – und muss nicht korrupt sein. Einem Schulfreund zu überhöhten Kosten einen öffentlichen Auftrag zuzuschanzen, ist zu Recht verpönt – und illegal. Die öffentliche Hand mit Schmiergeldzahlungen um Milliardenbeträge zu berauben, überschreitet jede Korruptions-Schmerzgrenze.

Korruption in kleinen Netzwerken ist weitverbreitet, ebenso die NutznießerInnen: Blaue Kuverts bei Baugenehmigungen, eine Vorreihung am Amt. Die kleine Korruption ist Teil der DNA der österreichischen Gesellschaft und soll nicht schöngeredet werden.

Wirklich teuer zu stehen kommt uns aber die große Korruption: Nur wenige errichten Fußballstadien, erwerben privatisierte Firmen, bauen Bahntrassen oder legen dem Parlament Steuergesetze vor. Hier ist das große Geld im Spiel, hier entstehen exklusive »Dealnetzwerke«. In Österreich hat die blau-schwarze Regierung gewieften Aufsteigern eine einmalige Chance eröffnet, neben adeligen Platzhirschen wie Mensdorff-Pouilly am Kuchen der Privatisierungen mitzunaschen. Und dies in einem einmaligen Ausmaß: Niemals davor und danach wurde so viel öffentliches Familiensilber verscherbelt.

Die Menschen reagieren, so Katzmair, vielleicht heute bei frechen Bereicherungen besonders empört, weil die Politik die Bereicherung weniger auf Kosten der Mehrheit nirgends stoppt: weder bei der Korruption noch auf den Finanzmärkten. Deshalb darf sich die demokratiepolitische Antwort auf Korruption nicht darauf beschränken, illegale Netzwerke zu unterbinden. Politik muss wieder für und mit den Menschen gemacht werden: Statt privilegierter Netzwerke einiger Parvenues oder alteingesessener Platzhirsche fordert Katzmair eine »Ökologie der Beziehungen«, die Vernetzen als Zusammenarbeit versteht, um verantwortungsbewusst und kreativ Neues zu schaffen statt zulasten anderer abzusahnen.

KARUSSELL DER PROVISIONEN

INVOLVIERTE PERSONEN

KARL-HEINZ GRASSER, Finanzminister von Februar 2000 bis Jänner 2007
WALTER MEISCHBERGER, Lobbyist, FPÖ-Nationalratsabgeordneter bis 1999
ERNST KARL PLECH, Immobilienmakler, ehemaliger Buwog-Aufsichtsrat
DIETER BÖHMDORFER, Rechtsanwalt, Justizminister von März 2000 bis Juni 2004

Die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) ist in der Ära von Finanzminister Karl-Heinz Grasser durch zahlreiche fragwürdige Geschäfte möglicherweise schwer geschädigt worden. Es besteht der Verdacht, dass gegen Schmiergelder Insiderwissen weitergegeben und Behörden zum Schaden der Republik in private Immobilien umgesiedelt wurden. Durch die Fälle Nordbergstraße, Terminal Tower, Brehmstraße, Buwog und Justiztower soll die Republik insgesamt 1 Milliarde Euro verloren haben.

Die BIG konnte nach Umzug der staatlichen Stellen in private Immobilien ihre leergewordenen Gebäude vielfach nicht mehr vermieten. Für Gabi Moser ein grundsätzliches Problem, denn so entgehen der BIG jährlich Millionen an Mieteinnahmen, und die staatlichen Einrichtungen zahlen im Gegenzug mit öffentlichen Geldern jetzt Miete an Private.

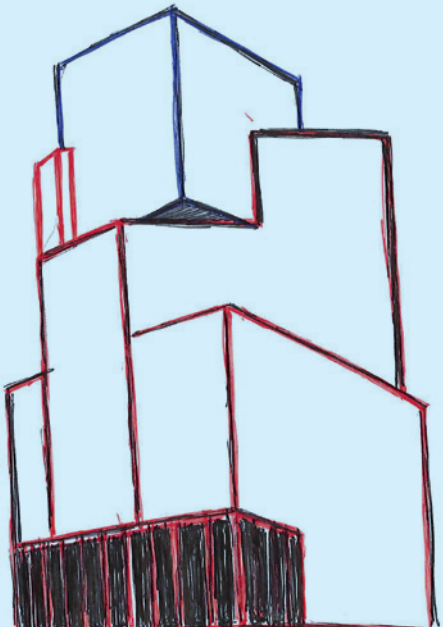
Für den Herbst 2003 hat beispielsweise der damalige Justizminister Dieter Böhmdorfer (FPÖ) den Umzug des Handelsgerichts von der Riemergasse in das neu errichtete Hochhaus der Firma Porr im dritten Bezirk angeordnet. Wie unter der schwarzblauen Regierung üblich, setzte gleichzeitig ein Provisionskarussell ein: Die Justiz zahlte 607.476 Euro an den Grasser-Freund Ernst Karl Plech, der noch einmal die gleiche Summe von der Baufirma Porr erhielt. Plech wiederum überwies 500.000 Euro an Walter Meischberger.

MONEY FOR NOTHING

Laut Böhmdorfer war die Zahlung des Staates an Plech deshalb gerechtfertigt, weil Plech als Makler auftrat und das Projekt vorgeschlagen hatte. Allerdings steht fest, dass die Justiz schon seit 1999 davon wusste. Plech erklärt die Überweisung an Meischberger damit, dass dieser über die Suche des Justizministeriums nach einem neuen Standort für das Handelsgericht informiert war und diese Information verkauft hätte.

Im Korruptions-Untersuchungsausschuss 2012 wurde nun untersucht, ob das Geld wirklich für ohnehin allgemein bekannte Informationen, oder für das »Schmieren« von PolitikerInnen verwendet wurde. Schließlich galt es einigen Widerstand zu überwinden: Nicht nur der Rechnungshof bezeichnete den Umzug der Justiz als »unwirtschaftlich«, auch Finanzminiser Karl-Heinz Grasser war ursprünglich gegen das Projekt, hatte dann aber doch einen unerklärlichen Sinneswandel und gab schließlich sein Okay.

Für die beteiligten Personen gilt die Unschuldsvermutung.



DER SCHWARZE IKARUS

INVOLVIERTE PERSONEN

KARL-HEINZ GRASSER, Finanzminister von Februar 2000 bis Jänner 2007

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Amtsmissbrauch, Steuerhinterziehung

Karl-Heinz Grasser (erst FPÖ, dann ÖVP) ist bei Amtsantritt gerade mal 31 Jahre alt. Er ist Österreichs jüngster und angeblich auch schönster, intelligentester und erfolgreichster Finanzminister aller Zeiten. Als Sunny-Boy der schwarzblau/orangen Koalitionsregierungen ist er lange Zeit das populärste Regierungsmitglied.

Doch der Verdacht besteht, dass sich der sich als Traumschwiegersohn inszenierende Grasser und seine Freunde ungeniert aus dem Volksvermögen bedient haben. Der ehemalige Kabinettschef im Infrastrukturministerium Willi Berner berichtet von einem regelrechten schwarzblauen Masterplan, wie von Privatisierungen persönlich profitiert werden könnte.

Und tatsächlich ist in Grassers gesamter Amtszeit ein Muster erkennbar: Deal um Deal wird durchgezogen und die Hauptprofiteure sind immer die gleichen: Grassers Vertraute wie Trauzeuge Walter Meischberger, aber auch PR-Guru Peter Hochegger oder Immobilienmakler Ernst Karl Plech kommen immer wieder zufällig zu extrem lukrativen Geschäften.

HOMEPAGE

Die sogenannte Homepage-Affäre kratzt schon 2003 am Lack des Strahlemanns. Die Industriellenvereinigung überweist 175.000 Euro für Grassers private Website. Über Subunternehmen schneiden Grassers Vater, Hochegger und Meischberger am Kuchen mit. Der Vorwurf, Grasser habe Schenkungssteuer hinter-

zogen, führt zu Erhebungen der Staatsanwaltschaft, das Finanzministerium stellt seinem Chef jedoch einen Persilschein aus.

BUWOG

Bei der Privatisierung der Buwog setzt sich 2004 das siegreiche Konsortium denkbar knapp durch. Mit 961 Millionen Euro bietet es nur 0,1 Prozent mehr als die Konkurrenz. 9,61 Millionen Euro fließen danach an Hochegger und Meischberger. Ob auch Plech und Grasser hinter jenen Konten stehen, auf denen ein Teil des Geldes letztlich landet, ist noch unklar. Sicher ist sich Meischberger jedenfalls, dass der Tipp über die Höhe des Konkurrenzangebots weder von Grasser noch von Plech gekommen ist.

DOROTHEUM

Schon 2001 wird das Dorotheum privatisiert. Der Verkaufspreis von 955 Millionen Schilling (69 Millionen Euro) liegt gerade einmal um 5 Millionen Schilling höher als das Gebot der zweiten Interessenten. Plech und Hochegger stehen diesmal auf der Verliererseite, ersterer soll aber das Gebot ihres Konsortiums über Meischberger an die Sieger verraten haben. Auf einem Konto in Liechtenstein, das womöglich Grasser zuzurechnen ist, sind 236.000 Euro in bar eingezahlt worden.

TERMINAL-TOWER

Oberösterreichs Finanzbehörden sollten an einem Ort konzentriert werden. Der Umzug in den von der Porr errichteten Terminal Tower stieß auf Widerstände. Die Porr zahlte wenig später 200.000 Euro an eine zypriotische Briefkastenfirma von Hochegger und Meischberger für »Projekterkundungen für Hotels, Büros und Einkaufszentren in Rumänien«. Natürlich ohne jeden Zusammenhang ist der Terminal Tower Ende 2005 plötzlich doch wieder zurück im Rennen und im März 2006 unterschreibt Grasser schließlich den Mietvertrag.

Für die genannten Personen gilt die Unschuldsvermutung.

FALL

FAMILIENALBUM

INVOLVIERTE PERSONEN

KARL-HEINZ GRASSER, Finanzminister von Februar 2000 bis Jänner 2007
WALTER MEISCHBERGER, Lobbyist, FPÖ-Nationalratsabgeordneter bis 1999
PETER HOCHEGGER, Lobbyist, Unternehmer

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Verbotene Geschenkannahme, Abgabenverkürzung

Die Interessensvertretung Industriellenvereinigung (IV) zahlt dem »Verein zur Förderung der New Economy« bis 2003 175.000 Euro. Dieser beauftragt die Firma FirstInEx mit der Gestaltung einer privaten Homepage für den damaligen Finanzminister Karl-Heinz Grasser. Der Inhalt: Fotos von Grasser als Kind, mit Hund oder mit Wolfgang Schüssel. Die Kosten: mehr als 114.000 Euro. Soweit, so unvereinbar. Doch es kommt noch besser.

FirstInEx lässt sich als erweitertes Familienumfeld von Grasser beschreiben: Geschäftsführer ist Dieter Jandl, ein Jugendfreund des Finanzministers. Von FirstInEx fließen Gelder an Subunternehmen weiterer Grasser-Freunde: des Lobbyisten Peter Hochegger und des Ex-FPÖ-Abgeordneten Walter Meischberger. Grassers Vater schließlich ist Aktionär von FirstInEx. Schon davor hatte das Unternehmen für knapp 60.000 Euro die offizielle Homepage des Finanzministeriums gestaltet. 9.900 Euro soll der Verein direkt auf ein Treuhandkonto von KHG überwiesen haben.

WIE MAN EINEN FALL BEERDIGT

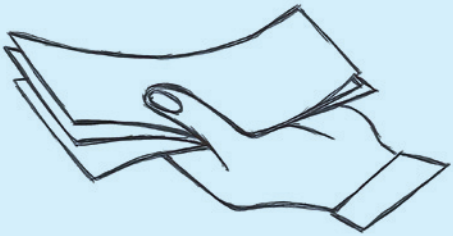
Grasser stand unter dem Verdacht der Anstiftung zur Untreue und der Hinterziehung von Schenkungssteuer. Das Finanzamt bestätigte dem Homepage-Verein jedoch schnell Wohltätigkeit

und damit Steuerfreiheit. Auch die Staatsanwaltschaft stellte alle strafrechtlichen Erhebungen ein. Die Volksanwaltschaft warf daraufhin sowohl der Staatsanwaltschaft Wien als auch Justizminister Dieter Böhmdorfer (FPÖ) Missstände vor. 2004 wurde zudem ein Rechnungshof-Rohbericht zur Angelegenheit vorgestellt, der die Erteilung der Steuerfreiheit kritisierte. Für den Finanzrechtsexperten Werner Doralt hätte das Finanzamt Grasser Schenkungssteuer vorschreiben müssen.

Die Ratskammer des Wiener Straflandesgerichts zwang die Staatsanwaltschaft Wien im September 2004 die Ermittlungen wieder aufzunehmen. Die Staatsanwaltschaft berief zwar dagegen, das Oberlandesgericht schloss sich jedoch der Rechtsansicht der Ratskammer an. Trotzdem stellte die Justiz das Verfahren gegen Grasser im Februar 2005 endgültig ein, weil der Verein und nicht Grasser selbst das Geld der IV erhalten habe. Ein weiteres Verfahren gegen Grassers Kabinettschef Matthias Winkler, der den Homepage-Verein führte, wurde kurz darauf ebenfalls eingestellt. Laut Staatsanwaltschaft wäre keine Schenkungssteuer fällig, da die IV nur Teile ihrer PR in den Verein ausgelagert hätte.

Danach beschäftigte sich auch der Rechnungshofausschuss des Parlaments mit der Affäre. Nach Ansicht des Rechnungshofs hatten die Steuerbehörden den Persilschein für Grasser und den Homepage-Verein vorschnell erteilt und die Frage der Steuerpflicht »unzureichend erhoben«. Nicht ausreichend geprüft wurde nach Ansicht des Rechnungshofes auch die Frage, ob bei Grasser für die Homepage Schenkungssteuer fällig geworden wäre. Obwohl die Grünen noch weiteren Aufklärungsbedarf orteten, wurde der Rechnungshofbericht mit den Stimmen der schwarzblau/orangen Koalition zur Kenntnis genommen.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.



DIE WELT IST NICHT GENUG

ANHÄNGIG

INVOLVIERTE PERSONEN

KARL-HEINZ GRASSER, Finanzminister von Februar 2000 bis Jänner 2007
WALTER MEISCHBERGER, Lobbyist, FPÖ-Nationalratsabgeordneter bis 1999
ERNST KARL PLECH, Immobilienmakler, ehemaliger Buwog-Aufsichtsrat
PETER HOCHEGGER, Lobbyist, Unternehmer

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Untreue, Steuerhinterziehung, Beweismittelfälschung

2004 werden die Buwog und vier andere Immobiliengesellschaften der Republik Österreich mit mehr als 62.000 Wohnungen privatisiert. Dabei überbot das siegreiche Bieterkonsortium den Konkurrenten um nur 1,2 Millionen – bei einem Volumen von 961 Millionen Euro. Mittlerweile besteht der dringende Verdacht, dass Karl-Heinz Grasser, damals Finanzminister, im Zentrum einer raffiniert ausgeklügelten Korruptionsaffäre steht.

Aus einem knappen Bieterverfahren ging die Immofinanz im Juni 2004 als Sieger hervor. Daraufhin überwies sie mehr als 9,61 Millionen Euro Provision an die zypriotische Briefkastenfirma Astropolis des Lobbyisten Peter Hochegger. Der gab 7,7 Millionen Euro davon an Walter Meischberger, den Trauzeugen von Grasser, weiter. Meischberger verteilte das Geld auf drei Liechtensteiner Konten. Eines davon soll ihm gehören, ein weiteres dem Immobilienmakler Ernst Karl Plech und das dritte – Karl-Heinz Grasser. Hochegger und Meischberger haben inzwischen Selbstanzeige wegen Steuerhinterziehung erstattet, Grasser und Plech streiten jedoch ab, dass die Konten ihnen zuzurechnen sind.

ERFOLGREICHE SCHNÄPPCHENJAGD

Wofür sind die Millionen geflossen? Das »Österreichkonsortium« um Immofinanz und RLB OÖ hatte nur hauchdünn den Zuschlag für die Buwog erhalten. Mit 961 Millionen Euro lag ihr Angebot gerade einmal um 1,2 Millionen oder 0,1 Prozent über dem Gebot der konkurrierenden CA Immo. War es nur ein glücklicher Zufall, dass die Konkurrenz so knapp geschlagen wurde? Immerhin kannten Grasser und sein Kabinetts-Chef Traumüller offenbar den maximalen Finanzierungsrahmen der CA Immo von 960 Mio, bevor Immofinanz und RLB OÖ ihr letztes Angebot legten.

Für die Käufer erwies sich die Buwog als echtes Schnäppchen. Der Rechnungshof kritisierte, dass um 200 Millionen Euro zu billig verkauft worden sei. Bei einer Sanierung wäre sogar ein Erlös von zwei Milliarden möglich gewesen. In der Tat ist es unverständlich, warum die Bundeswohnungen von insgesamt vier Gesellschaften unbedingt in einem Gesamtpaket verkauft werden mussten. Dadurch schieden viele potentielle KäuferInnen von vornherein aus, was den erzielbaren Verkaufspreis drückte. Tatsächlich wertet die Immofinanz zwischen 2005 und 2008 die Immobilien um insgesamt 447,5 Millionen Euro in den Bilanzen auf.

NEBENFRONTEN: MILLIONEN FÜR BERATER

Für Unbehagen sorgt auch, dass die Investmentbank Lehman Brothers, beraten durch den Grasser-Freund Karlheinz Muhr, im Zuge des Buwog-Verkaufs möglicherweise aufgrund einer Intervention des Finanzministers zu einem großzügigen Honorar von 10,2 Millionen Euro kam.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts auf Untreue gegen Plech, Grasser und dessen ehemaligen Mitarbeiter Michael Ramprecht. Inzwischen vermutet die Justiz auch Beweismittelfälschungen. Speziell Plech und Meischberger werden beschuldigt, die Provisionen durch falsche Immobilienvereinbarungen nachträglich verschleiert zu haben. Im Untersuchungsausschuss 2012 wurde Grasser von seinem ehemaligen Kabinettschef Heinrich Traumüller schwer belastet.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

FALL

SUPERNACKT IM BAHNHOFSVIERTEL

INVOLVIERTE PERSONEN

KARL-HEINZ GRASSER, Finanzminister von Februar 2000 bis Jänner 2007
WALTER MEISCHBERGER, Lobbyist, FPÖ-Nationalratsabgeordneter bis 1999
ERNST KARL PLECH, Immobilienmakler, ehemaliger Buwog-Aufsichtsrat
PETER HOCHEGGER, Lobbyist, Unternehmer

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Bestechung, Amtsmissbrauch

2003 schaltet die Real Treuhand, eine Tochter der Raiffeisen Landesbank, nach mehrmaliger Rücksprache mit dem Kabinett Grasser, ein maßgeschneidertes Inserat über Büroräumlichkeiten im erst zu errichtenden Linzer Terminal Tower (Grund noch in ÖBB-Besitz) – genau das, was das Finanzministerium seit Jahren sucht!

Parallel dazu fordert laut Aussage des ehemaligen Porr-Managers und damaligen ÖBB-General Martin Huber der Immobilienmakler und Grasser-Freund Ernst Karl Plech von dem damaligen Porr-Chef Horst Pöchhacker 700.000 Euro Provision für die »Vermittlung« der Finanzämter als Mieter. Hinter den Kulissen wird verhandelt und die Unterzeichnung des Vertrags verschoben.

Ende 2005 verweigert Grasser den Abschluss des Mietvertrags und erhöht damit den Druck. Erst im März 2006 ist es so weit. Eigenartig: Inzwischen sind nämlich die Provisionszahlungen an Hochegger und Meischberger unter Dach und Fach.

Laut Ermittler beantwortet Grasser parlamentarische Anfragen der Grün-Abgeordneten Gabriela Moser, die den Abschluss eines Mietvertrags vor Errichtung eines Gebäudes als vergaberecht-

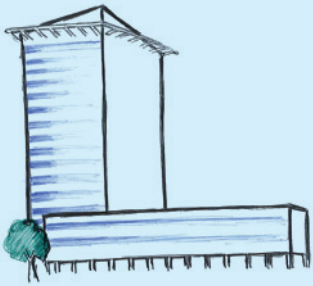
lichen Verstoß kritisiert, nicht wahrheitsgemäß, denn der Vertrag war bereits im Oktober 2005 fertig ausverhandelt, nur nicht unterschrieben. Moser kritisiert vor allem auch, dass nun monatlich in Linz 130.000 Euro Miete in private Taschen fließen, statt in die Kassen der bundeseigenen Immobiliengesellschaft.

DER ÜBLICHE GEDÄCHTNISVERLUST

Im Jänner 2010 durchsucht das Bundeskriminalamt die Firmenzentrale der Porr wegen Hinweisen auf eine an Hochegger und Meischberger geflossene illegale Provision im Zuge des Terminal Tower-Deals. Über die zypriotische Briefkastenfirma Astropolis bezahlte die Porr 200.000 Euro. Jeweils 56.980 Euro landen schließlich auf drei Liechtensteiner Konten, die Meischberger und womöglich Plech und Grasser gehören sollen. Offiziell fließt das Geld für »Projekterkundungen für Hotels, Büros und Einkaufszentren in Rumänien«, laut einer sichergestellten E-Mail ist es jedoch für den Terminal Tower. Bei einem von der Polizei aufgezeichneten Telefonat zwischen Grasser und Meischberger kann sich letzterer nicht mehr daran erinnern, wofür ihn die PORR eigentlich bezahlt haben will. Als ihm Grasser ein wenig auf die Sprünge hilft, antwortet Meischberger mit den berühmten Worten: »Da bin ich jetzt supernackt.«

Grasser selbst wird durch einen Aktenvermerk der Porr vom 22. Dezember 2005 belastet. Die Miete sollte um monatlich 6.400 Euro – 40 Cent pro Quadratmeter – höher ausfallen, falls zuvor 700.000 Euro »an die Finanz bzw. allenfalls namhaft gemachte Dritte« bezahlt würden. Dass Grasser am Tag davor einen unterschriftsreifen Mietvertrag hat platzen lassen und 2006 dann doch für einen höheren Mietpreis unterschreibt, legt einige Fragen nahe. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Bestechung und Amtsmissbrauch.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.



DER STRIPPENZIEHER

ANHÄNGIG

INVOLVIERTE PERSONEN

PETER HOCHEGGER, Lobbyist, Unternehmer
KARL-HEINZ GRASSER, Finanzminister von Februar 2000 bis Jänner 2007

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Bestechung, Beihilfe zur Untreue

Die schwarzblaue Wende entpuppte sich für Peter Hochegger als Goldmine: Für den Lobbyisten, PR-Berater und Vertrauten des damaligen Finanzministers Karl-Heinz Grasser sprudelten Honorare und Provisionen in der Höhe von mehr als 40 Millionen Euro, die er zum Teil großzügig an Politiker und Ex-Politiker weiter verteilte.

TELEKOM

Seit Ende der 1990er-Jahre soll alleine die Telekom Austria (TA) rund 25 Millionen Euro an Hocheggers Agentur überwiesen haben. Ein genauer Blick auf die Rechnungen sorgt für Staunen. So kassierte Hochegger beispielsweise 2007 für ein anscheinend nie umgesetztes 29-seitiges PR-Papier im Auftrag des Ex-TA-Managers Gernot Schieszler 465.000 Euro. 2011 setzte jedoch auch in der TA ein Umdenken ein: gegen Schieszler wurde eine Klage angekündigt, weil Zahlungen an Hochegger über neun Millionen Euro nicht durch Leistungen dokumentiert seien.

BUWOG

Bei der Privatisierung der Buwog setzten sich 2004 Immofinanz und Raiffeisen Landesbank OÖ mit 961 Mio. hauchdünn durch. Sie boten nur 0,1 Prozent mehr als die Konkurrentin CA Immo. 2009 tauchten bei der Immofinanz Scheinrechnungen von Hocheggers Briefkastenfirma Astropolis über insgesamt 9,61 Millionen Euro auf. 7,7 Millionen leitete Hochegger an Walter Meischberger weiter. Die Behörden verfolgten den Weg des Gel-

des bis hin zu drei Liechtensteiner Konten, die Meischberger zugerechnet werden können.

BEWAG

Zwischen 2004 und 2009 erhielt Hocheggers Agentur vom burgenländischen Landesenergieversorger BEWAG rund 3,6 Millionen Euro. Teile davon sind nicht eindeutig durch Leistungen gedeckt. Es bestand der Verdacht, dass über Hochegger Schmiergelder für einen Windpark in Ungarn gezahlt wurden.

FLUGHAFEN WIEN

2004 geriet Flughafenvorstand Herbert Kaufmann (SPÖ) in die Kritik und engagierte Hochegger. Dieser konnte durch gezieltes Dirty Campaigning eine Vertragsverlängerung Kaufmanns erreichen: Hochegger inszenierte, laut Format, rund um den ÖVP-nahen Flughafenhändler Rakesh Sardana einen Wirtschaftsskandal, der Kaufmann aus der Schusslinie brachte. Insgesamt erhielt Hochegger, auch verdeckt über Tochtergesellschaften, bis 2009 rund eine Million Euro.

HOCHEGGERS NETZWERK

Hochegger behauptet, 28 Ex-Politiker auf seiner Payroll gehabt zu haben. »Es war damals die Überlegung, Ex-Politiker aufgrund ihrer Kontakte, ihrer Beziehungen und ihres Know-hows partiell an die Agentur zu binden«, so Hochegger. Neben kleinen Aufträgen für die beiden ehemaligen SPÖ-Politiker Peter Schieder und Karl Blecha sind 100.000 Euro für Ex-Innenminister Ernst Strasser (ÖVP) als Berater belegt.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

MONEY MAKES THE WORLD GO ROUND

ANHÄNGIG

INVOLVIERTE PERSONEN

PETER HOCHEGGER, Lobbyist und Unternehmer
RUDOLF FISCHER, ehemaliger Vorstandsdirektor der TA
GERNOT SCHIESZLER, ehemaliger Finanzvorstand der TA
WOLFGANG F., ehemaliger Leiter der TA-Einkaufsabteilung
HUBERT GORBACH, FPÖ/BZÖ Infrastrukturminister von 2003 bis 2007, Lobbyist
JOHANN WANOVITS, Broker und Gründer der Euro Invest Bank AG

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Gesetzeskauf, Bestechung, Kursmanipulation

In die Regierungszeit von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (2000 – 2006) fallen eine Reihe von auffälligen und undurchsichtigen Transaktionen der Telekom Austria (TA). Es drängt sich der Verdacht auf, dass in mehreren Fällen hohe Beträge als Schmiergelder an PolitikerInnen und Parteien geflossen sind – aber auch die TA-Manager selbst liessen es sich gut gehen.

Ein Name taucht im Zusammenhang mit den TA-Zahlungen an die Politik immer wieder auf: Peter Hochegger. Seine Firma Valora hat in etwa 10 Jahren insgesamt rund 25 Mio. Euro von der Telekom erhalten – und wirkte offenbar als Drehscheibe zur Verteilung von Geldern. Beträchtliche Summen sind, so der Anschein, in die Kontaktpflege mit der Politik investiert worden.

Der SPÖ-Abgeordnete Kurt Gartlehner etwa erhielt 100.000 Euro als Experte für »Breitbandausbau und Regierungspolitik«, die Fraktion Christlicher Gewerkschafter (ÖVP) im ÖGB bekam von Hochegger 30.000 Euro Marketingzuschuss, die FPÖ-Gazette »Neue Freie Zeitung« wurde mit 200.000 Euro in Form eines Druckkostenbeitrags bedacht.

Innerhalb der TA dürften drei Führungskräfte verantwortlich gewesen sein: Rudolf Fischer, Gernot Schieszler und Wolfgang F. Sie sollen für die nötigen Scheinverträge und -rechnungen gesorgt und die Honorare ausgestellt haben.

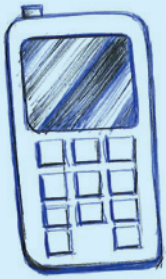
Als die Universaldienstverordnung (UDVO) im Jahr 2006 vom früheren FPÖ/BZÖ-Politiker und Verkehrsminister Hubert Gorbach novelliert wurde, erhoffte sich die TA ungefähr 10 Mio. Euro Mehreinnahmen pro Jahr. Auffällig ist, dass Gorbachs Sekretärin 264.000 Euro über Hocheggers Valora erhalten hat. Außerdem hat die TA laut Format dem BZÖ insgesamt 960.000 Euro für den Wahlkampf 2006 zukommen lassen.

BONI DANK KURSMANIPULATIONEN

2004 erhielten rund 100 TA-Manager Boni in der Höhe von insgesamt 9 Millionen Euro. Und zwar deshalb, weil die TA-Aktie in einem gewissen Zeitraum die Marke von 11,70 Euro pro Aktie überschritt. Diese Marke konnte aber nur erreicht werden, weil kurz vor Handelsschluss 900.000 TA-Aktien, 60% des Handelsvolumens an dem Tag, vom Broker Johann Wanovits über Euro Invest gekauft wurden. Dies nährt den Verdacht, dass die TA-Manager die Aktienkäufe selbst in Auftrag gegeben haben. Im Zuge von Ermittlungen zu anderen Schmiergeldvorwürfen kam es zu Hausdurchsuchungen bei TA-Manager Gernot Schieszler und bei Wanovits. Wanovits soll insgesamt für die Manipulationen eine »Risikoprämie« von rund 600.000 Euro erhalten haben, wobei zufällig auch wieder Hochegger hohe Beträge – beispielsweise für unauffindbare Studien – an Euro Invest überwies. Schieszler war 2004 lediglich Vorstandsassistent und erhielt durch die Kursmanipulation selbst »nur« 10.000 Euro. Die Auftraggeber dürften weiter oben angesiedelt sein.

Der neue Telekom-Vorstand Hannes Ametsreiter hat jedenfalls angekündigt, alle Zahlungen zurückzufordern, denen keine nachweisbare Leistung gegenübersteht.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.



FALL

3... 2... 1... MEINS!

INVOLVIERTE PERSONEN

STEFAN WEHINGER, Vorstand der ÖBB-Personenverkehr 2004 bis 2008, Westbahn-Gründer
PETER HOCHEGGER, Lobbyist, Unternehmer

SCHADEN

180.000 Euro für die ÖBB

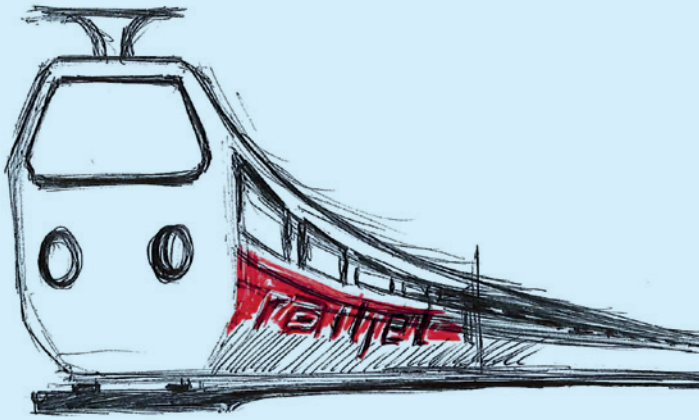
2004 soll im Rahmen eines internen Brainstorming-Workshops ein Name für die neuen Hochgeschwindigkeitszüge der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) gefunden werden. Ähnlich wie in der Buwog- und der Telekom-Affäre nimmt PR-Berater Peter Hochegger auch in diesem ÖBB-Drama eine skurrile Hauptrolle ein. Er ist nämlich zugleich Moderator und Nutznießer dieses Workshops.

Während des Arbeitskreises erfindet ein ÖBB-Mitarbeiter die Bezeichnung »Railjet«. Hochegger sieht darin offensichtlich eine einmalige Chance, schnelles Geld zu machen und lässt sich den Namen sofort markenrechtlich schützen. Ein paar Monate später möchte dies auch die ÖBB tun und ist einigermaßen überrascht, dass der Name schon an Hochegger vergeben ist. Es kommt zu Verhandlungen zwischen der ÖBB und Hochegger über den Markennamen. Der Bahn-Personenverkehrsvorstand Stefan Wehinger führt diese Verhandlungen und einigt sich mit Hochegger auf einen Preis von 180.000 Euro. Der Kauf findet statt.

Wehinger, der ein Bekannter des ehemaligen Vizekanzlers und BZÖ-Verkehrsministers Hubert Gorbach aus Vorarlberg ist, wurde von der Montafoner-Bahn geholt und als Personenverkehrsvorstand für Fernverkehr bei der ÖBB eingesetzt. Er gibt an, die 180.000 Euro wurden nicht nur für den Markennamen, sondern für den gesamten PR-Etat der ÖBB Holding überwiesen. Peter Pilz erstattet 2011 Anzeige gegen Wehinger wegen

Veruntreuung von Geldern. Selbst im Zuge einer internen ÖBB-Prüfung kann für diese 180.000 Euro »keine wirtschaftliche Begründung« gefunden werden. Ein Strafverfahren läuft in der Sache allerdings derzeit nicht gegen Wehinger, sondern gegen Peter Hochegger. Die ÖBB hat sich diesem Verfahren als Privatbeteiligter angeschlossen, um Schadensersatzforderungen gegen Hochegger vorzubereiten.

Für alle genannten Personen gilt die Unschuldsvermutung.



FALL

WO WAR DIE LEISTUNG?

INVOLVIERTE PERSONEN

WALTER MEISCHBERGER, Lobbyist, FPÖ-Nationalratsabgeordneter bis 1999
ERNST KARL PLECH, Immobilienmakler, ehemaliger Buwog-Aufsichtsrat
ANTON KALLINGER-PRSKAWETZ, Wiener Bauunternehmer

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Untreue, Bestechung

Die Wiener Wirtschaftsuniversität will mit Hilfe der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) ein Gebäude der Telekom in der Nordbergstraße erwerben, das Geschäft ist unterschriftsreif. Plötzlich tritt mit der Baufirma Porr ein Mitbewerber auf, der schließlich den Zuschlag erhält. Dabei fließen hohe Provisionen an alte Bekannte wie Walter Meischberger und möglicherweise Karl Ernst Plech.

2003 sucht die Wiener Wirtschaftsuniversität (WU) wegen Platzmangels nach zusätzlichen Räumlichkeiten. Rektor Christoph Badelt erfährt von einem leerstehenden Gebäude der Telekom Austria in der Wiener Nordbergstraße, das direkt an die WU angrenzt. Er beauftragt die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) mit dem Kauf und der Adaptierung der Immobilie.

BERATUNG UND UNTERSTÜTZUNG

WU und BIG verhandeln daraufhin mit der Telekom, man ist sich schnell einig. Doch kurz vor Abschluss der Verhandlungen tritt plötzlich auch ein Porr-Konsortium in Verhandlungen mit der Telekom ein und bootet die BIG schließlich aus.

Die Porr erwirbt im Oktober 2003 gemeinsam mit Anton Kallingers Firma AKP Vermögensverwaltungs GmBh die Immobilie um 30,5 Mio und verkauft sie nach zwei Monaten um 49 Mio. Die AKP

überweist eine Provision von 708.000 Euro für »Beratung und Unterstützung« an Walter Meischberger. Allerdings musste sich der in einem von der Polizei abgehörten Telefonat von Ernst Plech erst erklären lassen, wo die Nordbergstraße eigentlich liegt. Auch seine »guten Kontakte zu WU, Porr und Telekom« erscheinen zweifelhaft – schließlich hat ihn Badelt laut Falter nie an der WU gesehen.

ABGEHÖRTE ERINNERUNGSLÜCKEN

In einem Verhör gibt Meischberger an, die Provision mit dem Immobilienmakler Ernst Karl Plech geteilt zu haben. Nach einem Telefonat mit Plech revidiert Meischberger seine Aussage. Tatsächlich habe Plech nichts von der Provision erhalten, Plech habe ihm nur einen »freundschaftlichen Rat« gegeben. Aber nicht nur die Polizei und die staunende Öffentlichkeit fragt sich, wodurch denn nun die hohe Provision gerechtfertigt war: In einem Telefongespräch mit Plech fallen die inzwischen berühmten Worte Meischbergers: »Wo woar mei Leistung?«

EIN STROHMANN ALS INFORMANT

Es besteht der Verdacht, dass der vom damaligen Finanzminister Grasser eingesetzte BIG-Aufsichtsrat Plech einen Teil des Geldes für die Weitergabe von Insiderwissen an die Porr erhalten hat. Der »Falter« berichtete am 19.01.2011, ein anonymer Informant habe diese Vorwürfe bestätigt. Die Details zum geplanten Deal seien von Plech an die Porr übermittelt worden. Meischberger habe nur als Strohmann gedient, da Plech als BIG-Aufsichtsrat selbst nicht in den Verhandlungen auftauchen durfte. Sollten die Vorwürfe stimmen, hätte Plech bewusst sein Insiderwissen als BIG-Aufsichtsrat zum Nachteil der Steuerzahler genutzt.

Für die beteiligten Personen gilt selbstverständlich die Unschuldsvermutung.

DENN SIE WISSEN NICHT, WAS SIE TUN

ANHÄNGIG

INVOLVIERTE PERSONEN

KARL-HEINZ GRASSER, Finanzminister von Februar 2000 bis Jänner 2007
WALTER MEISCHBERGER, Lobbyist, FPÖ-Nationalratsabgeordneter bis 1999
ERNST KARL PLECH, Immobilienmakler, ehemaliger Buwog-Aufsichtsrat

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Bestechung, Amtsmissbrauch, Untreue

Im Jahr 2005 siedelten 400 Beamte des Zollamts Wien in ein neues Gebäude der Porr in der Simmeringer Brehmstraße um. Auch bei diesem Vorgang kam es zu dubiosen Geldtransfers an bekannte Lobbyisten und ›Vermittler‹. Dass die zum Teil gar nicht mehr wissen, wofür sie das Honorar bekommen haben, rundet das Sittenbild ab.

Ende 2010 führten die ermittelnden Beamten in der Buwog-Affäre eine Hausdurchsuchung in der Döblinger Villa von Walter Meischberger durch und fanden eine auffällig hohe Honorarnote vom 23. Mai 2005. Demnach bezahlte die UBM-Realitätenentwicklung AG, eine Tochterfirma der Porr, der Werbeagentur ZehnVierzig von Walter Meischberger 600.000 Euro, angeblich für die Vermittlung eines Mietvertrages mit dem Hotel Holiday Inn in München. Meischberger gab zu Protokoll: »Ich habe vermittelt, dass die UBM einen Mietvertrag […] abschließt«. Daraufhin sichtete die Polizei die diesbezüglichen Dokumente der UBM und des Münchner Hotels. In den Unterlagen wird jedoch nirgendwo die Werbeagentur ZehnVierzig erwähnt.

»OKAY, GUT. HM«

Aufgrund der Telefonüberwachung des folgenden Gesprächs zwischen Ernst Karl Plech, Aufsichtsrat der Bundesimmobilien-

gesellschaft (BIG), und Walter Meischberger vermuten die Ermittler einen anderen Hintergrund für die Zahlung:

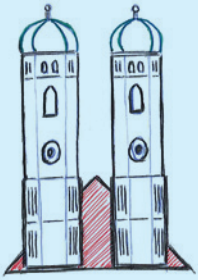
Meischberger: »Weißt du noch, was hinter der Münchner Geschichte war, eigentlich?«
Plech: »Des von der Münchner Geschichte war der 11. Bezirk, die Aussiedlung von Teile von der Finanz.«
Meischberger: »Brehmstraße.«
Plech: »Brehmstraße.«
Meischberger: »Okay, gut. Hm.«

Meischberger hatte offenbar vergessen, für welche Leistung er die 600.000 Euro erhalten hat. Plech half ihm auf die Sprünge und gab einen Hinweis auf den tatsächlichen Kontext der Zahlung. Zumindest geht das Bundeskriminalamt in seinem Abschlussbericht davon aus, dass sich die Geldflüsse an Meischberger auf das Projekt Brehmstraße bezogen. Denn nur wenige Monate, bevor die Rechnung ausgestellt wurde, siedelten 400 Beamte des Zollamts Wien in ein neues Gebäude der Porr in der Simmeringer Brehmstraße um. Die Zahlung der UBM in Höhe von 600.000 Euro an Meischbergers ‚ZehnVierzig GmbH', stand demnach, so vermutete das Bundeskriminalamt, für das Zustandekommen eines Mietvertrages zwischen der UBM und dem Bundesministerium für Finanzen.

VERDÄCHTIGE KONTOBEWEGUNGEN

Im Februar 2012 tauchte in dieser Causa dann eine neue Spur auf. Sie führte direkt zu Karl-Heinz Grasser. Die ErmittlerInnen sahen eine Verbindung zwischen Meischbergers Kontobewegungen und dem Barbetrag, den Grasser laut eigener Aussage von seiner Schwiegermutter zur Veranlagung bekommen habe. Hat der ehemalige Finanzminister somit eine verbotene Provision für den Umzug der Wiener Zollbeamten in die Simmeringer Brehmstraße von Porr bezogen? Die Ermittlungen laufen.

Für alle genannten Personen gilt die Unschuldsvermutung.



ANHÄNGIG

GOLDFISCH IM RICHTIGEN BIOTOP

INVOLVIERTE PERSONEN

WALTER MEISCHBERGER, Lobbyist, FPÖ-Nationalratsabgeordneter bis 1999

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Bestechung, Steuerhinterziehung

»Mir geht es nicht schlecht« sagt Walter Meischberger 2010 im Falter-Interview. So viel Gelassenheit erstaunt: Immerhin ist der Ex-Politiker in den Fällen Buwog, Novomatic, Nordbergstraße, Justiztower und Terminal Tower ins Visier der Justiz geraten. Eine Selbstanzeige in Verbindung mit der Buwog-Provision trug ihm eine Forderung vom Finanzamt in der Höhe von 6,9 Millionen Euro ein. Von einem schlechten Gewissen wird er jedenfalls nicht geplagt: Wenn man seine Tätigkeit als rechtlich problematisch sähe, »kann man ganz Österreich ins Gefängnis bringen.«

Walter Meischberger war in seinem turbulenten Leben Heizungstechniker, Berufsschullehrer, Tankstellenpächter, Bundesrat, Nationalrat, stellvertretender Klubobmann im Nationalrat, Bundesgeschäftsführer der FPÖ und Geschäftsführer der FPÖ Parteizeitung.

Er gründete eine Modefirma, das Seitenblicke-Magazin und einige Werbeagenturen, verdiente Geld mit Fußballer-Transfers und noch viel mehr bei Immobiliengesellschaften.

»BAR AUFS HANDERL«

Meischbergers schnelle Parteikarriere als zentrales Mitglied von Jörg Haiders Buberlpartie wurde jäh durch einen Vorfall unterbrochen, der als exemplarisch für seinen Lebensweg gelten kann. Meischberger vermittelte den Fußballer Peter Stöger an den FC Tirol und verlangte dafür drei Milli-

onen Schilling »bar aufs Handerl«. Als der Vorgang öffentlich wurde, war er gezwungen zurückzutreten und verlor seinen Platz an der Sonne (also an Jörg Haiders Seite). Die unfreiwillige Demission schmerzte ihn vor allem auch deshalb, weil er auf eine einträgliche Politiker-Pension nach altem Modell verzichten musste. Doch schon hier zeigte sich Meischbergers Fähigkeit, nach jedem Fall wieder auf die Beine zu kommen: Als Trostpflaster konnte er ein geheimes FPÖ-Sparbuch mit 2,5 Mio Schilling herausschlagen.

KRISE ALS CHANCE

Dennoch dürfte diese Zeit eine der schwierigsten Phasen in Meischbergers Leben gewesen sein: Nach dem Verlust seiner politischen Karriere gab es auch noch eine Verurteilung wegen Steuerhinterziehung in der Stöger-Affäre und Meischberger kämpfte mit seinem Scheitern als Unternehmer in der Modebranche.

Die schwarzblaue Wende kam für Meischberger somit gerade zur rechten Zeit. Besonders die Nähe zu Karl-Heinz Grasser versorgte anscheinend die Freunde Karl Ernst Plech, Peter Hochegger und ihn selbst mit Informationen, die sich in satte Einkünfte ummünzen ließen: In den folgenden zehn Jahren brachte es Meischberger jedenfalls zu einer Villa in Grinzing, Luxusapartments in Brisbane und auf Ibiza, sowie eine Reihe von einträglichen Firmenbeteiligungen. Wie dieser bemerkenswerte finanzielle Aufstieg möglich wurde, erklärte Meischberger lapidar damit, dass er eben »zur richtigen Zeit im richtigen Biotop« geschwommen sei.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

DIE STUNDE DES MAULWURFS

ANHÄNGIG

INVOLVIERTE PERSONEN

ERWIN UND HANNO SORAVIA, Unternehmer, Dorotheum Käufer
CHRISTOPH DICHAND, Krone-Erbe
PETER HOCHEGGER, Lobbyist, Unternehmer
KARL-HEINZ GRASSER, Finanzminister von Februar 2000 bis Jänner 2007
WALTER MEISCHBERGER, Lobbyist, FPÖ-Nationalratsabgeordneter bis 1999

2001 wird das Dorotheum, bis dahin im Staatsbesitz, an das Internetauktionshaus OneTwoSold der Immobilienentwickler und Brüder Erwin und Hanno Soravia, sowie des späteren Erben und Chefredakteurs der Kronen Zeitung Christoph Dichand, verkauft. Mit 955 Millionen Schilling (69 Millionen Euro) überbieten sie ein Konsortium um die Raiffeisen Landesbank Oberösterreich (RLB OÖ) um gerade einmal fünf Millionen Schilling.

Der geringe Gebotsunterschied im Jahre 2001 könnte als kurioser Zufall abgetan werden, doch es drängt sich ein Vergleich mit der Buwog-Privatisierung, die einige Jahre später durchgeführt wurde, auf: auch dort lagen die abschließenden Gebote der Interessenten extrem knapp beisammen. Publik gemacht wurde die Dorotheums-Affäre erst 2009 durch Michael Ramprecht, Ex-Mitarbeiter des früheren Finanzministers Karl-Heinz Grasser.

AUS MANGEL AN BEWEISEN

Er erzählte von einem Gespräch mit Martin Ohneberg, während des Verkaufs Soravia-Manager und später Chef des Dorotheums. Ohneberg soll erklärt haben, dass Grasser im Zuge der Privatisierung »nur Bargeld« genommen hätte. Ohneberg bestreitet diese Aussage, was ihm eine Anklage wegen falscher Zeugenaussage einbrachte. Er wurde jedoch aus Mangel an Beweisen

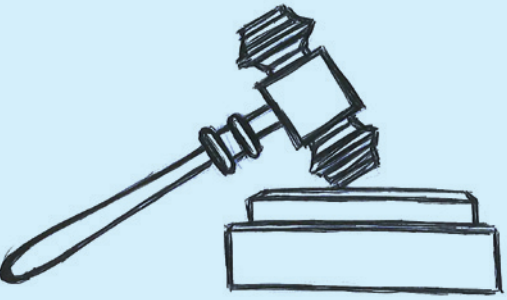
freigesprochen. Auch Erwin Soravia soll Ramprecht zufolge bestätigt haben, dass er Grasser bar bezahlt hätte – was Soravia jedoch dementiert.

Im Zuge der Buwog-Ermittlungen verdichtete sich im Jänner 2012 der Verdacht gegen Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser. Auf ein Liechtensteiner Konto, das in den Augen der ErmittlerInnen möglicherweise ihm zuzuordnen ist, wurden zwischen November 2001 – einen Monat nach der Privatisierung des Dorotheums – und September 2005 insgesamt 236.000 Euro in bar eingezahlt. Zum im Jahr 2001 so knapp unterlegenen Bieterkonsortium um die RLB OÖ gehörte übrigens der Immobilienmakler und Grasser-Freund Ernst Karl Plech. Für die PR und für das Lobbying wurde Peter Hochegger engagiert. Es handelt sich also just um jenes Team, das später auch im Zusammenhang mit dem Buwog-Verkauf das Interesse der Ermittler auf sich ziehen wird.

VERDECKTER INFORMATIONSTRANSFER?

Laut Peter Newole, 2001 Vorstand der Valora AG, die ebenfalls zum unterlegenen Konsortium gehörte, versuchte sich ein weiterer Buwog-Akteur als Berater aufzudrängen: Der Ex-FPÖ-Nationalratsabgeordnete und Grasser-Trauzeuge Walter Meischberger. Meischberger blitzte jedoch ab und wendete sich daraufhin an die konkurrierende OneTwoSold. Erwin Soravia – ein Jugendfreund Grassers – will Meischberger jedoch auch zurückgewiesen haben, ebenso wie sein Geschäftsführer Ohneberg. Es bleibt der Verdacht, dass das Angebot der Gruppe um die RLB OÖ über deren Mitglied Plech und über Meischberger bei OneTwoSold gelandet ist. »Meischberger dürfte im Innenverhältnis eine Vereinbarung mit Plech gehabt haben«, erinnerte sich dazu Peter Hochegger.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.



SCHNÄPPCHENJAGD IN DER STAHLSTADT

INVOLVIERTE PERSONEN

FRANK STRONACH, Gründer von Magna International
KARL-HEINZ GRASSER, Finanzminister von Februar 2000 bis Jänner 2007
SIEGFRIED WOLF, CEO von Magna International, von 2005 bis 2010

Im Juni 2003 enthüllt profil, dass eine geheime Arbeitsgruppe innerhalb der Staatsholding ÖIAG den Verkauf der mittlerweile hochprofitablen VOEST Alpine an den Automobilzulieferkonzern Magna des Austro-Kanadiers Frank Stronach vorbereitet. Unter dem Namen Projekt Minerva (M wie Magna, va wie VOEST Alpine) soll der staatliche Anteil von 35% ohne Ausschreibung an Magna gehen. Schon 1998 hatte Stronach in ähnlich geheimer Manier die Mehrheit an der Steyr-Daimler-Puch AG sehr günstig von der staatsnahen Creditanstalt (CA) erworben.

Federführend für das Projekt Minerva waren die ÖIAG-Vorstände Peter Michaelis und Rainer Wieltsch, sowie der Magna-Vorstand Siegfried Wolf, der gleichzeitig Aufsichtsrat in der ÖIAG ist. In diese Position hatte ihn Finanzminister Karl-Heinz Grasser berufen, der zu dieser Zeit noch über ein Rückkehrrecht in den Magna-Konzern verfügte, für den er zuvor tätig war.

Magna brauchte mindestens 90 Prozent der VOEST-Anteile, um entsprechend dem Aktienrecht den Stahlkonzern filetieren zu können. Aber nur jene Unternehmensteile, die auch in das Profil des Automobilzulieferers passten, sollten übernommen werden. Der Rest, darunter auch die Stahlwerke in Linz, sollten weiter verkauft werden. Diese geplante Zerschlagung des Herzstücks der verstaatlichten Industrie löste eine Welle von Protesten aus. Die Oppositionsparteien, sowohl Grüne als auch Sozialdemokraten, stellten sich genauso gegen diese Form

der Privatisierung wie die Medien. Die Belegschaft der VOEST machte mit Kundgebungen in Linz und Wien mobil und drohte unverhohlen mit Streik.

AUSVERKAUF ZUM SCHLEUDERPREIS

Unter dem Druck der Öffentlichkeit schloss Grasser – der angab, nichts von Minerva gewusst zu haben – de facto Magna und andere strategische Investoren aus der Stahlbranche von der Privatisierung aus, hielt aber trotz Protesten weiter an Wolf als ÖIAG-Aufsichtsrat fest. In Folge wurden im September 2003 rund 20 Prozent der VOEST Alpine über die Börse an Finanzinvestoren verkauft. Ein kleiner Teil der Aktien ging an die Mitarbeiterstiftung der VOEST, die nun mehr als 10 Prozent am Unternehmen hält, was eine Zerschlagung des Konzerns unmöglich macht.

Nach der erfolgten Privatisierung kritisierten SPÖ, Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund den geringen Verkaufspreis. Die ÖIAG verkaufte um 492,2 Millionen Euro, während selbst der niedrig bewertete Buchwert 618,8 Millionen Euro ausgemacht hätte. Der damalige oberösterreichische SPÖ-Chef Erich Haider kritisierte im August 2005, dass der Aktienkurs der VOEST Alpine aktuell mehr als doppelt so hoch sei wie zum Zeitpunkt der Privatisierung.

FALL

VERLORENE BODENHAFTUNG

INVOLVIERTE PERSONEN

HERBERT KAUFMANN, SPÖ Abgeordneter von 1994 bis 1999
CHRISTIAN DOMANY, ÖVP naher WKÖ-Generalsekretär von 2000 bis 2004
GERHARD SCHMID, ehemaliger Büroleiter von SPÖ Bürgermeister Helmut Zilk
ERNEST GABMANN, ÖVP-LH-Stellvertreter Niederösterreich von 2004 bis 2009

SCHADEN

Womöglich über 100 Mio. Euro

2004 kündigt der Flughafen Wien-Schwechat den Bau eines dritten Terminals mit dem Namen »Skylink« an. Budgetiert werden dafür zunächst 400 Millionen Euro. Durch Planungsfehler und mangelnde Kontrolle haben sich diese Kosten fast verdoppelt. Die Konsequenzen: Millionenabfertigungen für die Verantwortlichen.

Die Flughafen AG ist zu dieser Zeit nach den althergebrachten österreichischen »Qualitätsstandards« besetzt: Im Vorstand sitzen Herbert Kaufmann, ehemaliger SPÖ-Nationalrat, Christian Domany, ÖVP-naher früherer WKÖ-Generalsekretär, sowie Gerhard Schmid, langjähriger Assistent von Wiens Ex-Bürgermeister Helmut Zilk. Als Anfang 2009 die Kostenexplosion erstmals öffentlich wird, gibt der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll eigenmächtig in einer Pressekonferenz bekannt, dass Ernest Gabmann (ehemaliger niederösterreichischer Landeshauptmann-Stellvertreter) Christian Domany im Vorstand des Flughafens ablöst.

ROT-SCHWARZE MÄNGELVERWALTUNG

Der Rechnungshof konnte erst auf Grund einer durch die Arbeit von Gabi Moser erzwungenen Gesetzesänderung ab Herbst 2009 prüfen. Er stellt fest, dass die wahren Baukosten verschleiert

worden waren. Sogenannte »Schnittstellenprojekte« (z.B. Gepäcksortierung) waren nicht im Gesamtbudget enthalten. Darüberhinaus kritisiert der RH, dass die Flughafen-Vorstände ihre Sorgfaltspflicht gegenüber dem Aufsichtsrat vernachlässigt hätten. Bereits 2007 sei klar gewesen, dass die Kosten massiv überschritten würden. Schließlich stellt man auch noch 3000 Baumängel fest.

GOLDENE ABGÄNGE

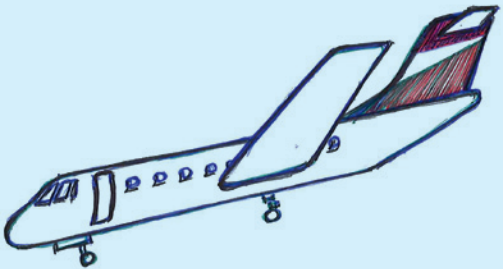
Ende 2010 müssen die Vorstände Kaufmann, Gabmann und Schmid vorzeitig gehen. Trotz der massiven Vorwürfe wird den scheidenden Managern der Abgang vergoldet. Kaufmann bleibt (wie Schmid) bis Ende 2012 Konsulent und erhält insgesamt rund 1,2 Millionen Euro. An Gerhard Schmid fließt rund eine Million Euro. Ernest Gabmann muss bescheidener sein und bekommt »nur« ein Jahresgehalt von 350.000 Euro und 50.000 Euro als Urlaubsersatz. Gabmann ist darüber erzürnt und klagt auf Auszahlung einer weiteren halbe Million.

NACHSCHLAG

Schließlich ging Skylink unter dem neuen Namen »Check-in 3« am 5. Juni 2012 in Betrieb. Bleiben die Baukosten unterhalb von 800 Millionen Euro, so haben die ehemaligen Aufsichtsräte sogar Anspruch auf eine Bonusnachzahlung von 765.000 Euro. Der aktuelle Aufsichtsratsvorsitzende Erwin Hametseder prüft derzeit rechtliche Möglichkeiten, um diese Boni nicht auszahlen zu müssen.

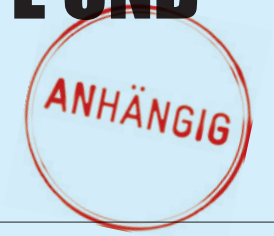
Strafrechtliche Ermittlungen laufen noch, aber es gibt bereits rechtskräftige Verwaltungsstrafen: Drei Ex-Vorstände müssen je 21.000 Euro zahlen: sie haben die Öffentlichkeit zu spät über die Kostenexplosion informiert.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.



FALL

DAMENSTRÜMPFE UND LEDERHOSEN



INVOLVIERTE PERSONEN

Geschäftsführer und Aufsichtsräte der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Bestechung ausländischer Amtsträger

Das Drucken fälschungssicherer Banknoten ist eine aufwendige Angelegenheit. Dazu braucht es teure, technisch hochstehende Maschinen und jede Menge Know-how. In Österreich macht das eine Tochter der Oesterreichischen Nationalbank, die Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (oebs). Sie verkauft ihre Leistungen auch ins Ausland. In manchen Ländern ist das offenbar nur mit Hilfe von Schmiergeldzahlungen möglich.

»Jede Banknote ist ein komplexes Zusammenspiel von hochwertigen Materialien und ausgeklügelten Druckverfahren,« heißt es auf der Website der oebs, »wann immer Banknoten von höchster Qualität und kompromisslosem Sicherheitsstandard im Umlauf sind – sie stammen aus unserer Produktion.« Damit die Produktion gut läuft, muss anscheinend gut geschmiert werden.

Diesen Schluss legt zumindest eine immerhin sechsseitige Spesenliste der oebs nahe, die Ende 2011 an die Öffentlichkeit gelangte. Darin finden sich so interessante Posten wie Damenstrümpfe, Hemden und Lederhosen für die syrische Notenbank. Oder Stringtangas und Nachthemden für die Notenbank Aserbaidschans.

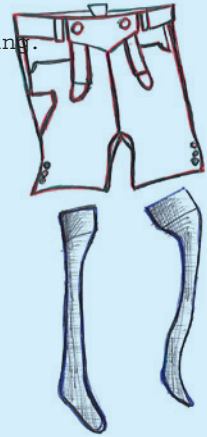
Für Rumänien wiederum wurden nützliche Dinge wie Duschkabinen oder Bügeleisen besorgt. Drei Länder, drei Großaufträge für die oebs, die dafür einiges an Vorleistungen erbringen musste.

VERDACHT DER BESTECHUNG

Nachdem die österreichische Banknotendruckerei für den heimischen Markt schlicht zu groß ist, steht das Unternehmen unter Exportdruck. Den Weltmarkt allerdings teilen sich ein paar wenige Große, darunter die deutsche Giesecke & Devrient, mit der die oebs in der Vergangenheit schon des Öfteren gemeinsame Geschäfte gemacht hat, speziell im Nahen Osten, im Libanon und in Syrien. Um die Nachfrage anzukurbeln, bediente sich die oebs der Hilfe von Spezialisten. An mehrere Lobbyisten sollen inzwischen Provisionen in Millionenhöhe geflossen sein. Die Aufträge kamen in der Folge zwar zustande, doch die Unterstützungszahlungen rissen große Löcher ins Budget der oebs. Insgesamt ist von dubiosen Geldflüssen in der Höhe von 21,5 Millionen Euro von seiten der oebs und ihrer Schwesterfirma »Münze Österreich« die Rede. Allein 14,5 Millionen davon seien über die panamesische Briefkastenfirma Venkoy nach Syrien und Aserbaidschan gelangt. Nicht immer waren die Überweisungen erfolgreich: Der Versuch, im Jahre 2008 der vietnamesischen Banknotendruckerei eine Abwasseranlage zu verkaufen, scheiterte.

Die beiden Geschäftsführer der oebs sind mittlerweile ihren Job los. Die Staatsanwaltschaft begann gegen die Vorstände, aber auch gegen sämtliche gegenwärtige und ehemalige Aufsichtsräte der oebs, also das Direktorium der Nationalbank, wegen des Verdachts der Bestechung ausländischer Amtsträger zu ermitteln. Die Ermittlungen gegen den Notenbankchef und Gouverneur der Österreichischen Nationalbank Ewald Novotny wurden Ende Februar 2012 eingestellt.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.



Georg Maißer

MANI PULITE UND DIE FOLGEN

Die Polizei klopft an die Tür eines bekannten Politikers, um eine kleine Geldstrafe einzutreiben. Vor lauter Angst und aus schlechtem Gewissen beginnt er ungefragt, alle seine korrupten Machenschaften zu beichten. Das hat sich natürlich nicht in Österreich zugetragen. Hierzulande wird vor den Augen der Öffentlichkeit ein Skandal nach dem Anderen enthüllt, aber eine personell ausgehungerte Justiz zieht Verfahren in die Länge und kann sich viel zu selten entschließen, überhaupt Anklage zu erheben.

Der in der Einleitung zitierte Fall hat sich in Italien zugetragen. Korruption und Verbindungen zwischen Politik und Mafia waren dort nie ein Geheimnis, das gut gehütet werden musste. Es ist aber dem Engagement und der Furchtlosigkeit des Mailänder Anklägers Antonio Di Pietro und der verfassungsmäßig garantierten Unabhängigkeit der Staatsanwälte zu verdanken, dass ab 1992 Schlag auf Schlag das wahre Ausmaß und die pikanten Details von illegaler Parteienfinanzierung, Schmiergeldern und persönlicher Bereicherung enthüllt wurden und juristische Konsequenzen zur Folge hatten.

Das Vorgehen der Justiz war hart und effizient: Gegen 5000 Personen wurde ermittelt, über zweitausend Prozesse wurden mit mehr als 1200 Schuldsprüchen abgeschlossen. Auch zahlreiche ParlamentarierInnen und Mitglieder der Regierung gerieten ins Visier der Justiz. Und doch hatten die vielen Beschuldigungen, Beweise und Regierungsumbildungen nicht etwa, wie von vielen erhofft, eine karthatische Wirkung im politischen Milieu Italiens.

Zweifelsohne war die Bevölkerung angewidert von den etablierten und bis zu diesem Zeitpunkt staatstragenden Parteien. Dies führte letztlich 1994 zur Selbstauflösung der Democrazia Cristiana und zum völligen politischen Bedeutungsverlust des Partito Socialista Italiano.

Doch die Bevölkerung honorierte persönliche Integrität und echtes Bemühen um das Allgemeinwohl nur in geringem Maße. Es wurde kein neues, widerstandsfähiges System der Sauberkeit geschaffen. Vielmehr katapultierten sich Selbstinszenierer und Radaumacher auf einer Welle des Erfolges in die höchsten Ämter der Republik. Die Lega Nord unter Umberto Bossi und Forza Italia, die neue Partei des Unternehmers Silvio Berlusconi, waren trotz deutlicher Hinweise auf Verwicklung in Korruptionsaffären die großen Gewinner des politischen Paradigmenwechsels.

Die Folgen sind bekannt: Berlusconi war während seiner gesamten Amtszeit(en) damit beschäftigt, Verurteilungen zu vermeiden, das Land rutschte immer tiefer in die Krise, die Einstellung der ItalienerInnen zur Politik wurde zusehends zynischer. Erst mit Berlusconis zweitem Rücktritt im November 2011 beruhigte sich der Konflikt zwischen Justiz und Politik einigermaßen.

Angesichts fünfzehn verlorener, von Berlusconi geprägter Jahre ist allerdings zu befürchten, dass bloß eifriges Aufdecken korrupter Machenschaften kontraproduktiv ist, wenn bei der Bevölkerung nur die Verachtung für das politische System insgesamt wächst. Der schlechte Ruf von PolitikerInnen würde noch einmal bestätigt, als Reaktion bliebe womöglich nur ein »jetzt ist es eh schon wurscht«.

Neben dem Aufdecken, das zumindest Empörung hervorruft, ist es daher notwendig, Wege aus der Krise zu zeigen. So eine Perspektive kann im Bereich der Korruptionsbekämpfung nur durch der Erstellung genauer Regeln, konsequenter Strafen und der strikten Trennung von öffentlichen und privaten Interessen entwickelt werden.

Anja-Désirée Senz

KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG IN HONGKONG

Dr. Anja-Désirée Senz ist wissenschaftliche Geschäftsführerin des Konfuzius-Instituts Metropole Ruhr mit Sitz in Duisburg. Ihre wissenschaftliche Arbeit zu China erstreckt sich auf die Themen Institutionenwandel, politische Entscheidungsprozesse, ethnische Minderheiten sowie chinesische Außenpolitik.

Im Korruptionsindex von Transparency International lag Hongkong 2011 auf Platz 12 von 182 Ländern (Österreich: Platz 16). Im internationalen Vergleich ist die chinesische 7 Mio. Einwohner Metropole damit durch eine niedrige Korruptionsrate gekennzeichnet und gilt unter Experten als Beispiel erfolgreicher Korruptionsbekämpfung. Doch das war nicht immer so. Bis in die 1970er Jahre war die Korruption in Hongkong sehr verbreitet, und verschiedene Versuche ihrer Bekämpfung waren erfolglos geblieben. 1974 wurde schließlich eine von Polizei und Verwaltung unabhängige Anti-Korruptionskommission, die Independent Commission Against Corruption (ICAC), geschaffen. Erst mit dieser neuen Form der institutionalisierten Korruptionsbekämpfung gelang die erfolgreiche Eindämmung der Korruption und selbst gravierende politische Veränderungen, wie der Übergang Hongkongs von einer britischen Kronkolonie hin zur Sonderverwaltungsregion Chinas 1997, änderten hieran nichts.

Die mit derzeit ca. 1.200 Fachkräften ausgestattete ICAC ist eine schlagkräftige Organisation mit drei Abteilungen:

1. ERMITTLUNG

Rund 900 Spezialisten sind hier für die Aufdeckung von Korruption zuständig. Diese Ermittlungsarbeit hat oberste Priorität im Konzept der Korruptionsbekämpfung, weil man sich davon eine abschreckende Wirkung verspricht.

2. AUFKLÄRUNG

Die Aufklärung der Bürger und die Fortbildung von Mitarbeitern öffentlicher Einrichtungen sind das Arbeitsfeld der zweiten Abteilung. In regelmäßigen Schulungen werden Verwaltungsangehörige zum Thema Korruption trainiert. Auch Unternehmen können ihre Mitarbeiter von ICAC schulen lassen. Außerdem informiert ICAC mit kreativen Unterrichtsmaterialien auch Jugendliche und junge Erwachsene an Schulen und Universitäten über Korruption. Hinzu kommen öffentlichkeitswirksame Maßnahmen wie z.B. TV-Spots und eine beliebte Krimiserie über Korruptionsermittler. So wird ein Umfeld geschaffen, in dem Korruption nicht verharmlost wird.

3. PRÄVENTION

Die Präventionsabteilung überprüft Verfahren im öffentlichen und privaten Sektor unter dem Gesichtspunkt des Korruptionsrisikos und gibt Hinweise zur Beseitigung von Schwachpunkten. Während staatliche Einrichtungen eine Kooperationspflicht haben, wird ICAC im privatwirtschaftlichen Bereich nur auf Antrag tätig.

Von zentraler Bedeutung für die erfolgreiche Korruptionsbekämpfung ist außerdem das Hongkonger Rechtssystem, das effizient und effektiv arbeitet und einige Besonderheiten kennt, wie
- eine Erklärungspflicht zu früheren und aktuellen Einkünften aus öffentlichen Ämtern,
- Härte gegenüber traditionellen Gewohnheiten (wie z.B. die verbreitete Geschenkpraxis zu chinesischen Feiertagen), die bei Gesetzesverstößen nicht als mildernder Umstand gelten,
- die Beweislastumkehrung, wodurch sich Hongkong wesentlich von den Prinzipien anderer Rechtssysteme unterscheidet.

Der Hongkonger Ansatz zur Korruptionsbekämpfung basiert auf einer umfassenden, aber klaren Definition von Korruption (Vorteilsnahme). Das Risiko der Entdeckung sowie Bestrafung ist hoch. Die Bürger sind für das Thema Korruption sensibilisiert und haben durch ICAC einen Kanal für Beschwerden über die Verwaltung. Durch Prävention wird dazu beigetragen, strukturelle Gelegenheiten und Motive für Korruption dauerhaft zu reduzieren. Der Hongkonger Ansatz belegt, dass der Kampf gegen Korruption zum Erfolg führen kann, wenn er kontinuierlich, mit politischer Entschlossenheit und angemessener Ausstattung in personeller, finanzieller und juristischer Hinsicht, aber auch flexibel und kreativ geführt wird.

FALL

KLEINE SUMMEN EINGESCHWEISST

INVOLVIERTE PERSONEN

JÖRG HAIDER, Kärntner FPÖ/BZÖ Landeshauptmann 1999–2008
SADDAM HUSSEIN, irakischer Diktator, 1979–2003
MUAMMAR GADDAFI, libyscher Diktator von 1969–2011
GERHARD MIKSCHA, Privatsekretär Jörg Haiders, 1993–1999

Jörg Haider pflegte intensive Männerfreundschaften zu Despoten wie Saddam Hussein und Muammar al-Gaddhafi. Es war nicht zu seinem Schaden: Die Gewaltherrscher, denen an einem positiven Image im Westen gelegen war, ließen sich Haiders Lächeloffensiven Millionen kosten. Heute wird gerätselt, wo das viele Geld verblieben ist.

Immer wenn Jörg Haider von seinen Irak-Reisen erzählte, geriet er über die Atmosphäre der Freundlichkeit und Aufgeschlossenheit, die ihm in dem arabischen Land zuteilgeworden sei, ins Schwärmen. Aber nicht nur die Gastfreundschaft des irakischen Diktators Saddam Hussein dürfte Haider geschätzt haben. Der verstorbene Kärntner Landeshauptmann soll aus der irakischen Staatskasse etwa 5 Millionen Euro für seinen publicityträchtigen Bagdad-Besuch im Februar 2002 kassiert haben. Auch für ein legendäres, pro-irakisches Interview beim arabischen Sender Al-Jazeera scheint ihm die irakische Führung ein beträchtliches Honorar gewährt haben. Das mit einem UN-Handelsembargo belegte Regime benötigte damals dringend Fürsprecher im Westen – und ließ sich das einiges kosten.

Laut dem Kärntner Geschäftsmann Franz Limp, zitiert im profil, sind als Gegenleistung für Haiders Auftritte in Bagdad 2,5 Millionen Dollar an Karl-Heinz Petritz, damals Haiders Sekretär und gleichzeitig sein Pressesprecher, geflossen. Ebenfalls laut profil soll auch Ewald Stadler, BZÖ-Politiker

und Mitbegründer der inzwischen aufgelösten »Irakisch-Österreichischen Gesellschaft«, Geld erhalten haben. Petritz und Stadler dementieren die Zahlungen. Aufgeflogen waren die Geldströme, weil die neue Regierung Talabani 2005 Saddams Transferleistungen auf ausländische Konten untersuchte. Man wollte herausfinden, wo vermisstes irakisches Staatsvermögen verblieben war.

BARGELD LACHT

Jörg Haider pflegte aber nicht nur mit dem Irak, sondern auch mit Libyens Despoten Muammar al-Gaddafi enge und vor allem äußerst lukrative Kontakte. Im August 2010 berichtete ein Informant der Zeitschrift profil: »Gaddafi hat uns vor Wahlkämpfen immer Geld zukommen lassen, und zwar in bar. Das war fest in Plastik eingeschweißt«. Meist habe es sich dabei um Beträge zwischen 150.000 und 200.000 Dollar gehandelt. Neben diesen »kleinen« Summen soll Haider sogar 45 Millionen Euro aus libyschen Staatsgeldern erhalten haben. Auch wirtschaftliche Beziehungen zwischen Kärntner Geschäftsleuten und der libyschen Rohstoffindustrie wurden bei den Reisen ausgebaut.

Haider soll ab Mitte der 1990er-Jahre ein ausgeklügeltes System an Briefkastenfirmen und Treuhandkonten im Umfeld der Liechtensteiner Hypo-Tochter »Alpe Adria Privatbank« zum Waschen des Geldes entwickelt haben. Angeblich wurden damit kostspielige Wahlkampfauftritte und Privatreisen finanziert sowie großzügig Schwarzgelder verteilt – an politische Entscheidungsträger in Österreich, Deutschland und Kroatien. Nur Haider, sein früherer Sekretär Gerhard Mikscha sowie zwei andere Personen dürften Zugriff gehabt haben. Heute sollen sich lediglich noch 5 Millionen Euro auf den Konten befinden. Es gibt Gerüchte, dass Mikscha sich zwischenzeitlich mit einem Großteil des Geldes abgesetzt und hohe Beträge verspekuliert haben könnte, nun aber wieder in Kärnten lebe.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

FALL

MINISTER IM PRIVATJET

INVOLVIERTE PERSONEN

BOGOLJUB KARIĆ, Serbischer Politiker und Unternehmer, im Asyl in Russland lebend
MARTIN SCHLAFF, Netzwerker, Investor
JOSEF TAUS, ÖVP Obmann von 1975 bis 1979, Unternehmer
HERBERT CORDT, Ex-Sekretär von Hannes Androsch, Unternehmer
HUBERT GORBACH, FPÖ/BZÖ Infrastrukturminister von 2003 bis 2007, Lobbyist

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Betrug, Untreue, Bestechung

Als die Telekom Austria 2002 erstmals Interesse am serbischen Mobilfunkbetreiber Mobtel bekundet, ist dieser zum Teil im Besitz von Bogoljub Karić, einem engen Freund von Slobodan Milošević. Die genauen Eigentumsverhältnisse sind jedoch unklar. Um die Firma in ihren Besitz zu bringen, aktiviert die Telekom einen gut vernetzten Lobbyisten und einen Minister. Wieder einmal fließt viel Geld – vor allem in private Taschen.

Je nach Ansichtssache gehört Mobtel zu 41 bis 51 Prozent der serbischen Unternehmerfamilie Karić, der Rest ist im Besitz der staatlichen Post. Wegen der unklaren Verhältnisse und weil Karić Misswirtschaft und Korruption vorgeworfen werden, ist der Telekom die Sache zu riskant – Zwischenhändler müssen her, um das Risiko zu begrenzen. 2005 unterzeichnet Karić einen Vertrag über den Verkauf seiner Anteile durch die Beteiligungsfirma BK Trade mit den österreichischen Investoren Martin Schlaff, Josef Taus und Herbert Cordt. Die restlichen Anteile will die Telekom Austria Tochter Mobilkom dem serbischen Staat abkaufen.

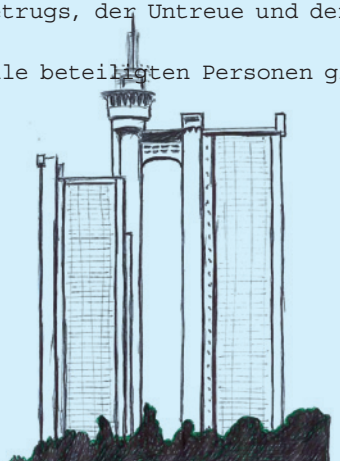
LUKRATIVE LÖSUNG

Zu diesem Zweck nimmt die Mobilkom Gespräche mit der serbischen Regierung über die staatlichen Anteile auf. Ende Dezember 2005 wird Mobtel von der serbischen Regierung jedoch überraschend die Lizenz entzogen und die österreichischen Geschäftsleute müssen um ihre 100 Millionen Euro Investition fürchten. Schlaff fordert den österreichischen Infrastrukturminister an. Minister Hubert Gorbach hat auch gerade tatsächlich nichts Wichtigeres zu tun, er fliegt im Jänner und Februar 2006 zweimal im Privatjet nach Belgrad, um eine »friedliche Lösung« zu finden. Dass die EU-Ambitionen Serbiens als Faustpfand für private Investoreninteressen benutzt wurden, kann nur vermutet werden.

Man schnürt jedenfalls ein lukratives Paket: Mobtel wird als Mobi63 neu gegründet. 70 Prozent gehören der serbischen Post, 30 Prozent Schlaff und Konsorten. In einer internationalen Auktion wird Mobi63 versteigert. Ex-Finanzminister Mladjan Dinkic sagt heute, dass Schlaff vor der Auktion Bedingungen stellte: Der Kaufpreis müsse bei mindestens 1,1 Milliarden Euro liegen und Serbien müsse eine dritte Funklizenz ausschreiben. Der norwegische Betreiber Telenor kauft Mobi63 für 1,5 Mrd. Euro. Die serbische Regierung kassiert 1,2 Milliarden Euro, Schlaff, Taus und Cordt bekommen 200 Millionen Euro. Im Herbst 2005 wird tatsächlich eine dritte Funklizenz ausgeschrieben, die schließlich an die Telekom geht.

Heute ermittelt die Staatsanwaltschaft: Schlaff, Taus und Cordt wird vorgeworfen, nie Anspruch auf die Anteile von Mobtel gehabt zu haben. Die Gesellschaft BK Trade, die die Anteile an Mobtel besaß, soll gar nicht existiert haben. Martin Schlaff, Josef Taus und Herbert Cordt stehen unter Verdacht des Betrugs, der Untreue und der Bestechung.

Für alle beteiligten Personen gilt die Unschuldsvermutung.



FALL

PART OF THE GAME

INVOLVIERTE PERSONEN

UWE SCHEUCH, seit 2008 Parteiobmann FPK (früher BZÖ Kärnten), Landeshauptmannstellvertreter in Kärnten
KURT LUKASEK, früher Sekretär im FPÖ-Klub, ehemaliger Mitarbeiter von Peter Westenthaler
WOLFGANG SCHÜSSEL, Kurzzeit ÖVP Innenminister im Jänner 2007
JÖRG HAIDER, Kärntner Landeshauptmann 1999–2008

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Versuchter Amtsmissbrauch, verbotene Parteienfinanzierung

Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft ist 2009 für den Landesparteiobmann des Kärntner BZÖ (heute FPK) Uwe Scheuch eine selbstverständliche Gegenleistung für Millionen-Investments und Parteispenden ausländischer Investoren.

Der ehemalige FPÖ-Pressesprecher Kurt Lukasek kontaktiert im Mai 2009 den Landesparteiobmann des BZÖ, Uwe Scheuch, um mit ihm die Rahmenbedingungen für Investitionen in Kärnten zu klären. Konkret geht es um einen millionenschweren russischen Interessenten, der als Bedingung für sein Engagement die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft fordert. Scheuch sichert bevorzugte Behandlung zu, es gebe auch bereits fertige Projekte »in der Schublade«. Wenn der Investor beispielsweise fünf Millionen Euro investiere und das Projekt umgesetzt würde, dann sei, so Scheuch, »die Staatsbürgerschaft no na net part of the game«.

DIE PARTEI IST AUCH DABEI

Doch damit nicht genug. Scheuch habe laut Tonbandmitschnitt auch Geld für die Kärntner Landeshauptmannpartei verlangt: »Ich will, falls der Investor kommt, in irgendeiner Form davon auch profitieren können für die Partei. In Form einer Spende.«

Er dachte an fünf bis zehn Prozent einer möglichen Investition. Regeln wolle er das ganze über eine Agentur.

Dieses Gespräch wird im Jänner 2010 von der Zeitschrift News veröffentlicht. FPÖ-Parteichef H.C. Strache vermutet, dass Scheuch eine Falle gestellt wurde. Ende Februar 2011 kommt es zur Anklage gegen Scheuch wegen des Verdachts der Vorteilsnahme. Ein Gutachten, das im Rahmen des Prozesses erstellt wird, bestätigt jedenfalls die Echtheit des Tonbandmitschnittes. Das Landesgericht Klagenfurt verurteilt Scheuch am 2. August 2011 nicht rechtskräftig zu 18 Monaten teilbedingt. Nach Aufhebung des Urteils im April wurde Scheuch am 6. Juli 2012 wieder in erster Instanz, noch nicht rechtskräftig, verurteilt.

GELDBESCHAFFUNG NACH DEM »SYSTEM HAIDER«?

Dabei scheint Scheuch nur die Praktiken seines Vorgängers Jörg Haider übernommen zu haben. Wie Format berichtete, gibt es den begründeten Verdacht, dass Haider während der schwarzblauen Regierungsperiode über Jahre hinweg Staatsbürgerschaften an reiche Russen für durchschnittlich eine Million Euro verkauft habe. Das lukrative Geschäft konnte Haider natürlich nicht im Alleingang bewältigen. Die Verleihung der Staatsbürgerschaft aus öffentlichem Interesse musste vom Ministerrat einstimmig beschlossen werden. So war bei der Einbürgerung zweier reicher Russen offenbar auch das Wirtschaftsministerium involviert. Laut Format vernahm die Staatsanwaltschaft in diesem Zusammenhang etwa den früheren Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, seinen Kabinettschef Martin Eichtinger, Ex-Generalsekretär Hannes Missethon und den Ex-Kabinettchef im Innenministerium, Philipp Ita (alle ÖVP). Am 10. Jänner 2007 kontaktierte Haider auch den damaligen Bundeskanzler und interimistischen Innenminister Wolfgang Schüssel und bat in einem dringlichen Schreiben um Unterstützung. Wenig später wurde die Sache im Sinne Haiders durchgeführt.

Für alle Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung.

WERBEAGENTUR ALS CASHCOW

INVOLVIERTE PERSONEN

PETER WESTENTHALER, BZÖ/FPÖ Abgeordneter seit 1999
ARNO ECCHER, Leiter von »Orange«, BZÖ Landesparteiobmann Vorarlberg von 2006 bis 2010
WALTER MEISCHBERGER, Lobbyist, FPÖ-Nationalrats-abgeordneter bis 1999

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Beihilfe zur Untreue

Im Sommer 2006 bezahlen die Casinos Austria der BZÖ-Agentur Orange 300.000 Euro für ein auf einigen Internetrecherchen basierendes 9-Seiten-Gutachten. Peter Pilz vermutet illegale Parteienfinanzierung.

Im Juli 2006 erwachte bei den Casions Austria das Interesse am Thema »Glücksspiel und Responsible Gaming«. Anstatt die ExpertInnen im eigenen Haus damit zu betrauen, wandte man sich an die BZÖ-Werbeagentur »Orange«. Der langjährige Mitarbeiter Peter Westenthalers, Kurt Lukasek, wurde mit der Erstellung des Gutachtens beauftragt. Zwar hatte Lukasek bisher kein Vorwissen in dem Bereich, aber ein Wochenende genügte, um die notwendigen Informationen zu ergoogeln und auf neun Seiten zusammenzufassen. Die Auftraggeber waren mit dem Ergebnis offenbar zufrieden, denn einige Monate später beglichen sie die Rechnung in der Höhe von 300.000 Euro.

Dass die Casinos Austria bereit waren, zumindest 30.000 Euro pro Seite für frei verfügbare Informationen aus dem Internet zu bezahlen, sorgte für Irritation. Während Lukasek angibt, von Peter Westenthaler persönlich mit dem Papier beauftragt worden zu sein, bestreitet dieser jede Beteiligung. Bezahlt worden sei ja die Agentur, nicht das BZÖ. Das BZÖ war allerdings Alleineigentümer der inzwischen aufgelassenen Agentur.

Zum Zeitpunkt des Geschäfts waren die zur Casinos Austria-Gruppe gehörenden Österreichischen Lotterien unter Druck: Peter Pilz vermutet, dass Konkurrent Novomatic über Finanzminister Karl-Heinz Grasser und Walter Meischberger eine Änderung des Glücksspielgesetzes zu seinen Gunsten erwirken wollte, was offenbar auf offene Ohren stieß. Doch nach dem teuren Gutachten sprach sich die damalige Regierungspartei BZÖ plötzlich gegen die Novellierung aus, das Vorhaben wurde gekippt. Rudolf Fischer, Ex-Chef der Telekom, vermutet einen Zusammenhang.

ANHÄNGIG

PARTEI ZU VERKAUFEN

Im Jahr 2006 kämpfte das BZÖ erstmals um den Einzug in den Nationalrat und investierte dabei erhebliche Summen. Der Parteivorstand haftete für geliehenes Geld persönlich pro Person mit 120.000 Euro. Da traf es sich ausgezeichnet, dass die befreundete Agentur von Kurt Schmied mit 600.000 Euro der Telekom Austria offene BZÖ-Rechnungen beglich. Die TA zahlte angeblich für Lobbying und Entwicklung der Marke, doch Peter Pilz vermutet versuchten Gesetzeskauf. Die Aufträge zu den Transaktionen kamen, laut dem damaligen Leiter der BZÖ-Werbeagentur Orange, Arno Eccher, von Peter Westenthaler persönlich.

VORBESTRAFT IM NATIONALRAT

Peter Westenthaler wurde bereits einmal rechtskräftig wegen falscher Zeugenaussage verurteilt. Der BZÖ-Politiker hatte vor Gericht geleugnet, seinen Leibwächter mit den Worten »Haut's die Arschlöcher raus« zu einer Wirtshausschlägerei im BZÖ-Milieu animiert zu haben.

Aufgrund des teuren Gutachtens für die Casinos ermittelt die Staatsanwaltschaft Salzburg gegen den vorbestraften Politiker wegen des Verdachts auf Beihilfe zur Untreue.

URTEIL ERGANGEN

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

BE CONNECTED

INVOLVIERTE PERSONEN

JÖRG HAIDER, Kärntner FPK (früher BZÖ) Landeshauptmann 1999–2008
UWE SCHEUCH, seit 2008 FPK (früher BZÖ Kärnten) Parteiobmann
GERHARD DÖRFLER, seit 2008 FPK Landeshauptmann
MANFRED STROMBERGER, Geschäftsführer »Connect« und FPK Landtagsabgeordneter bis 2011

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Untreue

Eine besondere Spezialität der »Werbe- und Beratungsagentur Connect« schien die »Layout-Beratung« zu sein. Die Firma, zu 100% im Besitz des BZÖ, später FPK, brachte es darin offenbar zu einer Professionalität, die es ihr erlaubte, ein Vielfaches des üblichen Marktpreises zu verlangen. Der »News«-Journalist Kurt Kuch stieß im Jahr 2010 im Zuge seiner Recherchen rund um die Causa Hypo auf die Agentur »Connect« und vermutet ein System der versteckten Parteienfinanzierung.

Zwar musste sich »Connect« die Telefonnummer und das Büro mit der Parteizentrale des BZÖ/FPK teilen und hatte auch keine Angestellten außer dem Geschäftsführer und Landtagsabgeordneten Manfred Stromberger – dafür hat sie ein einträgliches Geschäftsmodell: Verschiedene Unternehmen beglichen erstaunlich hohe Rechnungen für diverse »Beratungsleistungen«.

So blätterte die Strabag für Layout-Beratung im Februar 2007 eine Summe von 24.000 Euro hin. Manche Rechnungen sahen praktischerweise gleich direkte Überweisungen an das Hypo-Konto der Partei vor, berichtete »News«.

TANGENTOPOLIS IN KÄRNTEN?

Für welche Leistungen tatsächlich bezahlt wurde, ist noch unklar. War es, etwa im Falle der »Massivbau Ges.m.b.H.«, für die bevorzugte Behandlung bei der Vergabe von Bauvorhaben des Landes? Das Unternehmen soll – Berichten der »Kleinen Zeitung« vom August 2010 zufolge – von Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler mittels Weisung bevorzugt worden zu sein. Noch 2009 zahlte die Massivbau 5000 Euro für »Layout-Beratungen« an die Connect.

Der Unternehmer Stephan Wagner wiederum startete nach einem umstrittenen Besetzungsverfahren eine unerwartete Karriere im Führungsgremium der »Kärntner Landeskrankenanstalten-Betriebsgesellschaft«. Im Jänner 2009 war eine Rechnung über 10.000 Euro an das »Gesundheitsresort Bad St. Leonhard« eingegangen, in dessen Umfeld Wagner tätig war. Rechnungstitel: »Layout-Beratung diverser Drucksorten«.

Erlagscheine gingen auch an Gert Seeber, Ex-Aufsichtsratspräsident der Klagenfurter Messe. Er bekam Aufträge aus dem öffentlichkeitsnahen Bereich, Connect erhielt dafür 30% Prämie bei jedem Deal.

Das System »Connect« dürfte schon unter Jörg Haider ausgeklügelt und in der Amtsperiode Uwe Scheuchs, von 2008 bis 2011 Freiheitlicher Parteiobmann und Vize-Landeshauptmann, weitergeführt worden sein. Scheuch gab an, nichts davon gewusst zu haben, da eine seiner Sekretärinnen den Großteil der Rechnungen ausgestellt habe. Im März 2011 nahm die Korruptionsstaatsanwaltschaft ihre Ermittlungen in der Causa auf.

Die FPK beschloss die Liquidierung der Agentur mit sofortiger Wirkung – »Connect«-Geschäftsführer und Landtagsabgeordneter Manfred Stromberger trat zurück.

Bei Redaktionsschluss war noch nicht klar, gegen wen die Staatsanwaltschaft Anklage erheben wird. Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

FALL

ANHÄNGIG

BLAUES WUNDER AM FORSCHUNGSZENTRUM

INVOLVIERTE PERSONEN

HELMUT KRÜNES, FPÖ Verteidigungsminister von 1986 bis 1987
MARTIN GRAF, seit 2008 dritter Nationalratspräsident der FPÖ

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Untreue

Aufgrund des Regierungswechsels zur ÖVP/FPÖ-Koalition kam Seibersdorf in den Jahren 2000 bis 2006 in den Einflussbereich der Blauen. Martin Graf war von 2003 bis 2006 Geschäftsführer einer Tochtergesellschaft des Forschungszentrums und sorgte dafür, dass sich der Anteil an Burschenschaftlern und Freiheitlichen beim Personal sukzessive erhöhte.

Ende 2002 verlor Martin Graf sein Nationalratsmandat und »musste« mit einem gut dotierten Posten versorgt werden. Als mit der schwarzblauen Wende das Forschungszentrum Seibersdorf in den blauen Einflussbereich gelangte, wurde er 2003 zuerst Geschäftsführer der ARC business services GmbH., 2006 schließlich Gesamtprokurist der Austrian Research Centers (ARC). Gemeinsam mit dem Geschäftsführer des ARC, dem blauen Ex-Verteidigungsminister Helmut Krünes, begann Graf mit der politischen Umfärbung. Gegen die beiden konnte sich der wissenschaftliche ARC-Leiter Erich Gornik nur schwer durchsetzen.

VORRANG FÜR POLITISCHE FREUNDE

Martin Graf holte als Geschäftsführer und Prokuristen ein gutes Dutzend Burschenschafter und Parteigünstlinge in die Unternehmen. Viele davon arbeiten bis heute in Seibersdorf. Es überrascht bei derartigen Verhältnissen nicht, dass einen der beiden nachfolgenden Geschäftsführer des ARC, Hans Rinnhofer, mit seinem Vorgänger Krünes und mit Martin Graf die

Mitgliedschaft in der gleichen Burschenschaft, nämlich der »Olympia«, verbindet.

RECHNUNGSHOF KRITISIERT BLAUE MISSWIRTSCHAFT

Die Austrian Research Center GmbH (ARC) war in den 1990er-Jahren eine Vorzeigeinstitution. Helmut Krünes gelang es, gemeinsam mit seinen Freunden das Unternehmen innerhalb von drei Jahren an den Rand der Insolvenz zu führen: Aus rund 30 Mio. Euro Liquiditätsreserve bei seiner Amtsübernahme 2003 wurde ein Finanzloch von 10 Mio. im Jahr 2006. Der Rechnungshof stellte schwere Managementfehler, widmungsfremde Verwendung von Geldern, falsch verbuchte Mittel etc. fest. Trotzdem ließ sich Krünes seine Gage 2004 auf über 200.000 Euro pro Jahr erhöhen, gleichzeitig umging er den vorgesehen Verzicht auf eine 100.000 Euro Abfertigung. Die unter Krünes und Graf vorgenommene Strukturreformen der ARC waren erfolglos und mussten im Frühsommer des Jahres 2006 rückgängig gemacht werden.

Bei dem früheren Erfolgsunternehmen wurde schließlich eine Finanzlücke von zwei Millionen Euro festgestellt. Der Rechnungshof kritisierte den enormen Verwaltungskostenanstieg des Unternehmens. Vergleichbare deutsche Organisationen kämen mit der Hälfte aus. Die Beschäftigten der ARC und ihrer Tochterunternehmen, wie auch das Management, wurden teilweise weit über dem Kollektivvertrag bezahlt. Auch Martin Grafs Sonderprämie von 50.000 Euro als Abgeltung für besondere Leistungen sah der Rechnungshof als ungerechtfertigt an. Die Staatsanwaltschaft ermittelt seit 2009 gegen Martin Graf wegen Untreue. Graf gab im März 2011 an, diesbezüglich noch nicht einvernommen worden zu sein.

Für alle Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung.

FALL

CASH FOR LAWS

ANHÄNGIG

INVOLVIERTE PERSONEN

ERNST STRASSER, ÖVP EU Parlamentarier und Lobbyist bis 2011

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Bestechlichkeit, Steuerhinterziehung

Bereits Februar 2011 berichtet das österreichische Nachrichtenmagazin profil, dass der frühere Innenminister Ernst Strasser (ÖVP) zwischen 2006 und 2008 insgesamt 100.000 Euro vom Lobbyisten Peter Hochegger erhielt. Trotz fragwürdiger Erklärungsversuche hätte das dem damaligen Delegationsleiter der ÖVP im EU-Parlament kaum ernsthaft geschadet, ein heimlich gefilmtes Gespräch mit zwei Reportern der britischen Wochenzeitung »Sunday Times« zwang ihn jedoch im März 2011 zum Rücktritt.

Die Journalisten geben sich bei dem Treffen als Lobbyisten aus und bieten Strasser ein Geschäft an: Gegen Bezahlung soll der EU-Abgeordnete geplante Richtlinien im Finanzsektor in ihrem Sinne beeinflussen. In ihrem Bestechlichkeitstest machen sie insgesamt 60 Abgeordneten ähnliche Angebote. Doch nur Strasser und zwei weitere EU-Parlamentarier gehen darauf ein.

OF COURSE I'M A LOBBYIST

Strasser erzählt freimütig, wie praktisch seine Position in Brüssel sei, um ein Netzwerk für seine eigene Lobbyingfirma zu knüpfen. Und er beschreibt, wie er die Gesetze im EU-Parlament im Sinne seiner Auftraggeber beeinflussen könne. In der Folge konfrontiert er die Zuständigen in der ÖVP-Delegation mit dem Anliegen seiner neuen »Geschäftspartner«. Sowohl persönlich als auch über seine Assistentin interveniert er laut seinem Kollegen Othmar Karas wiederholt, um die gewünschten Änderungen in den zuständigen Ausschüssen einzubringen.

Das Video des Gesprächs in der Brüsseler Bar sorgt für einen handfesten Skandal – in Österreich wie auf EU-Ebene. Noch am Tag der Enthüllung durch die »Sunday Times« fordert der damalige ÖVP-Chef und Vizekanzler Josef Pröll Strassers Rücktritt. Die Grünen zeigen Strasser beim Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) an und fordern gemeinsam mit SPÖ und BZÖ ebenfalls seinen Rücktritt. Am 21. März leitet das Europaparlament eine interne Untersuchung ein und die österreichische Korruptionsstaatsanwaltschaft beginnt zu ermitteln. Am 23. März startet OLAF ein Schnellverfahren gegen Strasser und die beiden anderen Parlamentarier, die sich dem Werben der angeblichen Lobbyisten gegenüber aufgeschlossen gezeigt hatten. Rasch distanziert sich auch die Europäische Volkspartei (EVP) von Strasser: Es gebe in der Fraktion keinen Platz für unmoralisches und unethisches Verhalten.

Am 24. März 2011 tritt Strasser zurück, seine Aufsichtsratsmandate bei der Westbahn Rail-Holding AG und bei der G4S-Security gibt er auf, die Mitgliedschaft im Österreichischen Arbeiternehmerinnen- und Arbeitnehmerbund (ÖAAB) stellt er ruhend.

Der Skandal zeigte auch den dringenden Reformbedarf in Österreich auf. Strassers Verhalten wäre für Abgeordnete im österreichischen Parlament nicht strafbar gewesen, da diese zu dem Zeitpunkt noch eine Ausnahme vom Korruptionsstrafrecht für sich in Anspruch nehmen konnten.

Für alle Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung.

DER FLUCH DER KARIBIK

INVOLVIERTE PERSONEN

HELMUT ELSNER, Chef der Bawag von 1995 bis 2003
WOLFGANG FLÖTTL, Investmentbanker
PHILIP BENNETT, Refco Gründer und Chef bis 2005

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Bilanzfälschung, Untreue, Betrug

In Österreich begann die Bankenkrise schon im Oktober 2005. Die BAWAG hatte der betrügerischen US-Firma Refco einen Millionenkredit gewährt und sich bei hochriskanten Veranlagungen und Kurswetten so stark verschuldet, dass die Bank schließlich verkauft werden musste.

Vorerst schien es sich bei der Causa BAWAG nur um ein missglücktes Kreditgeschäft zu handeln: Wenige Tage vor der Festnahme des Refco-Chefs Phillip Bennett in den USA gewährte die Bawag seiner Firma noch einen Kredit über 350 Millionen Euro.

Der drohende Verlust von mehr als 10% Eigenmittel der Bank in dieser einen Transaktion genügte, um den Vorstandsvorsitzenden Johann Zwettler zum Rücktritt zu zwingen. Doch das war erst der Anfang. Bald wurden Vorwürfe laut, die Bawag hätte sich an den Betrügereien von Refco beteiligt und die Bilanzen durch riesige, kurzfristige Transaktionen geschönt. In den USA wurden Milliardenklagen eingereicht. Um einen Verkauf der Bank zu ermöglichen und jahrelange, teure Rechtsstreitigkeiten in den USA zu vermeiden, verglich sich die Bawag im Juni 2006 mit den Gläubigern. Die Kosten dafür: über eine Milliarde Euro.

ANHÄNGIG

UNGESUNDE GESCHÄFTE

Im Zuge der Prüfungen durch die österreichische Finanzmarktaufsicht wurde allerdings klar, dass es sich bei dem

Refco-Debakel nicht um ein einzelnes, unglückliches Geschäft mit unabsehbaren Folgen gehandelt hat. Gemeinsam mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden Günter Weninger und unter Mithilfe von ÖGB-Chef Fritz Verzetnitsch umging Generaldirektor Elsner über Jahre hinweg Kontrollmechanismen und frisierte Bilanzen.

Es galt zu verschleiern, dass die ehemals profitablen »Karibik-Geschäfte«, hochspekulative Veranlagungen und Kurswetten über Offshore-Firmen durch den Investmentbanker Wolfgang Flöttl, ab 1995 zum Milliardengrab geworden waren. Flöttl meldete einen Totalverlust nach dem anderen, was Generaldirektor Helmut Elsner allerdings immer nur dazu veranlasste, erneut hunderte Millionen nachzuschießen. Anfang 2001 waren schließlich insgesamt 1,9 Milliarden Euro weg.

COMPUTERABSTURZ UND TOTALVERLUST

Die Bawag war durch die Refco- und die Karibik-Verluste nicht mehr in der Lage, eine Bilanz für das Jahr 2005 zu erstellen. Der ÖGB und der Bund mussten mit Haftungen einspringen. Erst mit dem Verkauf der Bawag um 3,2 Mrd. Euro an Cerberus Capital Management wurden diese Haftungen überflüssig.

Der erste Bawag-Prozess 2008 führte zu Verurteilungen und Haftstrafen für Elsner, Zwettler und Weninger. Nach einer teilweisen Aufhebung der Urteile wird seit April 2012 erneut verhandelt. Wo das angeblich »verspekulierte« Geld wirklich verblieben ist, war bislang nicht Thema des Verfahrens. Flöttl gab an, alle Unterlagen bei einem Computerabsturz verloren zu haben. Elsner bezweifelt die Angaben Flöttls und wirft ihm vor, die Verluste nur vorgetäuscht und das Geld veruntreut zu haben.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

URTEIL ERGANGEN

FALL

GESCHICHTEN VOM ONKEL HANS

ANHÄNGIG

INVOLVIERTE PERSONEN

WENER FAYMANN, SPÖ Bundeskanzler seit Dezember 2008
JOSEF OSTERMAYER, seit 2008 SPÖ Staatssekretär
STEFAN WEHINGER, 2004-2008 im Vorstand der ÖBB-Personenverkehr, Westbahn-Gründer

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Untreue

Werner Faymann hat die Nähe zum Boulevard nie gescheut. Mit Hans Dichand, dem Herausgeber der Krone, war er über viele Jahre freundschaftlich verbunden und hatte – als Wohnbaustadtrat – sogar eine eigene Kolumne in dessen Zeitung. Der Aufstieg Faymanns zum Bundeskanzler wurde schließlich mit jenem öffentlichen Brief an Dichand eingeleitet, in dem er gemeinsam mit dem Noch-Kanzler Alfred Gusenbauer Volksabstimmungen über zukünftige EU-Verträge versprach.

Faymann muss gewusst haben, dass es die Unterstützung und das Wohlwollen des Boulevards nicht umsonst gibt. In einem Artikel der Zeitschrift »Datum« vom Juni 2008 wird ihm als damaligem Infrastrukturminister ein ausgeprägtes Gespür für Gefälligkeiten und daraus erwachsende Verpflichtungen attestiert.

MEDIENPARTNERSCHAFTEN

Die Inseratenaffäre aus dem Jahr 2007 passt genau in dieses Spiel von Geben und Nehmen: teure Werbeeinschaltungen in auflagenstarken Kleinformaten gegen wohlwollende Berichterstattung. So schaltete die ÖBB in der Krone 48 Seiten mit Faymann als Ombudsmann für verärgerte ÖBB-KundInnen. Ex-ÖBB Chef Martin Huber gab vor dem Bundesamt für Korruptionsbekämpfung an, dass Faymanns damaliger Büroleiter, Staatssekretär Josef Ostermayer, ungefähr ein Drittel des ÖBB Werbeetats für seinen Chef Faymann gefordert haben soll. Auch Stefan Wehinger,

damals Chef des ÖBB Personenverkehrs, bestätigte, dass derartige Forderungen erhoben wurden. Obwohl man laut Wehinger in der ÖBB sehr unglücklich über die Inserate war, habe man sich dem Druck gebeugt.

»Es ist richtig, dass ich mit Hans Dichand die Grundzüge der Medienkooperation besprochen habe«, gibt Faymann in seiner Einvernahme zu Protokoll, kann darin aber offenbar kein Problem erkennen. Auch Ostermayer behauptet, dass die Inserate ohnehin extrem günstig waren und sich damit die Vorwürfe in Luft aufgelöst hätten.

In der SPÖ argumentiert man, dass keine Untreue oder Amtsmissbrauch vorliegen könne, weil der Infrastrukturminister kein Weisungsrecht gegenüber der ÖBB hatte. Der Vorstand sei allein verantwortlich für die Art und Weise, wie das Werbegeld ausgegeben wird.

Doch Druck lässt sich offensichtlich nicht nur mit direkten Weisungen ausüben. Laut profil war es im System Faymann Usus, mit Inseraten staatsnaher Unternehmen Boulevardmedien freundlich zu stimmen. So hat Gabi Moser bereits darauf hingewiesen, dass Inserate direkt über Faymanns Büro in Auftrag gegeben wurden, die Rechnungen aber an die Asfinag gingen.

Die Staatsanwaltschaft prüft jedenfalls, ob durch diese Kampagnen den ÖBB ein wirtschaftlicher Schaden entstanden ist. In der Zwischenzeit hat profil neue, belastende Informationen in Bezug auf die Asfinag-Vorwürfe publiziert.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

FALL

SCHIENENGEBUNDENER GELDVERKEHR

ANHÄNGIG

INVOLVIERTE PERSONEN

HORST PÖCHHACKER, ÖBB Holding Aufsichtsratsvorsitzender seit 2007, Vorstandsmitglied der Porr AG
GUSTAV POSCHALKO, Vorstand der Rail Cargo Austria von 2004 bis 2008
ANDRÁS GULYA, ungarischer Networker
JOSEF HÖCHTL, ÖVP-Abgeordneter von 1975 bis 1999
PETER HOCHEGGER, Lobbyist, Unternehmer

SCHADEN

Bis zu 300 Millionen Euro

Ende 2006 beschloss die ÖBB-Tochter Rail Cargo, bei der Privatisierung der ungarischen MAV Cargo mitzubieten. Um die Bewerbungsbemühungen zu unterstützen, wurde ein Beratervertrag mit der bis dahin völlig unbekannten ungarischen Einmann-Firma Geuronet von András Gulya abgeschlossen. Die Höhe des vereinbarten Honorars – bis zu rund 7 Mio Euro – erweckt den Verdacht, dass es sich in Wahrheit um Bestechungsgelder für ungarische AmtsträgerInnen handelte.

Der Beratervertrag mit Geuronet wurde an Teilen des Vorstands vorbei vom Vorstandsmitglied Gustav Poschalko und dem RCA-Prokuristen Leitner abgeschlossen. Von den Mitgliedern des Aufsichtsrates war nur der Vorsitzende Horst Pöchhacker informiert.

Im Jänner 2008 unterschrieb die ÖBB den Vertrag und kaufte die MAV Cargo zum weit überhöhten Preis von 374,5 Mio Euro, wobei Die Presse heute die Gesamtkosten sogar mit 600 Millionen Euro beziffert (die interne Bewertung hatte davor einen Betrag von 200 Millionen angesetzt). Damit wurde die im Geuronet-Vertrag vereinbarte Erfolgsprämie fällig, insgesamt erhielt András Gulya (Geuronet) 7,1 Millionen Euro.

Die grüne Abgeordnete Gabi Moser stellte dazu bereits wenige Monate nach der Transaktion eine parlamentarische Anfrage. Aber erst am 4. Oktober 2010 veranlasste das Wiener Bundesamt für Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung (BAK) auf Ersuchen der ungarischen Behörden mehrere Razzien wegen des Verdachts der Bestechung ungarischer AmtsträgerInnen. Es kam zu Hausdurchsuchungen beim Firmensitz der RCA, der ÖBB-Holding, den Büros der Raaberbahn und in mehreren Privatwohnungen.

GEWISSE NAIVITÄT

Ende Oktober 2010 wurde der Tonbandmitschnitt einer ÖBB Aufsichtsratssitzung vom 26.2.2008 öffentlich. Darin ist zu hören, wie Aufsichtsrat Sevelda wegen der Korruptionsuntersuchung der ungarischen Staatsanwaltschaft nachfragt. Pöchhacker beruhigt: »Wir sollten uns nicht einer gewissen Naivität befleißigen [...] Wir haben keinen ungarischen Auftrag ohne irgendeinen ähnlichen Lobbying-Abschluss erhalten.«

Im Unterausschuss des Rechnungshofausschusses zu den ÖBB-Skandalen gab Pochalko zu Protokoll, dass Geuronet von Josef Höchtl (Ex-Abg ÖVP) dem Aufsichtsratspräsidenten Pöchhacker empfohlen wurde. Welche Leistung die Agentur erbracht hat, bleibt bis heute undurchsichtig. Mehrere RCA-Aufsichtsratmitglieder versicherten gegenüber profil, nie ein Leistungsverzeichnis der Beratungsagentur gesehen zu haben, niemand kann sich an András Gulya erinnern.

Dass auch 140.000 Euro an Hochegger gezahlt wurden, überrascht ebenso wenig wie der Verdacht auf Kickback-Zahlungen und Parteienfinanzierung. Die polizeilichen Ermittlungen sind laut Presse seit Mai 2012 abgeschlossen. Man rechnet mit weiteren Schritten durch die Justiz.

Für alle genannten Personen gilt die Unschuldsvermutung.

FALL

ZIEMLICH BESTE FREUNDE

INVOLVIERTE PERSONEN

GRETE LASKA, SPÖ Vizebürgermeisterin und Stadträtin in Wien von 1994 bis 2009
GERHARD FRANK, Firmengründer von Explore 5D

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Betrugsverdacht, Veruntreuung, betrügerische Krida

Der neugestaltete Vorplatz des Wiener Wurstel-Praters mit aufgemalten Fassaden und postmodernem Stil-Mischmasch ist in den Augen vieler BesucherInnen schlicht Kitsch. Doch die Optik ist auch sonst schief: Der Auftrag erfolgte ohne Ausschreibung, die Kosten verdoppelten sich und das zuständige Bauunternehmen steht im Verdacht, Gelder veruntreut zu haben.

2003 beauftragte die damalige Vizebürgermeisterin Grete Laska den Spezialisten Emmanuel Mongon mit einem 1,4-Millionen-Euro-Konzept für die Neugestaltung des Prater-Vorplatzes. Die Firma Explore 5D wurde mit der Umsetzung beauftragt.

Um das Bundesvergabegesetz ignorieren zu können, gründete man für das Projekt eine eigene GmbH, die Firma Immoconsult fungierte als privater Auftraggeber.

EXPLOSION DER KOSTEN

Explore 5D konnte zwar keine großen Erfolge, dafür aber eine freundschaftliche Nähe des Firmengründers Gerhard Frank zu Grete Laska und Michael Häupl geltend machen.

Als die Stadt die Pläne für den neuen Riesenradplatz im Stil der Jahrhundertwende erstmals vorstellte, wurden die Kosten noch auf 32 Mio. Euro geschätzt. Im Laufe der Bauarbeiten explodierten sie dann aber laut News auf stolze 59,7 Mio. Euro. Dass Dekorbauten aus Styropor so teuer werden konnten, hängt

möglicherweise mit dubiosen Zahlungen im Hintergrund zusammen. 40 Unternehmen waren für die Ausführung zuständig, darüber hinaus wurden jedoch 29 weitere Firmen als Konsulenten herangezogen. Allerdings führten die MitarbeiterInnen von Explore 5D diese Beratungstätigkeiten gegen entsprechende Zusatzhonorare teilweise selbst aus. Die Gelder dürften dabei auch über eine US-Firma im Steuerparadies Delaware geflossen sein.

2007 beantragte die Gemeinderätin Sabine Gretner von den Wiener Grünen eine erste Prüfung durch das Kontrollamt. Im Mai 2008, einen Monat nach der offiziellen Eröffnung des Platzes, kündigte die Stadt Wien der Explore 5D. Das Unternehmen meldete Insolvenz an und die Gläubigerfirmen wurden bei einem Ausgleichsverfahren mit einer Quote von 40 Prozent abgespeist. Ein Dossier des Wiener Kontrollamts und ein Gutachten der Staatsanwaltschaft zeigten Ende 2008 und 2009 zahlreiche Mängel auf und stellten fest, dass das Bundesvergabegesetz hätte angewendet werden müssen. Sabine Gretner sah nahezu alle ihre Vorwürfe bestätigt.

BIS HEUTE KEINE ANKLAGE – AUS MANGEL AN PERSONAL

Gegen die städtische Prater Service GmbH wurde eine millionenschwere Zivilrechtsklage eingereicht, weil zwischen fünf bis zehn Mio. Euro verschwunden sind. Außerdem ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen drei Explore 5D-Geschäftsführer wegen Betrugsverdacht, Veruntreuung und betrügerischer Krida. Bis heute kam es allerdings zu keiner Anklage. Schuld sei das fehlende Personal in der Wiener Staatsanwaltschaft.

Grete Laska trat schließlich im März 2009 von allen politischen Funktionen zurück. Ausschließlich aus persönlichen Gründen, wie sie versicherte.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

FALL

ROTLICHT UND BLAULICHT

INVOLVIERTE PERSONEN

ERNST GEIGER, derzeit im Bundeskriminalamt für organisierte und allgemeine Kriminalität zuständig
ROLAND HORNGACHER, früher Wiener Landespolizeikommandant, heute Rechtsberater im Concorde Card Casino
ADOLF KRCHOV, langjähriger Kassier des Vereins der Freunde der Wiener Polizei

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Amtsmissbrauch, Verletzung des Amtsgeheimnisses

2006 ist kein gutes Jahr für die Wiener Polizei. Landespolizeikommandant Roland Horngacher und sein Widersacher um den Posten des Polizeipräsidenten, Ernst Geiger, werden wegen Verdachts auf Amtsmissbrauch, Verletzung des Amtsgeheimnisses und Geschenkannahme vom Dienst suspendiert und angeklagt. In schiefes Licht gerät auch der »Verein der Freunde der Wiener Polizei«, der als Wohltätigkeitsverein einflussreiche und zum Teil auch fragwürdige Personen als Spender führt.

Der Leiter der Kriminalabteilung, Ernst Geiger, Chefermittler im Fall »Saliera«, und Landespolizeikommandant Roland Horngacher konkurrierten 2006 um den Posten des Polizeipräsidenten, was in strafrechtlichen Ermittlungen gegen beide gipfelte: Ernst Geiger wird vorgeworfen, er habe einen befreundeten Bordellbetreiber vor einer Razzia gewarnt. Gegen Horngacher wiederum wird wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses, Amtsmissbrauches und verbotener Geschenkannahme ermittelt. Geiger wurde nach Berufung in der zweiten Instanz im Zweifel freigesprochen und kehrte im Juli 2009 rehabiliert zur Wiener Polizei zurück.

Horngacher kam weniger glimpflich davon: Im Oktober 2007 wurde er wegen Amtsmissbrauchs in zwei Fällen schuldig

gesprochen: Er hatte eine Gruppe von Schwarzafrikanern grundlos aus dem Casino eines Freundes ausweisen lassen und einem profil-Journalisten vertrauliche, Ernst Geiger belastende, Audiomitschnitte vorgespielt. Außerdem wurde er wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses verurteilt, weil er im Jahre 2001 und 2005 Informationen über potentielle Geschäftspartner an die Bawag weitergab. 15 Monate bedingt lautete das Urteil, verbunden mit Verlust des Amtes. Heute arbeitet er als Rechtsberater des Concord Card-Casinos.

»TIEFER SUMPF«?

Vom dritten Vorwurf, dem der Geschenkannahme, wurde Horngacher hingegen freigesprochen. Dabei ging es einerseits um kostenlose Spritztouren mit den Oldtimern des erwähnten Casino-Betreibers, andererseits um Urlaubsgutscheine, überreicht vom Kassier des Vereins der Freunde der Wiener Polizei, Adolf Krchov.

Durch die Zahlung des Mitgliedsbeitrags versprachen sich die Vereinsmitglieder, darunter Rotlichtkönige, Milliardäre, Bankmanager und Staatsanwälte, einen privilegierten Zugang zur Polizei. Das Mitgliedspickerl an der Windschutzscheibe sollte Strafmandate abwenden. Krchov diente im Vorzimmer von mehreren Polizeipräsidenten, konnte Schwierigkeiten regeln und Amtswege beschleunigen. Er wohnt nun als pensionierter C-Beamter in einer Dachterrassenwohnung am Ring. Die Auflösung des Vereins stand im Raum. Die Ermittlungen wurden jedoch, wie von der zuständigen Staatsanwaltschaft Krems empfohlen, 2008 eingestellt. Horngacher sieht sich als Opfer: »Nach meiner Wahrnehmung existiert hier ein tiefer Sumpf wie am Balkan, und Wien ist seine Hauptstadt.«

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

DABEI SEIN IST ALLES

LABG. ASTRID RÖSSLER Abgeordnete der GRÜNEN im Salzburger Landtag und seinerzeit Vorsitzende im Olympia-Untersuchungsausschuss

Korruption in der Politik beginnt nicht erst bei der persönlichen Bereicherung. »Zum Wohl des Landes« ignorierten die Verantwortlichen der Bewerbung Salzburgs für die olympischen Winterspiele 2014 Regeln von Transparenz und Sauberkeit.

Man hätte es bei der bereits dritten Bewerbung für olympische Spiele durchaus bereits besser wissen können. GegnerInnen warnten davor und selbst so manche BefürworterInnen räumten hinter vorgehaltener Hand ein: Es gibt keinen Bewerbungsprozess ohne Schlagzeilen über die eine oder andere Bestechungsaffäre im Dunstkreis des Internationalen Olympischen Komitees (IOC).

Mit dem Zuschlag an Sotschi am 4. Juli 2007 in Guatemala endete zwar Salzburgs Olympia-Traum, aber es war erst der Startschuss für die darauffolgenden finanziellen und politischen Kalamitäten. Im Laufe der nächsten zwei Jahre wurden derart gravierende Ungereimtheiten bekannt, dass Salzburgs Grüne schließlich von ihrem Recht auf Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Landtag Gebrauch machten.

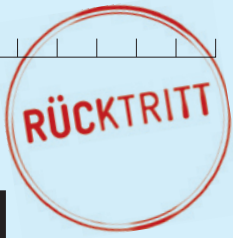
GEZIELTE VERSCHLEIERUNG

Die Aufarbeitung dauerte rund ein Jahr und das Ausmaß der Malversationen sorgte selbst bei KritikerInnen der Bewerbung für Überraschung:

- Um die Erfolgschancen der Bewerbung zu erhöhen, mussten offensichtlich Ausgaben für BeraterInnen und Lobbyisten getätigt werden, von denen die Öffentlichkeit nichts erfahren durfte.
- Zur Umgehung von Transparenz und Kontrolle wurde die Buchhaltung der Bewerbungsgesellschaft in zwei Rechnungskreise aufgesplittet, von denen einer »der öffentlichen Kontrolle nicht zugänglich« sein sollte. Darüber hinaus wurde aber noch ein dritter Rechnungskreis in Form eines in Wien angesiedelten »Fördervereins« geschaffen, der definitiv jeglicher Kontrolle entzogen war.
- Im zweiten, nicht öffentlichen Rechnungskreis sollten folgende Ausgaben verbucht werden: »Repräsentationsaufwendungen, Bewirtungsspesen, Geschenke, geldwerte Zuwendungen, die in ihrer Verwendung öffentlicher Kritik ausgesetzt sein könnten bzw. auch den Empfänger dieser Zuwendungen kompromittieren könnten.«
- Dank dieser Konstruktion flossen etwa 3,8 Millionen Euro an Lobbyisten (»internationale Berater«), deren Leistung sich größtenteils nicht belegen ließ.

Fazit: Salzburgs Olympia-Bewerbung spielte sich in einem Graubereich von Unredlichkeit und Intransparenz ab, der nicht zufällig passiert ist. Ein 17-köpfiger Aufsichtsrat – besetzt mit den politischen Spitzen aus Stadt und Land Salzburg sowie namhaften Repräsentanten des Bundes, aus Gemeinde, Wirtschaftskammer und Tourismuswirtschaft – hatte diese Konstruktion abgesegnet. Wichtige PolitikerInnen des Landes gaben damit ihre Kontrollverantwortung für Steuer- sowie Sponsorengelder auf und riskierten, dass ihnen anvertraute Mittel zweckwidrig verwendet wurden – bis hin zur möglichen Anfütterung, Bestechung oder kriminellen Selbstbedienung. Ohne sich selbst zu bereichern, machten sich EntscheidungsträgerInnen damit doch zu aktiven MitspielerInnen in einem korrupten System.

TANZ DURCH DIE INSTITUTIONEN



INVOLVIERTE PERSONEN

CHRISTIAN SWITAK, Tiroler Finanzlandesrat von 2008 bis 2012
GÜNTHER PLATTER, ÖVP Landeshauptmann in Tirol seit 2008

Christian Switak war Tiroler Finanzlandesrat. Von Unternehmen finanzierte Geschenke und Jagdausflüge sowie eine von einem Liftunternehmer ungewöhnlich billig angemietete Wohnung in Innsbruck führten im Februar 2012 zu seinem Rücktritt.

Was macht ein aufstrebender Tiroler Tanzlehrer, der »fast fünf Generationen Innsbrucker Mädchen kennengelernt« hat? Idealerweise heuert er bei der ÖVP an, wird Mitglied bei der MKV-Verbindung Amelungia, und ein paar Jahre später sitzt er auf einem Landesratssessel in Tirol. 1997 begann Switak in der Werbeabteilung der Bundes-ÖVP in Wien zu arbeiten und wechselte 2002 ins Büro des frisch gekürten Verteidigungsministers Günther Platter. Switak wurde 2007 auch Platters Kabinettschef im Innenministerium. 2008 ging Platter nach Tirol zurück, um dort Landeshauptmann zu werden und Switak bekam das größte Ressort, neben Finanzen und Personal auch Raumordnung, Baurecht, Liegenschaftsangelegenheiten und Ortsbildschutz.

EINE HAND WÄSCHT DIE ANDERE

Grund und Boden sind knapp in Tirol. Vor allem Bauland. Unternehmen, die größere Bauvorhaben ins Auge fassen oder vielleicht Unterstützungen vom Land haben möchten, freuen sich über die wohlwollende Behandlung ihrer Anliegen durch den zuständigen Landesrat. Manche versuchen das Wohlwollen mit Geschenken zu fördern. Christian Switak war nicht schüchtern, wenn es darum ging, Geschenke oder günstige Angebote anzunehmen. So ließ er sich wiederholt zu Jagden einladen. Beispielsweise vom Liftanlagenbetreiber Heinz Schultz oder

von einem Zillertaler Hotelier auf dem Gut des Lobbyisten Alfons Mensdorff-Pouilly. Noch als Platters Kabinettschef nahm Switak an einer von der Telekom bezahlten Jagd teil, gemeinsam mit dem Tiroler Immobilien-Tycoon René Benko. Der Blogger Markus Wilhelm etwa wirft Switak auf seiner Seite www.die-tiwag.org außerdem vor, ein Tiroler Unternehmer habe Switak eine teure Uhr von Breitling geschenkt. Ein anderer Unternehmer soll laut Wilhelm die Betriebskosten für seinen Porsche übernommen haben. Weiters wirft Wilhelm Switak vor, ein ÖVP-Kollege und Liftbetreiber habe ihm einen Tuxer Trachtenanzug spendiert und von einem Zillertaler Geschäftsmann habe er einen 3.000 Euro teuren Ranzen (Trachtengürtel) geschenkt. Auch beim Wohnen konnte Switak auf die Hilfe von Gönnern zählen. Denn für sein Luxusappartement in Innsbruck musste der Raumordnungslandesrat Christian Switak dem Seilbahnunternehmer Schultz offenbar nur etwa die Hälfte der ortsüblichen Miete zahlen.

Angesichts der Fülle an Vorwürfen stellte Christian Switak am 24.2.2012 sein Amt als Landesrat zur Verfügung.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

KUNSTVOLLE BEZIEHUNGEN

INVOLVIERTE PERSONEN

WILFRIED SEIPEL, Generaldirektor des Kunsthistorischen Museums von 1990 bis 2008
PETER NOEVER, Leiter des MAK in Wien, von 1986 bis 2011
GERALD MATT, Generalsekretär, später Direktor der Kunsthalle Wien, von 1996 bis 2012

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Misswirtschaft

Wer die Fälle einiger Museumsdirektoren in den letzten Jahren beobachtet hat, weiß: Die Freiheit der Kunst wird gelegentlich mit einer Freiheit ihrer Manager bei der legeren Verwendung öffentlicher Gelder verwechselt.

KUNSTHISTORISCHES MUSEUM

Die Grünen bemängeln 2004 den Führungsstil von Direktor Wilfried Seipel und machen auf Unregelmäßigkeiten in der Buchhaltung des Museums aufmerksam.
Schließlich kritisiert der Rechnungshof unter vielem anderen
- den Ankauf einer Sphinx um merkwürdig hohe 3,8 Millionen Dollar bei einem Pizza-Händler auf Mallorca;
- den Verkauf von Objekten aus der Sammlung durch den Museumsdirektor Seipel an den Privatmann Seipel, obwohl es dem Museum verboten ist, Sammlungsgut zu veräußern;
- den Verkauf seines Wagens an das Museum, das den Wagen nicht braucht;
- den jährlichen Bezug Seipels von 80 Euro als Geldhilfe für »unverschuldet in Not Geratene...«.

Nach der Frühpensionierung wird Seipel 2008 von Ministerin Claudia Schmied mit zwei Studien beauftragt. Honorar: 100.000 Euro. Die erste hat 83 Textseiten inklusive Vorwort bei großzügig gewähltem Zeilenabstand, breitem Seitenrand und vielen Redundanzen. Auf die Erarbeitung der zweiten wird verzichtet.

EINGESTELLT

MUSEUM FÜR ANGEWANDTE KUNST

Der Direktor lebt auf großem Fuß: Endlose Dienstreisen nach Los Angeles, teure Blumenbouquets für PolitikerInnen und andere, die mit Charmeoffensiven becirct werden müssen. Weil Peter Noever seit Jahren auch die Geburtstagsfeste für seine Mutter in der Größenordnung von 130.000 Euro aus dem Haushalt des Museums finanziert, veranlasst der Grüne Kultursprecher Wolfgang Zinggl 2011 eine Prüfung durch den Rechnungshof.

Daraufhin erstattet das Kuratorium des Museums Strafanzeige gegen Noever und auch die Ministerin spricht von »betrügerischer Absicht«. Der Direktor tritt zurück und hinterlegt als Sicherheit 220.000 Euro auf einem Treuhandkonto. Vielleicht kommen noch andere Zahlungen auf ihn zu. Der Rechnungshof prüft.

KUNSTHALLE WIEN

Der Jurist und Betriebswirt Gerald Matt hängt sich nach Lehr- und Wanderjahren in der Kulturverwaltung ein Kunstmäntelchen um und wird ohne Ausschreibung als Generalsekretär der Kunsthalle Wien installiert.

ANHÄNGIG

Zielstrebig arbeitet er sogleich daran, aus der öffentlichen Institution eine Privatfestung zu machen. Dafür holt er sich Freunde in den Vorstand, die ihm erstens maßgeschneiderte Statuten und zweitens einen Dienstvertrag mit traumhaften Privilegien nach dem Prinzip ›Wünsch dir Was‹ unterzeichnen. Ohne jegliche Transparenz lässt sich Matt seinen Vertrag mehrfach von den Freunden verlängern. Der Stadt Wien kommt auch eine Rolle zu. Sie darf alles bezahlen. Im April 2012 aber ist Schluss mit lustig. Nach Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft durch den Grünen Abgeordneten Wolfgang Zinggl räumt Matt das Feld.

Es gilt die Unschuldsvermutung.

BROTHERS IN ARMS

URTEIL ERGANGEN

INVOLVIERTE PERSONEN

LEOPOLD GRATZ, Wiener Bürgermeister 1973 bis 1984, SPÖ Außenminister von 1984 bis 1986
FRED SINOWATZ, SPÖ Bundeskanzler von 1983 bis 1986
KARL BLECH, SPÖ Innenminister 1983 bis 1989

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Beweismittelfälschung und Urkundenunterdrückung, Neutralitätsgefährdung

1985 war der Fall »Noricum« ein Symbol für das Dilemma der verstaatlichten Industrie in der Kreisky-Ära, die fest steckte zwischen Illusion und Wirklichkeit. Um Arbeitsplätze in der österreichischen Rüstungsindustrie zu sichern, wurde nonchalant gegen Gesetze verstoßen.

Noch in den 1980er-Jahren waren mehr als 10.000 Menschen in der heimischen Rüstungsindustrie beschäftigt, bei Steyr, Hirtenberger, Assmann oder eben der VOEST-Tochter Noricum. Doch weil es die Neutralität österreichischen Firmen untersagte, Waffen an kriegführende oder mit politischen Embargos belegte Länder zu exportieren, fehlte der internationale Markt. Dazu kamen Pleiten, Pech und kleinere Skandale bereits vor Noricum. Dennoch konnte sich die damals regierende große Koalition unter dem Druck der Gewerkschaften nicht dazu durchringen, die verstaatlichten Rüstungsbetriebe dichtzumachen. Erst der Fall Noricum war deren Todesstoss.

ROT-WEISS-ROTER WAFFENEXPORT

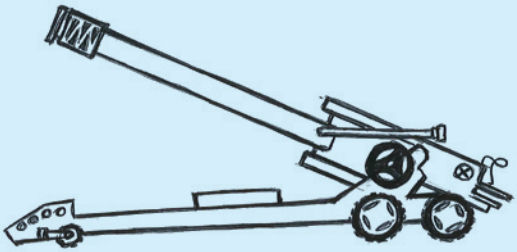
Ab dem Jahr 1981 hatte die Noricum illegal die beiden gegeneinander Krieg führenden Staaten Irak und Iran mit Waffen versorgt. Die Lieferungen waren ein klarer Verstoß gegen geltendes österreichisches Recht. Als Empfängerländer wurden Jordanien und Libyen, aber auch Argentinien und Brasilien

angegeben. Der rot-weiß-rote Waffenexport hatte es in sich. Es handelte sich um äußerst leistungsfähige Artilleriegeschütze Kaliber 155 Millimeter mit einer Reichweite von knapp 40 Kilometern, sogenannte Offensivwaffen.

Bei diesen Geschäften hatte übrigens auch der notorische Udo Proksch seine Finger im Spiel: Er fädelte den Waffendeal ein. Aufgedeckt wurde der Noricum-Skandal durch die Zeitschrift »Basta«: Zwei Reporter fotografierten im August 1985 in einem jugoslawischen Adriahafen Stahlcontainer mit den Super-Haubitzen der Noricum. Die Beschriftung der Container war allerdings persisch – und nicht arabisch, wie es beim angeblichen Empfängerland Libyen hätte der Fall sein müssen. So kam der Stein ins Rollen. Und bald blieb kein Stein mehr auf dem anderen in der Republik.

Die gerichtliche Aufarbeitung des Noricum-Skandals ließ zunächst auf sich warten. Gegen die Stimmen der SPÖ beschloss der Nationalrat erst im November 1989 einen Untersuchungsausschuss, der bis April 1990 tagte. 1993 wurden 14 VOEST-Manager wegen Neutralitätsgefährdung zu bedingten Haftstrafen verurteilt. Der damalige Bundeskanzler Sinowatz, Innenminister Karl Blecha und Außenminister Leopold Gratz wurden angeklagt, aber nur Blecha wurde verurteilt. Diese Verurteilung und die Verwicklung in die Lucona-Affäre führten schließlich zum Rücktritt Blechas.

Noricum wirkt bis heute nach: »Ohne den Skandal würde die politische Landschaft in Österreich heute anders ausschauen. Der schwere Vertrauensverlust, den die SPÖ damals erlitt, hat den Freiheitlichen den Weg geebnet« so Burkhart List, einer der beiden ehemaligen »Basta«-Aufdecker, im Jahr 2005 gegenüber profil.



FALL

DER MANN MIT DEM KOFFER

URTEIL ERGANGEN

INVOLVIERTE PERSONEN

BELA RABELBAUER, Vorarlberger Geschäftsmann
JOSEF TAUS, Unternehmer, ÖVP Obmann 1975 bis 1979
ALOIS MOCK, ÖVP Obmann 1979 bis 1989
KURT BERGMANN, ÖVP Bundesgeschäftsführer von 1976 bis 1980
Heribert Steinbauer, ÖVP Abgeordneter 1975 bis 1994

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Illegale Parteienfinanzierung, versuchter Mandatsverkauf, schwerer Betrug

Der Vorarlberger Geschäftsmann Bela Rabelbauer versuchte 1979, sich durch eine heimlich Spende an die notorisch klamme ÖVP ein Nationalratsmandat zu kaufen. Im Herbst 1979 kam es tatsächlich zur Geldübergabe. Eine kritische mediale Berichterstattung machte den Vorgang zur öffentlichen Affäre. Rabelbauer wurde schließlich inhaftiert und verurteilt – für die beteiligten ÖVP-Granden blieb die Affäre ohne Konsequenzen.

Im Frühjahr 1979, mitten in der heißen Phase des Nationalratswahlkampfes, schlug der Vorarlberger Geschäftsmann Bela Rabelbauer dem damaligen ÖVP-Parteiobmann Josef Taus vor, die finanziell ausgezehrte Partei mit einer großzügigen, heimlichen Spende zu unterstützen. Als Gegenleistung für sein Engagement wünschte er sich ein Nationalratsmandat. Taus nahm das Angebot an. Am 6. Mai 1979 musste er jedoch eine herbe Wahlniederlage hinnehmen, aus dem Mandat wurde vorerst nichts.

Doch Rabelbauer gab nicht so schnell auf. Am Abend des 17. September 1979 erschien der Geschäftsmann im ÖVP-Parlamentsklub. Mit dabei hatte er einen Koffer mit Bargeld im Wert von 4 Millionen Schilling (300 000 €), den er Bundesgeschäftsführer Kurt Bergmann im Beisein des neuen Parteiobmanns Alois

Mock und des Abgeordneten Heribert Steinbauer übergab. Auch die neue Parteispitze hatte gegen das großzügige Geschenk nichts einzuwenden. Man drängte Rabelbauer an diesem Abend sogar dazu, weitere 7 Millionen Schilling (540 000 €) nachzureichen. – insgesamt soll man sich auf 11 Millionen geeinigt haben. In Summe soll die ÖVP letztlich 10 Millionen Schilling aus Rabelbauers Geldkoffer erhalten haben. Wochenlange Berichterstattung der AZ (Arbeiterzeitung) im August und September 1980 brachte die Parteispendenaffäre schließlich ans Licht der Öffentlichkeit. Die ÖVP entschied sich, den Betrag von 10 Millionen Schilling wieder zurückzuzahlen. Rabelbauer wurde zu einer Geldstrafe von 11 Millionen Schilling verurteilt. Für Mock, Steinbauer und Co. hatte die illegale Annahme nicht deklarierter Spenden keine weiteren politischen und rechtlichen Konsequenzen.

DIRTY MONEY

In Zusammenhang mit der Affäre Rabelbauer sind nicht nur die nicht deklarierten Parteispenden interessant, sondern auch die Herkunft des Geldes. Der »Mann mit dem Koffer« – wie die Medien ihn nannten – dürfte die Beträge aus grenzüberschreitenden Spekulationen rund um sein verworrenes Netzwerk von rund 27 (Briefkasten-) Firmen in Österreich, Italien, Liechtenstein, der Schweiz, den USA oder Costa Rica angehäuft haben. Die dubiosen Geldquellen ihres Spenders hinderten die ÖVP-Granden allerdings nicht daran, die Hand aufzuhalten.

1988 wurde Rabelbauer für eine Reihe von Finanzstrafdelikten wegen schweren Betrugs zu siebeneinhalb Jahren Haft verurteilt, flüchtete ins Ausland, wurde von Thailand ausgeliefert und saß seine Strafe ab.

SCHIFFERL VERSENKEN

URTEIL ERGANGEN

INVOLVIERTE PERSONEN

UDO PROKSCH, ehem. Demel-Geschäftsführer, Unternehmer
KARL BLECHA, SPÖ Innenminister 1983 bis 1989
LEOPOLD GRATZ, Wiener SPÖ Bürgermeister 1973 bis 1984
HANS PETER DAIMLER, Kompagnon von Udo Proksch

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Mord, Betrug, Falschaussage, Beweismittelunterdrückung und Urkundenfälschung

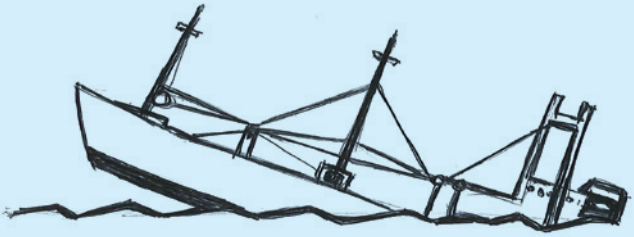
Am 23. Jänner 1977 lässt Udo Proksch – Wiener Szene-Liebling und Geschäftsführer im Kaffeehaus Demel – das von ihm angeheuerte Frachtschiff »Lucona« mit Hilfe einer Zeitzündung im Indischen Ozean explodieren und versenken. Sechs Besatzungsmitglieder kommen ums Leben, sechs weitere können verletzt geborgen werden.

An Bord der Lucona habe sich eine Uranerz-Aufbereitungsanlage im Wert von 212 Millionen Schilling (15,4 Millionen Euro) befunden, die man nach Hongkong verschiffen wollte, behauptete Udo Proksch. Tatsächlich transportierte die Lucona in ihrem Laderaum Altschrott im Wert von ca. einer Million Schilling (77.000 Euro). Als sich die Bundesländer Versicherung aufgrund der zwielichtigen Umstände des Unglücks weigerte, die Versicherungssumme an Proksch auszuzahlen, reichte dieser über seine Firma Zapata AG Klage ein, wurde aber abgewiesen. Es begann eine lange Auseinandersetzung, die zunächst vorwiegend auf dem politischen Parkett ausgetragen wurde. ÖVP-Mandatare intervenierten für die Bundesländer Versicherung, während hochrangige SPÖ-Funktionäre sich als Beschützer Prokschs in Szene setzten: Innenminister Karl Blecha gab die Weisung, eine von der ÖVP in Gang gebrachte Ermittlung in der Causa einzustellen. Als Proksch und der Zapata-Mitbesitzer Hans Peter Daimler 1985 dennoch verhaftet wurden, bot sich Außenminister Leopold Gratz als Entlastungszeuge an und sagte aus,

die Uranerz-Aufbereitungsanlage mit eigenen Augen gesehen zu haben. Sogar mit gefälschten Kauf-Dokumenten kam er den Untersuchungshäftlingen zu Hilfe. Tatsächlich wurden Proksch und Daimler daraufhin wieder auf freien Fuß gesetzt.

EIN SITTENBILD DER REPUBLIK

Erst 1988 führte der Untergang der Lucona zu ernsthaften Konsequenzen für Proksch und Co. Den entscheidenden Anstoß dafür gab das Buch »Der Fall Lucona« des Journalisten Hans Pretterebner. Die beiden Verdächtigen, Udo Proksch und Hans Peter Daimler, hatten sich jedoch in der Zwischenzeit ins Ausland abgesetzt. Ein internationaler Haftbefehl wurde erlassen, im Oktober 1989 entschloss sich Proksch zur Rückkehr nach Österreich. Mit operiertem Gesicht und gefälschtem Pass reiste er, von den Philippinen kommend, ein, wurde aber bereits am Flughafen Wien-Schwechat festgenommen. 1992 verurteilte das Gericht Udo Proksch wegen Betrugs zu einer lebenslangen Haft. Schließlich geriet auch Hans Peter Daimler 1992 in der BRD in die Hände der Polizei und wurde 1997 zu 14 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Karl Blecha und Leopold Gratz mussten 1989 unter medialem Druck ihre Ämter zurücklegen. Gratz erhielt darüber hinaus eine Geldstrafe von 450.000 Schilling wegen Falschaussage. Udo Proksch starb am 27. Juni 2001 im Alter von 67 Jahren nach einer Herztransplantation.



FALL

KRANKES HAUS

URTEIL ERGANGEN

INVOLVIERTE PERSONEN

ADOLF WINTER, Direktor der Planungs- und Errichtungsgesellschaft AKPE
INGRID LEODOLTER, SPÖ Gesundheitsministerin, 1971 bis 1979
HANNES ANDROSCH, SPÖ Finanzminister 1970 bis 1981
LEOPOLD GRATZ, Wiener SPÖ Bürgermeister 1973 bis 1984
HANS MAYR, SPÖ Finanzstadtrat 1973 bis 1994
ALOIS STACHER, SPÖ Gesundheitsstadtrat 1973 bis 1986

ERMITTLUNGSGEGENSTAND

Gewerbsmäßiger Betrug, Untreue

Hinter dem Schlagwort AKH-Skandal verbirgt sich einer der größten Bauskandale der österreichischen Geschichte. Bei der Errichtung des Wiener Allgemeinen Krankenhauses explodierten in den 1970er Jahren die Kosten von einer Milliarde Schilling auf rund 40 Milliarden. So wurde das AKH zu einem der teuersten Spitäler Europas und zu einem Symbol der Korruption.

Als 1955 mit der Planung und dem Bau des AKH begonnen wurde, ging man noch von Baukosten in der Größenordnung von einer Milliarde Schilling und einer Bauzeit von zehn Jahren aus. In den 1970er Jahren wurde mit Nachdruck an der Fertigstellung des Spitals gearbeitet und man konnte den Kosten geradezu beim Wachsen zusehen. 1972: 4,5 Milliarden Schilling; 1974: 8 Milliarden Schilling; 1975: 18 Mrd. Schilling; 1979: 21Mrd. Schilling; 1986/ 87: 36 Mrd. Schilling. Auch bei der Bauzeit kam es immer wieder zu Verzögerungen, sodass bald absehbar war, dass das AKH erst in den 1990er Jahren fertig gestellt würde.

Verantwortlich für die Kostenexplosion waren Auftragsvergaben an Firmen, die nicht als Billigstbieter aus den Aus-

schreibungen hervorgingen, überzogene Honorarrechnungen, Zahlungen an Unternehmen, die die geforderten Leistungen nicht erbringen konnten, u.ä. Walter Waiz, Vorsitzender des AKPE-Aufsichtsrats – jener Aktiengesellschaft, die 1975 gemeinsam von Bund und Stadt Wien zur Planung und Errichtung des AKHs gegründet wurde – gab zu Protokoll, dass man sich bei Auftragsvergaben, wo nicht der Billigstbieter zum Zug kam, ganz auf die Angaben des Vorstandes verlassen habe.

DAS SICKERN DER MILLIARDEN

Einige Unternehmen sicherten sich ihre Aufträge über Schmiergeldüberweisungen auf Konten von Scheinfirmen in Liechtenstein. »Bei diesen Firmen handelte es sich um Siemens, ITT, SEL, Schrack, Knoblich, Dräger, Rheinstahl, Weissert, Engel« etc. Maßgeblich in diese Machenschaften verwickelt war Adolf Winter, Direktor der AKPE.

Im Dezember 1980 wurde gegen 12 Personen Anklage wegen schweren und gewerbsmäßigen Betruges unter Ausnützung einer Amtsstellung, Untreue bzw. Beteiligung an einem der beiden Tatbestände erhoben.

Aber das AKH war ein Bauprojekt von Bund und Land Wien. Die Kosten stiegen gerade in Zeiten der SPÖ-Alleinregierungen in ungeahnte Höhen und profitiert haben insbesondere auch viele SPÖ-nahe Unternehmen. Dennoch übernahm niemand der verantwortlichen PolitikerInnen (Leopold Gratz, Hans Mayr, Alois Stacher, Hannes Androsch, Ingrid Leodolter) die politische Verantwortung für den Skandal. Der Journalist Alfred Worm kam sogar zu dem vernichtenden Urteil, dass die Politiker sich »nicht mehr darum gekümmert [hätten], wohin die schmerzvoll flüssig gemachten Steuermilliarden sickerten«.

Von Seiten des Bundes musste 1979 schließlich doch Ingrid Leodolter im Zuge des Skandals um die ARGE-Kostenrechnung zurücktreten.

QUELLEN

Die Informationen für dieses Buch stammen aus österreichischen Zeitungen und Zeitschriften. Häufig gehen die Geschichten auf die Arbeit vieler JournalistInnen, PolizistInnen, StaatsanwältInnen und PolitikerInnen zurück. Nicht immer ist es uns gelungen, den Ursprung jedes Teils der Geschichten zu rekonstruieren, außerdem handelt es sich aus Platzgründen um eine Auswahl von Quellen ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Wir bitten dafür um Verständnis!

Der Fall Blaulichtfunk
- www.brightsideofnews.com/news/2011/9/5/motorola-under-sec-investigation-for-bribes.aspx
- www.profil.at/articles/1135/560/305988/mensdorff-unzulaessige-zahlungen
- www.kleinezeitung.at/kaernten/klagenfurt/klagenfurt/2831973/digitalfunk-fuer-einsatzkraefte-eis.story

Der Fall Novomatic
- www.profil.at/articles/1020/560/269119/diesseits-gut-boese-novomatic-oesterreichs-konzern
- www.falter.at/web/print/detail.php?id=1559
- www.format.at/articles/1038/957/278206/grasser-provisionsaffaere-telekom-austria

Der Fall Hypo Alpe Adria
- www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/kauf-der-hypo-group-alpe-adria-unterlagen-belasten-ex-bayernlb-vorstand-a-692820.html
- www.profil.at/articles/1021/560/282966 _ s5/hypo-die-beichte-bayernlb-chefs-werner-schmidt-justiz
- Kurt Kuch, Land der Diebe, Salzburg 2011

Die Akte Strasser 1
- Profil, 3. März 2008
- www.florianklenk.com/2009/10/02/meine-vergessene-anzeige/
- diepresse.com/home/politik/innenpolitik/512314/UAusschuss _ Staatsanwaltschaft-im-Zwielicht

Die Akte Mensdorff-Pouilly
- www.telegraph.co.uk/news/uknews/law-and-order/8542570/Austrian-count-who-complained-over-prison-underpants-wins-damages-says-lawyer.html
- www.news.at/articles/0723/10/175522/profil-schwedischer-anti-korruptions-staatsanwalt-mensdorff-pouilly
- Profil 24.9.11 »Wer ist Alfons Mensdorff-Pouilly wirklich?«

Die Eurofighter-Beschaffung
- www.florianklenk.com/2012/03/21/der-kavalier-verzichtet-und-schweigt/
- www.wienerzeitung.at/dossiers/eurofighter/397772 _ Ergebnisse-des-Untersuchungsausschusses-2007.html
- www.format.at/articles/1135/524/305883 _ s1/lauschangriff-lobbyisten

Die Mehrzweckfahrzeugbeschaffung
- www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2315338/gruene-manipulationsvorwurf-heeresfahrzeuge.story
- www.peterpilz.at/kommentar/2088/peter-pilz-tagebuch.htm

Der Fall Justiztower
- www.falter.at/web/print/detail.php?id=1299
- derstandard.at/1316390282250/Gruene-zu-Inseraten-Moser-vermutet-VP-Entlastungsangriff
- www.gruene.at/uploads/media/terminal _ tower _ summary _ 01.pdf

Die Akte Grasser
- www.falter.at/web/print/detail.php
- Kurt Kuch, Land der Diebe, Slbg. 2011
- www.format.at/articles/1202/524/316898 _ s2/privatisierung-dorotheum-korruptionsverdacht

Die Homepage-Affäre
- Kurt Kuch, Land der Diebe, Salzburg 2011
- www.news.at/articles/0436/10/106274 _ s2/chronologie-vorwuerfe-der-ablauf-homepage-affaere-karl-heinz-grasser
- www.news.at/articles/0542/10/124135/grassers-homepage-affaere-runde-rh-ausschuss-zeugen

Der Fall Buwog
- www.profil.at/articles/1218/560/326877/buwog-causa-buwog-grasser-kaufpreis
- kurier.at/nachrichten/4486288-akte-grasser-dutzende-dubiose-dokumente.php
- www.florianklenk.com/2012/07/27/mit-grasser-in-zurich-was-gerald-toifl-der-polizei-erzahlt/

Der Fall Terminal Tower
- www.profil.at/articles/1004/560/260748/buwog-geschaefte-grasser-clique-porr-raiffeisen-oberoesterreich-verlegenheit
- www.mosermobil.at/2012/05/12/skandale/untersuchungsausschuss-aktuell-17-unterstuetzung-nach-anstregenden-woche/
- www.florianklenk.com/2011/01/07/die-grasser-protokoll-ich-hob-mit kassiert-oder/

Die Akte Hochegger
- www.gruene.at/uploads/media/Dossier _ Chronologie _ 12091.pdf
- www.profil.at/articles/1137/560/307147/windgeschaefte
- www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/450226 _ U-Ausschuss-Der-Nutzen-am-Ende-des-Tages.html

Die Akte Telekom
- www.profil.at/articles/1132/560/304097/telekom-telekom-affaere-der-revisionsbericht-wortlaut
- derstandard.at/1313025126792/Hintergrund-Universaldienstverordnung
- www.profil.at/articles/1130/560/303088/telekom-das-last-minute-geschenk

Der Fall ÖBB Railjet
- www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/2820574/oebb-entwickelten-marke-kauften-diese-dann-hochegger-ab.story
- derstandard.at/1314652535967/Railjet-um-180000-Euro-OeBB-kaufte-Hochegger-selbst-kreierte-Marke-ab?seite=11

Der Fall Nordbergstraße
- www.profil.at/articles/1018/560/274405 _ s3/dann-system-zusammen-gebaut
- diepresse.com/home/wirtschaft/economist/620344/Meischberger Protokolle _ Ober-wos-ist-die-Leistung?gal=620344&index=3&direct=& _ vl _ backlink=&popup=
- www.falter.at/web/print/detail.php?id=1299

Der Fall Brehmstraße
- www.florianklenk.com/2010/12/14/karl-heinz-am-apparat/
- www.falter.at/web/print/detail.php?id=1305
- diepresse.com/home/politik/innenpolitik/585490/Buberl-Trauzeuge-Steuersuender _ Meischberger-im-Portraet

Die Akte Meischberger
- www.florianklenk.com/tag/walter-meischberger/
- www.stopptdierechten.at/2010/06/24/ein-echter-freiheitlicher/
- www.news.at/articles/1026/30/273005 _ s1/der-reichtum-walter-meischberger-in-10-jahren-vermoegen-schulden

Der Fall Dorotheum
- www.profil.at/articles/1112/560/292513/dorotheum-privatisierung-prozess-zeugenaussage-ex-soravia-manager
- derstandard.at/1326249082986/Ex-Finanzminister-KHG-Verdacht-auf-Provisionen-bei-Dorotheum-Verkauf
- www.falter.at/web/print/detail.php?id=1559

Der Fall Minerva
- www.falter.at/print/F2003 _ 28 _ 1.php
- www.boerse-express.com/pages/239529
- www.news.at/articles/0328/510/60703 _ s4/grasser-oeiag-ar-kleinaktionaere

Der Fall Skylink
- www.profil.at/articles/1024/560/271340/vor-jahr-skandal-flughafen-terminal-skylink
- www.falter.at/web/print/detail.php?id=1349
- derstandard.at/1334795989448/Gabmann-Klage-Flughafen-Wien-kontert-Klage-des-Ex-Managers

Der OeBS-Skandal
- www.profil.at/articles/1204/560/317328/oenb-doppelt
- m.wirtschaftsblatt.at/wbh/oesterreich/wirtschaftspolitik/495917/xmlyoca.do
- derstandard.at/1319184048538/Schmiergeldaffaere-Nationalbank-Chefs-nun-Beschuldigte

Die Haider-Connection
- derstandard.at/933943
- www.profil.at/articles/1031/560/274862/joerg-haiders-geldge-schaefte-diktator-saddam-hussein
- www.profil.at/articles/1108/560/290033/sind-bermudadreieck-joerg-haider-gaddafi-millionen

Der Mobtel-Deal
- www.profil.at/articles/1214/560/324050/schlaff-martin-schlaff-verdacht-betrug-untreue
- derstandard.at/1333528462405/Staatsanwaltschaft-Gorbach-hatte-sich-fuer-Schlaff-und-Telekom-stark-gemacht
- www.profil.at/articles/1214/560/324050/schlaff-martin-schlaff-verdacht-betrug-untreue

Die Scheuch-Affäre
- www.profil.at/articles/1003/560/260268/affaere-wie-clique-fpoe-sekretaeren-politik-geschaeft
- diepresse.com/home/meinung/kommentare/leitartikel/682979/Korruption-ist-nicht-mehr-Part-of-the-Game
- www.format.at/articles/1134/525/312773 _ s14/kaerntens-landesvater-haider-staatsbuergerschaften-russe

Die Agentur »Orange«
- www.format.at/articles/1032/525/275295/orange-werbeagentur-gmbh-300-000-euro-casinos-gruppe
- www.datum.at/artikel/was-weiss-westenthaler/
- www.peterpilz.at/kommentar/2399/peter-pilz-tagebuch.htm

Die Agentur »Connect«
- Kurt Kuch, Land der Diebe, Salzburg 2011
- »Kurier« vom 24.03.2011
- www.kleinezeitung.at/kaernten/klagenfurt/klagenfurt/3068438/justiz-spart-politiker.story

Der Fall Seibersdorf
- www.stopptdierechten.at/2011/10/27/fpo-die-seltsamen-botschaften-des-martin-graf/
- diepresse.com/home/politik/innen-politik/452131/SeibersdorfwbrVer-gangenheit-holt-Graf-ein
- www.rechnungshof.gv.at/berichte/ansicht/detail/austrian-research-centers-gmbh-arc.html

Die Akte Strasser 2
- www.profil.at/articles/1110/560/291354/ernst-strasser-korruptions verdacht
- diepresse.com/home/politik/eu/643345/Wie-Strasser-auf-die-Sunday-Times-hereinfiel
- www.wirtschaftsblatt.at/home/oesterreich/wirtschaftspolitik/eu-parlament-laesst-olaf-gegen-

ernst-strasser-ermitteln-465886/index.do

Der Fall Bawag
- www.profil.at/articles/0543/560/124486/bawag-affaere-der-refco-krimi
- www.news.at/articles/0546/30/126311/refcos-opfer-bawag-chef-zwettler-bankpraesident-weninger
- www.profil.at/articles/1042/560/280315/bawag-eine-affaere

Die Faymann Inserate
- diepresse.com/home/politik/innenpolitik/694694/FaymannInserate _ OeVP-zurueckhaltend
- www.news.at/articles/1213/13/323360/oebb-inserate-ostermayer-druck
- www.profil.at/articles/1138/560/307672/faymann-inseratenaffaere

Der Fall MAV Cargo
- www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/I/I _ 01421/fname _ 232247.pdf
- www.profil.at/articles/1043/560/280633/oebb-skandal-tonband-protokoll
- diepresse.com/home/wirtschaft/economist/kordiconomy/759034/OeBB _ Bahnbrechende-Erkenntnisse

Der Prater-Vorplatz
- www.falter.at/web/print/detail.php?id=685
- »Profil«; Nr.39/08, 22.09.2008
- www.news.at/articles/1210/90/321137/wiener-riesenradplatz-chronologie-aufregers

Die Akte Wiener Polizei
- diepresse.com/home/panorama/oesterreich/337374/Prominenter-PolizeiHilfsverein-geraet-ins-Zwielicht?from=suche.intern.portal
- www.florianklenk.com/2008/08/15/%E2%80%9Ehirschen-fur-den-kieberer%E2%80%9C/#more-5585

Die Akte Switak
- gebimair.blogspot.com/2012/02/christian-switaks-telekom-erinnerung.html
- www.dietiwag.org/index.php?id=3850
- tirol.orf.at/news/stories/2522379/

Der Fall Noricum
- diepresse.com/home/diverse/archiv/99734/Die-SuperKanone-aus-Liezen
- www.profil.at/articles/0418/560/80245/17-jahre-noricum-skandal-land-waffenstillstand

Die Akte Rabelbauer
- trend 11/1980
- AZ, 28.09.1980
- Hans Weiss, Krista Federspiel. Wer? (Wer hat sich in Österreich einen Namen gemacht mit: Korruption, Verschwendung v. Steuergeldern, Privilegien, ...), Wien 1988

Der Fall Lucona
- Christian Dickinger, Die Skandale der Republik, Berlin 2001
- Gerald Freihofner, Der Proksch-Prozeß und seine politischen Implikationen, In: Österreichisches

Jahrbuch für Politik. – Wien 1995
- profil Nr. 27/2001 Der AKH-Skandal
- Alfred Worm, Der Skandal : AKH: Story, Analyse, Dokumente ; Europas größter Krankenhausbau, Wien 1981

Herausgeber: Grüne Bildungswerkstatt
Redaktion: Georg Maißer
AutorInnen: Leila Al-Serori, Augusta Dachs, Kris Hartmann, Georg Maißer, Elke Mayerhofer, Thomas Mördinger, Thomas Schobesberger, Michael Schmid, Carina Wellisch, Daniela Wiebogen, Franziska Zoidl
Zeichnungen mit Vierfarbkugelschreiber: Wolfgang Zinggl

Deutsche Bibliothek CIP Einheitsaufnahme:
Grüne Bildungswerkstatt: Unmutsverschuldung
Ein Kompendium österreichischer Unschuldsvermutungen.

1. Auflage 2012
ISBN: 978-3-902555-37-3

planetVERLAG ist eine Einrichtung der Grünen Bildungswerkstatt
Rooseveltplatz 4-5/7, 1090 Wien, E-Mail: planetverlag@gbw.at
www.planet-verlag.at

Dieses Werk darf unter folgender Creative Commons Lizenz genutzt werden:
Namensnennung – keine kommerzielle Nutzung –
Weitergabe unter gleichen Bedingungen 2.0 Österreich

Wer kann sich bei der Unmenge an öffentlich gewordenen Fällen noch erinnern, in welchem Zusammenhang die Frage »Wo woa mei Leistung?« wirklich gestellt wurde? Und was war für wen ganz selbstverständlich »part of the game«? Wie war das mit Lucona und Noricum, mit Tetron, Telekom, Mobtel, mit Hypo, Bawag, Buwog, Bewog?

Mit diesem Büchlein stellt die Grüne Bildungswerkstatt ein Navigationsinstrument im Dschungel von anrüchigen Geldtransfers und Korruption zur Verfügung und liefert einen Zwischenstand zu laufenden Verfahren.